

Wöchentlich 88 Pf., monatlich 3,00 M.,
in voraus zahlbar, Postbezug 4,32 M.,
einzelständig 60 Pf., Postzeitung 60- und
72 Pf., Postbeleggebühren, Ausland-
abonnements 6.- M. pro Monat; für
Sonder mit ermäßigtem Preis
perio 6.- M.

Der „Vorwärts“ erscheint wochent-
lich zweimal, Sonntags und Montags
einmal, die Abendausgabe für Berlin
und im Handel mit dem Titel „Der
Abend“. Illustrierte Beilage „Welt
und Zeit“, „Berliner Frauenstimme“,
„Zeichn“, „Bild in die Zukunft“,
„Jugend-Vorwärts“ u. „Stadtbelager“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstr. 3
Fernsprecher: Dönhoff 292-297 Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postfachkonto: Berlin 37 536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und
Beamten, Lindenstr. 3, Dt. V. u. D. G. - Ges., Depositenk., Jerusalemstr. 63/66.

Freitag
30. Januar 1931
Groß-Berlin 10 Pf.
Auswärts 15 Pf.

Die einseitige Kampagne
in Wien. „Kleine Anzeigen“ das ein-
seitige Wort 25 Pfennig (zwei-
seitige Wort 40 Pfennig), jedes weitere Wort
12 Pfennig. Stellengeld das erste
Wort 15 Pfennig, jedes weitere Wort
10 Pfennig. Worte über 15 Buchstaben
zahlen für zwei Worte. Arbeitsmarkt
Seite 60 Pfennig, Familienanzeigen Seite
40 Pfennig. Anzeigenannahme im Haupt-
gebäude Lindenstraße 3, wochentlich
von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Skandal der Filmzensur.

Filmoberprüfstelle verbietet sozialdemokratischen Tricfilm.

Eine außerordentlich folgenschwere Entscheidung, die praktisch das Verbot aller politischen Filme bedeutet, fällt am Donnerstag die Filmoberprüfstelle unter dem Vorsitz des Oberregierungsrats Becker. Sie verbot einen Tricfilm mit dem Titel „Ins Dritte Reich“, den die Film- und Werbeabteilung der Sozialdemokratischen Partei hergestellt hat. Der Film, der in seinem Wesen verlebendigte Karikatur ist, zeigt in humoristisch-satirischer Weise, wie ein Unternehmer, durch den Streik seiner Arbeiter in Verlegenheit gesetzt, nach einer Hilfe gegen das Streikende sucht, bis dieser den Schwindel durchschaut und zur Republik zurückkehrt.

Die untere Instanz hatte den Film zugelassen für Veranstaltungen, die von der Sozialdemokratischen Partei ausgingen. Die Oberprüfstelle erklärte eine solche beschränkte Zulassung für unmöglich, obwohl die Hersteller mit vollem Recht darauf hinwiesen, daß dieser Film für Geschäftskreise weder gedacht sei, noch von solchen zur Aufführung gebracht werden würde. Mit der Begründung, daß die Sozialdemokratische Partei eine so große Anhängerzahl zähle, daß eine beschränkte Zulassung bei diesem Personenkreis nicht mehr in Frage käme, verneinte die Oberprüfstelle die rechtliche Zulässigkeit einer solchen beschränkten Zulassung. Ergebnis: Nur kleine Parteien dürfen ihre Filme in ihrem Anhängerkreis aufführen!

Die allgemeine öffentliche Zulassung aber lehnte die Oberprüfstelle ab.

weil der Film die öffentliche Ordnung und Sicherheit gefährde.

Die Begründung für diesen Standpunkt ist ein einziger Skandal. Die Hersteller hatten darauf hingewiesen, daß der Film für die öffentliche Ordnung und Sicherheit sogar Propaganda mache, indem er die Gefährlichkeit und die Egzesse der radikalen Parteien scharf kritisiere, während die Organe des Staates und die Staatsform durch den Film in Schutz genommen werden.

Demgegenüber hat die Filmoberprüfstelle ihren bisherigen Standpunkt völlig preisgegeben, wonach die Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit aus dem Film selber erwachsen müsse. Ausdrücklich betonte der Vorsitzende, daß hier eine neue prinzipielle Entscheidung gefällt sei. Diese Entscheidung beruht auf der Erwägung,

daß Andersdenkende, in diesem Falle die durch den Film beschuldigten Nazis, mit Gewalttätigkeiten gegen den Film vorgehen könnten.

Hier enthält die Begründung Argumente, die mit dem Wortlaut und Sinn des Filmgesetzes nichts mehr zu tun haben. So führte der Vorsitzende in großer Breite aus, daß der Polizei Ruhe zu gönnen sei, wenn Vorkommnisse wie beim Remarque-Film zur Regel würden, so würde die Polizei zu stark belastet werden.

Bisher hatte die Oberprüfstelle den gegenteiligen Standpunkt vertreten, daß es nämlich Sache der Polizei sei, einen an sich zulässigen Film gegen Störungen und Egzesse zu beschirmen. Indem sie diesen Standpunkt erst umkehrt,

fordert die Oberprüfstelle getadelswegs dazu heraus, alle Filme, die einer bestimmten Richtung nicht passen, durch Skandal und Gewalttätigkeiten zu stören.

Dann müssen sie im Interesse der Ruhe — oder vielmehr des Ruhebedürfnisses der Polizei — verboten werden. Ist sich die Oberprüfstelle über diese Konsequenz klar geworden, ist sie sich klar geworden, daß aus einem solchen Standpunkt auch die Republikaner ihre Konsequenzen ziehen und ihr Verhalten gegenüber monarchistischen Filmen entsprechend einrichten müssen?

Zum Skandal wurde die Begründung, als dann der Vorsitzende die karikierten Nazis liebevoll in Schutz nahm und erklärte:

der Staat müsse auch eine solche Partei, die ihn verneinte, gegen öffentliche Angriffe in Schutz nehmen

(wo steht das im Filmgesetz?). Diese Inanspruchnahme ergab dann die grotesksten Blüten. Im Film wird gezeigt, wie ein Nazi eine Fensterheibe einwirft. Der Vorsitzende erklärte hierzu: Derartige sei zwar den Nazis vorgeworfen worden, aber es sei doch nicht erwiesen, daß die Fensterleinwerfer Nationalsozialisten gewesen seien! (Die Gerichtsurteile gegen nationalsozialistische Fensterleinwerfer braucht die Oberprüfstelle ja nicht zu kennen.

Schließlich wurde gegen dieses lustige Karikaturenspiel auch noch das schwere Geschütz der Diplomatie aufgezogen. Zwei Vertreter des Auswärtigen Amtes bemühten sich im Schweiße ihres Angesichts um den Nachweis, daß dieser Film die Beziehungen Deutschlands zum Auslande gefährde,

weil nämlich bei der Erwähnung des italienischen Faschismus einen Augenblick auch ein Mussolini gezeigt wird, dem ein gejeffelter Arbeiter zu Füßen liegt.

Da dies Argument immerhin nur zum Verbot eines Teils geführt hätte, so vertieg sich der Vertreter des Auswärtigen Amtes zu der weiteren Begründung: Der Film polemisiere gegen eine Partei, trage dadurch zur Zerklüftung des deutschen Volkes bei und — bitte nicht zu lachen — gefährde dadurch das Ansehen Deutschlands im Auslande.

Der Vertreter der Hersteller erklärte darauf allerdings lakonisch: Wenn das Ausland nicht erfahren dürfe, daß es in Deutschland verschiedene sich bekämpfende Parteien gäbe, dann müsse wohl statt des Filmes eher der Reichstag und die gesamte deutsche Presse verboten werden. Aber was geschieht nicht alles, wenn man aus Liebe zu den Nazis einen Film um jeden Preis verbieten will: auch diesen an den Haaren herbeigezogenen Argumenten schloß sich die Oberprüfstelle bereitwillig an.

Der ganzen Begründung des Vorsitzenden merkte man schon an der stammelnden Art, wie sie vorgelesen wurde, an, daß es sich um ein reines Verlegenheitsprodukt handelte. Der nackte Tatbestand war einfach der,

die Mehrzahl der Mitglieder der Oberprüfstelle sympathisierte mit den Nazis und wollte auf keinen Fall einen Film zulassen, der das Treiben dieser Gesellschaft durch Karikatur und Satire an den Pranger stellt.

Nun sagt allerdings das Lichtspielgesetz mit absoluter Deutlichkeit im § 1, daß wegen einer politischen Tendenz die Zulassung eines Filmes nicht abgelehnt werden darf. Ebenso darf ein Film nicht abgelehnt werden aus Gründen, die außerhalb seines Inhalts liegen. Man wollte aber diesen Film wegen seiner politischen Tendenz verhindern und verbot ihn deshalb aus dem außerhalb seines Inhalts liegenden Grunde, daß die Herren Nazis sich durch ihr Porträt getroffen fühlen könnten.

Nachdem der ungeneuerliche Spruch ergangen war, gab der Vertreter der Hersteller dem wahren Sachverhalt dadurch Ausdruck, daß er zu dem Vorsitzenden der Oberprüfstelle gewandt sagte: „Ihre Begründung ist etwas lang, kürzer und einfacher wäre gewesen: Die ganze Richtung paßt uns nicht!“

Besprechung beim Reichskanzler.

Der Reichskanzler empfing am Donnerstag in Anbetracht des Wiederzusammentritts des Reichstags die sozialdemokratischen Abgeordneten Breitscheid, Herz, Hilferding und Müller zu einer Aussprache über die politische Lage.

Russisches Verkehrslehd.

Strafandrohungen sollen helfen.

Moskau, 29. Januar.

Das Zentralkomitee und der Rat der Volkskommissare haben ein Dekret erlassen, welches folgendes bestimmt: Jede Verletzung der Dienstordnung und Disziplin im Transportwesen, wie z. B. Nichterhaltung der Verkehrsvorschriften, ungenügende Ausbesserung der Verkehrswege, des Eisenbahnmateriale usw. wird, wenn sie eine Schädigung des Bahndammes, der Wagen und dergleichen hervorgerufen hat bzw. hätte hervorgerufen können, mit Gefängnis bis zu 10 Jahren bestraft. Unter dieselbe Bestimmung fallen Dienstvergehen, die zu Unglücksfällen und Katastrophen führen, nachlässige Handhabung des Dienstes, die zu Transportstörungen führt u. a. In allen Fällen, in welchen derartige Vergehen offensichtlich nicht nur Nachlässigkeit und Faulheit, sondern auch böse Absicht zeigen, soll das höchste Strafmaß, d. h. die Todesstrafe, angewendet werden.

Die Oberbürgermeisterwahl in Dresden, die am Donnerstag vorgenommen werden sollte, ist auf deutschlandweiten Antrag vertagt worden, und zwar auf den 9. Februar. Gegen die Vertagung stimmten mit den Sozialdemokraten die Staatspartei und das Zentrumsmittglied. Als aussichtsreicher Kandidat galt bisher der frühere Reichsinnenminister Dr. Kitz. Der Vertagungsantrag ist offenkundig eine Demonstration gegen diesen Kandidaten.

Republik wird verboten!

Von der Filmoberprüfstelle.

Die Filmoberprüfstelle hat einen sozialdemokratischen Propagandafilm gegen die Nationalsozialisten verboten. Statt verboten. Er darf nicht in öffentlichen Filmvorstellungen gezeigt werden, aber auch nicht einmal in Mitgliederversammlungen der Sozialdemokratischen Partei. Was ist das für ein gefährlicher Film? Reizt er zum Verbrechen auf? Ist er unfeilich?

Der Film zeigt in bewegten Karikaturen einige Grundtatsachen des politischen Lebens von heute: Lohndruck gegen die Arbeiter. Die Nationalsozialisten als letzte Hoffnung der Unternehmer. Den Mut der Hakenkreuzler gegen Fensterheiben und ihre Freiheit gegenüber der Polizei. Den Tod der Freiheit unter dem Stiefel Mussolinis. Die Sehnsucht der Hakenkreuzler nach rollenden Köpfen. Aber dann: den begeisterten Marsch sozialdemokratischer Arbeitermassen für Demokratie und Freiheit, und den Triumph der Republik.

Wahrhaftig, sie haben den Triumph der Republik über ihre nationalsozialistischen Feinde verboten!

Niemand wird uns zumuten, in der Filmoberprüfstelle, die diese perverse Entscheidung gefällt hat, noch eine objektive Behörde zu erblicken. Hier ist eine Zelle der Feinde der Republik!

Die Herren, die den Stahlhelmfilm zugelassen, den Film gegen die Feinde der Republik aber verboten haben, haben sich um eine Begründung bemüht. Diese Begründung krönt der Spruch: nicht um des Inhaltes des Filmes willen ist das Verbot angeblich erfolgt, sondern weil Protestdemonstrationen gegen den Film zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen könnten.

Eine saubere republikanische Behörde, die von der Annahme ausgeht, daß Propaganda für die Republik, für die Verfassung, für die Ordnung, für die Polizei, für die Legalität zu Störungen der öffentlichen Ordnung führen werde, und deswegen zu verbieten sei!

Das ist die neueste Errungenschaft: Legalität reizt die Feinde des Gesetzes zu Protest und Widerstand auf, also — ist die Legalität zu verbieten!

Wenn es Ruhestörung, ja Bürgerkrieg in Deutschland gibt, wer ist daran schuld? Die Republik ist schuld. Warum ist sie schuld? Weil sie provoziert. Und warum provoziert sie? Schon durch ihr Dasein!

Es gibt kein Symbol der Republik, das die Nationalsozialisten so sehr hassen und beschimpfen wie die schwarzrotgoldenen Reichsfarben. Wie wäre es mit einem Verbote, die Reichsfarben zu zeigen?

Denn nicht wahr, meine Herren, das ist doch ganz logisch: wer schwarzrotgold zeigt, provoziert Proteste Andersdenkender und verursacht somit Störungen der öffentlichen Ordnung — und der einfachste Weg zur Verhinderung der Störung der öffentlichen Ordnung ist, die „Provokation“ durch Schwarzrotgold zu verbieten.

Oder: die Nationalsozialisten fühlen sich manchmal durch jüdische Fensterheiben provoziert. Wie wäre es mit einem Verbot: jüdische Geschäfte dürfen keine Fensterheiben mehr haben. Noch besser: jüdische Geschäfte sind überhaupt verboten.

Der Reichstag ist die Zielscheibe wütesten Hakenkreuzlerischer Angriffe. Sein Zusammentritt hat zu schwersten Ordnungsstörungen durch Nationalsozialisten geführt. Also: fort mit dem Reichstag; denn er ist eine provokatorische Angelegenheit!

Schließlich: wer sich zur Republik bekennt, provoziert Andersdenkende, darum verbietet alle Republikaner, sperrt sie ein, macht sie unschädlich, rotte sie aus!

Ist das alles nicht klar und logisch, ist es nicht ebenso gut begründet, wie der Spruch der Oberprüfstelle?

Herr Reichsinnenminister, was gedenken Sie gegen diese Behörde zu unternehmen, die das Recht, die Verfassung, die Befehlsherrschaft so offen verhöhnt? Was gedenken Sie gegen den Beamten Ihres Ministeriums zu tun, der zu diesem Spruch diese insame Begründung geliefert hat?

Das wahre Wesen von Spruch und Begründung dürfte danach hinlänglich klar sein. Aber das Verbot gilt ja nicht nur für die Öffentlichkeit, sondern auch für geschlossene sozialdemokratische Mitgliederversammlungen! Denn so folgert die Oberprüfstelle: wenn Nationalsozialisten erfahren, daß in geschlossenen sozialdemokratischen Versammlungen dieser Film läuft — den sie ebenso wenig kennen wie seinerzeit den Remarque-Film —, so

werden sie die sozialdemokratische Versammlung sprengen. Also — ist der Film zu verbieten.

Die Rechtsbrecher, die an Gewalt appellieren, haben immer recht, und der republikanische Staatsbürger hat sich ihrem Willen zu unterwerfen. Was da, ihr redet von Rechtsgütern, von Freiheit, Verfassungsmäßigkeit? Kommt nicht in Frage! Für die Oberprüfstelle existiert nur ein zu schützendes Rechtsgut, die zartbesaitete, leicht erregbare Seele der „Andersdenkenden“, lies der Feinde der Republik! Ignoranz ist noch niemals das Recht und die verfassungsmäßige Aufgabe der öffentlichen Gewalt ins Gegenteil verkehrt worden!

In diesem Spruch liegt nicht eine Kapitulation vor nationalsozialistischem Terror — das hieße ihn verkennen. Es ist die Billigung und Anerkennung des nationalsozialistischen Versammlungsterrors. Er führt den Versammlungsterror als ein rechtswirksames Mittel ein, mit dessen Hilfe verfassungsmäßig verbürgte Rechte anderer gebrochen und unwirksam gemacht werden können.

Als die Reichspropagandaleitung der Nationalsozialistischen Partei ihr Rundschreiben über die Filmpropaganda veröffentlichte, hat sie sich wohl nicht träumen lassen, daß die Oberprüfstelle sich so rasch nach ihren Richtlinien orientieren würde. In diesem Rundschreiben heißt es:

„Die NSDAP. muß durch die Massen ihrer Anhänger auf die Programme der Lichtspielhäuser einen gewissen Druck ausüben. Paziistische und andere zersetzende Tendenzfilme müssen verschwinden und dafür unsere getarnten Filme auf den Spielplan gesetzt werden.“

Die Oberprüfstelle ist auf dies Kommando eingeschwenkt, so prompt, daß sie die Propaganda des Kampfes und des Triumphes der Republik gegen Volksbetrug und Verfassungsbruch verboten hat! So sehr ist sie eingeschwenkt, daß sie auch noch erklären ließ, sie sei sich über die grundsätzliche Bedeutung ihres Spruches durchaus im klaren!

Der Spruch der Oberprüfstelle ist eine glatte Begünstigung des Terrors der Feinde der Republik, und eine Verhöhnung des Rechts hinzu! Es ist klar, aus welchen Ursachen er erfolgt ist. Eine rechtsradikale Mehrheit in der Oberprüfstelle hat die Sozialdemokratie und mit ihr die Republikaner terrorisieren wollen. Darum ist dieser Spruch selbst ein Akt des Terrors! Wir wünschen, daß alle Verantwortlichen sich über die Konsequenzen dieses „grundsätzlichen Spruches“ im klaren sind. Wenn das Gesetz gebrochen, der Terror als wirksames Mittel zur Verhinderung von Filmpropaganda und Filmauführungen anerkannt wird — dann wird angesichts der politischen Spannungen in Deutschland an dieser Art von „Rechtssprechung“ die deutsche Filmindustrie zugrunde gehen!

Und nicht sie allein!

Ein Richter der Republik.

Er löst sich von einem verurteilten Rowdy befreien.

Frankfurt a. M., 29. Januar. (Eigenbericht.)

Ein offizielles Mitglied der Nationalsozialistischen Partei amtiert zur Zeit als Richter in einem Prozeß gegen vier Nazis vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. M.

Die vier Nazis sind beschuldigt, einen kommunistischen Arbeiter geißelt zu haben. Als Beisitzer und Berichterstatter fungiert in dem Prozeß der nationalsozialistische Landgerichtsdirektor Krebs. Krebs kandidierte im Mai 1928 für die Hakenkreuzler zum Preussischen Landtag. Er ist ferner Leiter des nationalsozialistischen „Kampfbundes für deutsche Kultur“, Ortsgruppe Frankfurt a. M., dessen Gauleiter der Schriftleiter des „Böhmischen Beobachter“ Rosenberger in München ist. In einem Ruff- und Propagandaabend dieses farnosen „Kampfbundes“ führte der Landgerichtsdirektor Krebs vor einigen Tagen den Vorfall, den Saalschuh löste ein junger Nazirowdy namens Hahn aus, der am Vormittag des gleichen Tages zu 3 Monaten Gefängnis verurteilt wurde, weil er dem sozialistischen Arbeiterjugendführer Langendorf mit viehischer Bestialität gefährliche Körperverletzungen zugefügt hatte.

Ein Arbeiter niedergeschlagen.

Meißen, 29. Januar. (Eigenbericht.)

In der Nacht zum Donnerstag überfiel ein Trupp von etwa 12 Nationalsozialisten gegen 10 Uhr abends einen Arbeiter, der aus dem Außenviertel nach der Stadt zu ging. Ansehend hielten ihn die Nationalsozialisten für einen Reichsbannermann, da er eine Windsacke und eine blaue Mütze trug. Ohne jeden Wortwechsel stürzten sich die Nationalsozialisten auf den Mann und schlugen ihn nieder, so daß er bewußtlos liegen blieb. Er hat durch Schlagwerkzeuge eine Anzahl schwerer Verletzungen am Kopfe davongetragen. Die Schläger sind inzwischen ermittelt worden. Es sind sämtlich Nationalsozialisten.

Versammlungsschlacht von Geesthacht.

Weitere Verhaftungen.

Hamburg, 29. Januar.

Die blutigen Zusammenstöße zwischen Nationalsozialisten und Kommunisten, die sich am Sonntag in Geesthacht abspielten, haben zu weiteren Verhaftungen geführt. Am Schworzenbeker Bahnhof sind u. a. zwei Personen festgenommen worden, die an der Schlägerei beteiligt waren und bisher, um einer Verhaftung zu entgehen, umhergeirrt sind. Auch der Erste Stellvertreter des Gemeindevorsteher von Düneberg, der der kommunistischen Partei angehört, ist unter dem Verdacht der Anstiftung bzw. der Beteiligung an den Zusammenstößen in Haft genommen worden.

„Berliner Tageblatt“ — Kommunistenschwindel! Das Feuilleton des „Berliner Tageblatt“ fordert seine Leser auf, sich gewisse „Vorträge“ anzuhören, die ein gewisser „Schriftsteller“ zu halten gedenkt. Die Leser des „Berliner Tageblatt“ werden sich wundern, wenn sie, der Empfehlung ihres Blattes folgend, in eine gewöhnliche kommunistische Redaktionsversammlung geraten werden.

Die Zahl der Inlandsdeutschen in Prag ist laut Volkszählung gegen die vorige Zählung von 30 429 auf 41 483 gestiegen, das sind 36,23 Proz. der Bevölkerung Prags. Danach müßte die deutsche Sprache auch in Prag gleichberechtigt sein — aber die Hauptstadt wird im Gesetz davon ausgenommen!

Der Streit um die Osthilfe.

Der Konflikt Muffel-Hippel nicht beigelegt! — Sensationelle Feststellungen.

In der Presse wurden detaillierte Meldungen des Inhalts gebracht, daß der zwischen der Oststelle und dem Generallandschaftsdirektor von Hippel bestehende Konflikt beigelegt worden sei. Am Dienstag sei zwischen „der Oststelle“ und den Vertretern der Generallandschaft eine Einigung auf der Grundlage erzielt worden, daß die Generallandschaft sich bereit erkläre, im Falle der Umschuldung ihre Hypotheken stehen zu lassen. Die Generallandschaft hatte bisher die Vorauszahlung zum Nennwert verlangt, was die Durchführung der Osthilfe nahezu unmöglich machte und zu dem bekannnten Konflikt Muffel-Hippel führte, in den auch der Reichskanzler eingegriffen hat.

Aus diesen Meldungen ist nicht ersichtlich, ob es sich bei dieser Einigung um persönliche Abreden des Ministers Treutmann oder um eine offizielle Einigung mit der Oststelle handelt. Soweit wir wissen, hat eine offizielle Verständigung mit der Oststelle noch nicht stattgefunden, weshalb auch von einer endgültigen Vereinkung des Konflikts noch keine Rede sein könnte.

Die Hintergründe des Konflikts wurden übrigens auf der Hauptversammlung der Landwirtschaftskammer der Provinz Ostpreußen jetzt von Herrn von Hippel selbst in sensationell wirkender Weise von neuem beleuchtet. Hippel erklärte, für die Landwirtschaft an der eingeschlagenen Methode festhalten zu müssen. Die Landwirtschaft müsse die hundertprozentige Vereinkung fordern, weil sie 20 Millionen bereits zugesagte Pfandbriefdarlehen auszahlen müsse, in nächster Zeit 18 Millionen Golddiskontbankkredite zurückzahlen habe und endlich 13 Millionen Zinsrückstände der erstfälligen Hypotheken vorliegen.

Diesen Feststellungen trat der Oberpräsident Ostpreußens Dr. Siehr, der zugleich Generallandschaftspräsident und der Staatskommissar der Landschaft ist, sehr nachdrücklich entgegen. Die Landschaft habe von ihrem Recht, die Vorauszahlung zu verlangen, in vielen Jahrzehnten nur ein einziges Mal Gebrauch gemacht. Das Vorgehen der Landschaft müsse bei Außenstehenden den Eindruck erwecken,

daß die Landschaft die an die Landwirte gezahlten Osthilfekredite künstlich in Barzuschüsse für eigene Rechnung umwandeln wolle.

Auch dieser Zusammenstoß, der nach der Rückkehr des Herrn von Hippel aus Berlin und nach der sogenannten Einigung erfolgte, läßt die behauptete Vereinkung des Konflikts sehr unwahrscheinlich erscheinen.

Schwierigkeiten beim Schiele-Etat.

Unübersichtliche Wirtschaft. — Besserung wird zugesagt.

Der Ausschuss für den Reichshaushalt setzte in seiner Donnerstag-Sitzung die allgemeine Aussprache über den Ernährungsetat fort. Abg. Dr. Köhler (Z.) rügte, daß die haushaltsrechtlichen Bestimmungen von dem Ministerium nicht scharf genug durchgeführt würden. So herrsche insbesondere bei der Bewilligung von Subventionen ein großes Durcheinander. Der eine Referent wisse nicht, was der andere tue; die gleichen Institutionen erhalten von den verschiedensten Stellen Mittel. Ebenso sei die Art, in der die Verwendung der bewilligten Mittel kon-

trolliert werde, ungenügend. Der Reichstag könne einfache Empfangsbefestigungen für Gelder durchaus nicht als einen Beleg für die Verwendung der Gelder ansehen.

Diese Ausführungen wurden von dem Abg. Heinig (Soz.) auf das Nachdrücklichste unterstrichen. Er wies darauf hin, daß der Haushalt des Ernährungsministeriums heute der unklarste und komplizierteste von allen Einzelplänen sei. Es müsse unter allen Umständen eine grundsätzliche Vereinkung eintreten. An einer großen Zahl von Einzelspielen konnte der Redner erläutern, wie dringend notwendig eine Aenderung der Haushaltsgebarung des Ministeriums sei.

Staatssekretär Heuckamp gab zu, daß die Kritik berechtigt sei, hat aber, zu berücksichtigen, daß jährlich 3000 bis 4000 Posten genau nachkontrolliert werden müßten. Er sagte jedoch zu, daß in Zukunft die vom Rechnungsausschuss aufgestellten Forderungen auf das peinlichste beachtet werden sollten.

Frau Wurm (Soz.) erwähnte die merkwürdige Praxis verschiedener Genossenschaften, vom Reich billig erhaltenes Geld zu hohen Zinsen, die bis zu 14 Proz. hinaufgingen, weiter auszuliehen! Die Regierung habe sich bisher ausgeschwiegen, wie sie zu dieser Praxis stehe. Warum sei im übrigen der Reichsernährungsausschuss, der sich seit zwei Jahren in der Gründung befindet, noch immer nicht endgültig begründet? Die verschiedenen Ausschüsse, die jetzt auf dem Ernährungsgebiet arbeiten, müßten zusammengelegt und rationalisiert werden. Heute preise der eine Obst, morgen der andere Milch usw. an. Von den nationalsozialistischen Abgeordneten sei wiederholt eine Behauptung aufgestellt worden, deren Unrichtigkeit schon oft dargelegt sei. Die Großverkaufs-gesellschaft deutscher Konsumvereine soll angeblich ausländische statt deutscher Butter beziehen. Dabei wird immer geflissentlich übersehen, daß die GEG. zum Bezuge ausländischer Butter gezwungen ist. Ihr Bedarf 1930 habe 1031 000 Kilogramm betragen. Von den circa 200 deutschen Molkereigenossenschaften seien im ganzen dagegen pro Woche 23 Zentner, also 59 800 Kilogramm im Jahre, angeboten worden.

Weniger Wanderarbeiter.

Dafür Ausbildung inländischer Arbeitskräfte.

Der Reichsrat hat am Donnerstag einem Vorschlag des Reichsarbeitsministers für eine Neuregelung des ausländischen Wanderarbeiterkontingents für das Jahr 1931 zugestimmt. Danach werden künftig nur Betriebe berufligt, die auch bisher schon Ausländer beschäftigen durften, und zwar nur Betriebe, die Zuckerrüben anbauen und bei denen die Zuckerrübenanbaufläche mindestens 25 Morgen beträgt; 80 bis 85 Proz. der Ausländer müssen weibliche Arbeitskräfte sein. Die Zahl der für den einzelnen Betrieb im Jahre 1931 zu genehmigenden Ausländer darf höchstens Zweidrittel der im vergangenen Jahr genehmigten Zahl betragen.

Preußen hatte bereits im Ausschuss zur Ausländerfrage eine Entschließung beantragt, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Reichsanstalt ihre Bemühungen, für die Landwirtschaft geeignete inländische Arbeitskräfte an Stelle der Ausländer zu vermitteln, mit allem Nachdruck fortsetzt. Diese Entschließung wurde vom Reichsrat angenommen.

Stahlhelm für Curtius!

Und für westliche Demokratie!

Hugenberg und Hitler haben durch ihre Presse erklären lassen, daß Curtius als geschlagener Mann aus Genf heimgekehrt sei. Dagegen ist im „Stahlhelm“ zu lesen:

Bei allen notwendigen Vorbehalten hinsichtlich der Zukunft dürfen wir mit Genugtuung feststellen, daß kaum jemals ein Staat in Genf eine so schwere und eindeutige Niederlage erlitten hat wie diesmal Polen. Nicht einmal die des Skandinavien bezüchtigte Keiserrepublik Liberia war derartig moralisch bloßgestellt! Wir wollen und müssen auch anerkennen, daß der deutsche Außenminister ein geschickter, wirksamer und männlicher Anwalt der deutschen Sache und Ankläger des polnischen Unrechts war.

Ganz zufrieden ist der „Stahlhelm“ mit Curtius aber nicht. Er hätte nämlich gewünscht, daß in Genf „das gesamte polnische Staatssystem als ein Gegner jeglicher Staatsordnung“ gekennzeichnet worden wäre, und er schreibt wörtlich weiter:

Wir müssen heute dem Polen asiatischer Willkür die Maske westlicher Demokratie herunterreißen und es brandmarken als ein Staatswesen, dem man nicht Angehörige anderer Völker ausliefern darf.

Wenn Worte noch einen Sinn haben, so heißt das: Einem

Staat, in dem wirklich die Grundzüge westlicher Demokratie gelten, kann man mehr oder weniger unbedenklich die Herrschaft über Angehörige fremder Völker überlassen, nicht aber einem Staat, der sich nur zum Schein zu diesen Grundzügen bekennt, in Wirklichkeit aber asiatische Willkür übt.

Ein solches Bekenntnis zur Demokratie, gegen die asiatische Willkür des polnischen Faschismus ist im Munde des „Stahlhelm“ besonders wertvoll.

Warum schimpft aber der „Stahlhelm“ noch über die Sozialdemokratie, die Deutschland als ein demokratisches Staatswesen ausbauen und den Einbruch asiatischer Diktaturwillkür verhindern will?

Aber die Volkspartei.

Die Reichstagsfraktion der Deutschen Volkspartei nahm am Donnerstag einen Bericht des Reichsaußenministers Dr. Curtius über den Verlauf der Januartagung des Völkerbundsrats entgegen. Die anschließende Debatte zeigte, daß in der Volkspartei, trotz der Genfer Erfolge, noch wie vor starke Kräfte gegen den Kurs der gegenwärtigen Außenpolitik sind.

Vogelfrei.

Angst der Hakenkreuz-Verleumder vor dem Gesetz.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags hat sich entschlossen, die Immunität notorischer und gewohnheitsmäßiger nationalsozialistischer Verleumder aufzuheben. Darauf antwortete die Hakenkreuzpresse mit dem Schrei: „Nationalsozialistische Abgeordnete sind vogelfrei.“

Vogelfrei sein heißt außerhalb des Gesetzes stehen. Nun bedeutet die Aufhebung der Immunität das gerade Gegenteil: der Parlamentarier soll sich wie jeder Staatsbürger vor Gericht und dem Gesetz verantworten.

Umgekehrt: wer sich von immunen Abgeordneten dauernd in der schmutzigsten Weise verleumden lassen muß, ohne Rechtshilfe finden zu können, der wird wahrhaft vogelfrei!

Damit nicht die Opfer der Verleumdungen vogelfrei werden gegenüber Verleumdern, die sich feig und ehrlos unter die Immunität ducken, muß dem Gesetz freier Lauf gegeben werden!

Sie wollen straffrei verleumden.

Dresden, 29. Januar.

In der letzten Sitzung des Sächsischen Landtags war der nationalsozialistische Abgeordnete Dr. Dönitz wegen

mehrerer Zwischenrufe während der Rede des sozialdemokratischen Abgeordneten Liebmann dreimal zur Ordnung gerufen, aus dem Saal verwiesen und für fünf Sitzungen ausgeschlossen worden. In der heutigen Landtagssitzung wurde der Einspruch des Abgeordneten Dönitz gegen seinen Ausschluss, den er als ungerichtet bezeichnete, gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten zurückgewiesen, worauf die nationalsozialistische Fraktion den Saal geschloß und demonstrativ verließ. Im Zusammenhang hiermit hat der nationalsozialistische Abgeordnete Kunz sein Amt als zweiter Vizepräsident des Landtages niedergelegt.

Aufhebung der Straffreiheit.

Der Abgeordnete als „Verantwortlicher“.

Der Geschäftsordnungsausschuss des Reichstags beschloß am Donnerstag mit 16 gegen 11 Stimmen, bei einer Enthaltung, per Genehmigung zur Strafverfolgung des kommunistischen Abgeordneten Schaeffer wegen Aufforderung zum Steuerfreiz in sechs Fällen stillzugeben.

Die Aufhebung der Immunität des sozialdemokratischen Abgeordneten Käcker zur Durchführung eines Privatklagenverfahrens wurde abgelehnt, obwohl die Sozialdemokraten selbst aus grundsätzlichen Erwägungen auch in diesem Falle ebenso wie das Zentrum für die Aufhebung der Immunität stimmten.

Nach der Unterhauschlacht.

Neuer Schachzug Lloyd Georges.

London, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Das offizielle Abstimmungsergebnis der Mittwoch-Sitzung des Unterhauses zeigt, daß nur acht Liberale unter Führung von Sir John Simon gegen die Regierung gestimmt haben. Ein liberaler Abgeordneter war für die Annahme der Gewerkschaftsvorlage, während sich alle anderen Liberalen der Abstimmung enthielten. Die Konservativen waren geschlossen gegen die Regierung; ebenso geschlossen stimmte die gesamte Labour party für das Gesetz. Es geht nunmehr an einen Ausschuß, bevor es dem Unterhaus zur dritten Lesung vorgelegt wird.

Die Mittwoch-Abstimmung war ein Sieg des politischen Taktikers Lloyd George, der seine Wahlreform haben will, bevor er an den Sturz der Regierung und an die Auflösung des Unterhauses denkt. Es wird sich zeigen, wie weit die Liberalen ihre politische Schlüsselstellung bei den Kommissionsberatungen über das Gewerkschaftsgesetz auszunutzen gedenken. In der Mittwoch-Debatte haben die Reden der Gewerkschaftsführer bereits deutlich gezeigt, daß es für sie eine Grenze gibt, die sie nicht überschreiten werden. Ueber diese Grenze wird auch die Arbeiterregierung nicht hinaus können. Deshalb ist die Frage der Neuwahl bis zur dritten Lesung des Gesetzes offen und drohend. Dadurch findet auch die gegenwärtige politische Machtposition der Liberalen ihre Grenze und die liberalen Blätter vom Donnerstag ermahnen ihre Parteifreunde bereits, daran zu denken, daß das konservative Ausnahmegesetz große Ungerechtigkeiten für die Arbeiterschaft enthält und keine Beteiligung auch die Pflicht der liberalen Partei sei. Lloyd George allerdings hat sich wiederum nach der anderen Seite den Rücken gebogen, wodurch er einmal die Konservativen schwachmatt sehen, zugleich aber seine Stellung in der eigenen Partei und gegenüber der Regierung festigen will.

Im Unterhaus ist inzwischen ein konservativer Antrag eingebracht worden, der der Regierung wegen ihrer Arbeitslosenpolitik das Vertrauen des Parlamentes entziehen will. Lloyd George hat daraufhin einen Antrag eingebracht, der die Regierung auffordert, die liberalen Pläne zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Wirtschaftskrise anzunehmen. Zu ihrer Durchführung schlägt der liberale Führer die Aufnahme einer durch besondere Steuern zu deckenden größeren Anleihe vor, was bisher von Snowden als undurchführbar abgelehnt wurde. Lloyd George hofft aber die Mosley-Gruppe und die unabhängige Arbeiterpartei auf seine Seite zu ziehen, um dadurch die Regierung zur Annahme seiner Pläne zwingen zu können.

Churchill und Baldwin

London, 29. Januar. (Eigenbericht.)

In der Unterhausdebatte über das Ergebnis der Indien-Konferenz hatte Churchill seinen eigenen ablehnenden Standpunkt im Gegensatz zu der konservativen Partei vertreten. Die Folge ist ein scharfer Konflikt zwischen Baldwin und Churchill, der jetzt dazu geführt hat, daß letzterer seinen Austritt aus dem sogenannten konservativen „Schattentabellat“ erklären mußte. Damit kommt Churchill als Ministeranwärter für die Konservativen bis auf weiteres nicht mehr in Frage.

„Heil Italien.“

Wenn es auch Südtirol entdeutscht.

Jansbrud, 29. Januar.

In der letzten Zeit ist wegen Erteilung deutscher Brivatunterrichts gegen verschiedene Südtiroler Lehrer vorgegangen worden. So wurde der deutsche Lehrer Franz Oberhofer in Tarvis wegen Erteilung deutschen Brivatunterrichts aus seiner Aufenthalts- und Zuständigkeitsgemeinde polizeilich abgeschoben. Er darf ohne Erlaubnis der Behörde seinen ihm zugewiesenen Aufenthalt nicht verlassen. Andere deutsche Lehrer, die oft nur ein einziges Kind deutsch unterrichten, wurden ebenfalls gemahnt.

USA-Rofau vor Mussolini.

Der italienische Botschafter in Washington hatte sich beschwert, daß Generalmajor Bullerjahn Mussolini beleidigt hätte. Der General wurde zur Berichterstattung aufgefordert und sein Bericht hat das Wehrministerium veranlaßt, ihn vor ein Militärgericht zu stellen; telephonisch wurde ihm befohlen, sich als Militärgefangenen zu betrachten. Die Regierung hat sich bei der Faschistenbotschaft entschuldigt.

Bullerjahn und Frankreich.

Eine Interpellation.

Paris, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Der Fall Bullerjahn wird nunmehr auch im französischen Parlament zur Sprache kommen. Der Abgeordnete Guernut, Generalsekretär der französischen Liga für Menschenrechte, verlangt in einem Interpellationsantrag an die Adresse des Kriegsministers Maginot zu wissen, ob der Kriegsminister dem französischen Leutnant Jost, der seinerzeit der internationalen Militärkontrollkommission angehörte und die angeblichen hochverräterischen Berichte Bullerjahns entgegengenommen haben soll, das Recht zur Zeugenaussage vor einem deutschen Gericht zuerkennen wird.

Argentinische Preisfentung.

Man will den Händlergewinn begrenzen.

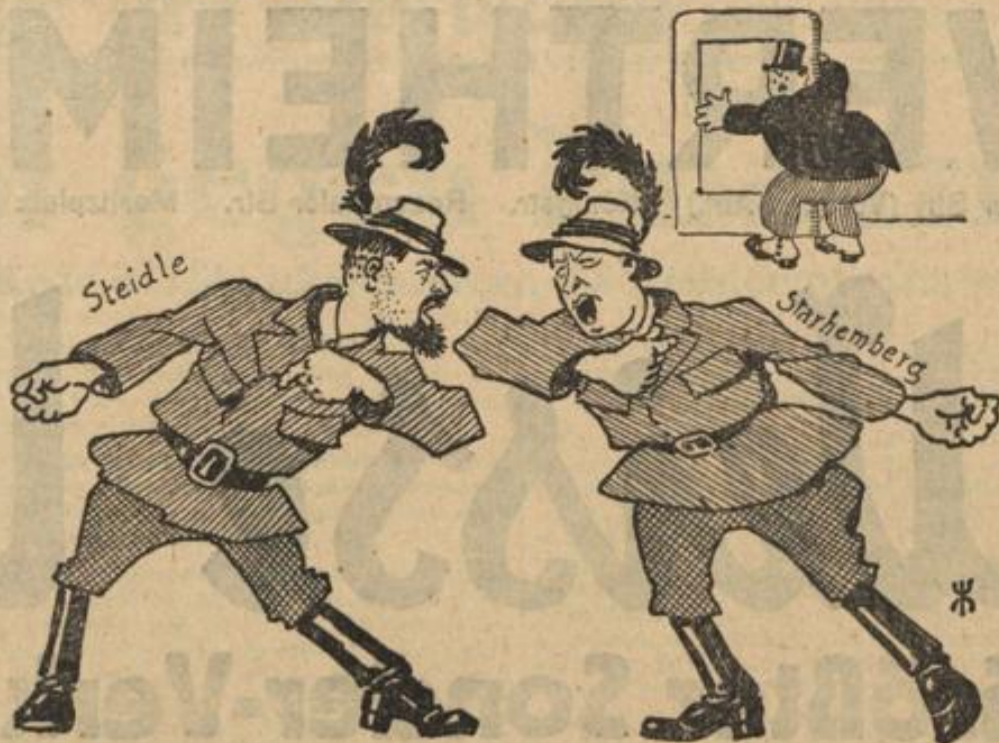
Buenos Aires, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Die argentinische Regierung verfügte in Durchführung des Preisfentungsprogramms eine sofortige vierprozentige Herabsetzung des Brotpreises und kündigte die tägliche Bereitstellung von 250 000 Pfund Brot zum niedrigsten Preise für Unbemittelte der hauptstädtischen Bevölkerung an. Die Preise für andere Stapelartikel und Hauptnahrungsmittel sind gleichfalls beträchtlich gesenkt worden. Das Innenministerium ist außerdem um eine starke Herabsetzung der Fleischpreise bemüht. Der Regierungsplan sieht eine Beschränkung des Zwischenhandelsprofits auf 1 Cent pro Pfund vor, was heftigen Widerspruch der Fleischer hervorgerufen hat.

Die „Tägliche Rundschau“ erscheint fortan als Organ des christlichsozialen Volksdienstes. Verlagsinhaber ist der christliche Gewerkschafter Gustav Müller, der frühere deschnationale Reichstagsabgeordnete, der als Gegner Hugenhbergs bekanntgeworden ist.

Starhemberg legt sein Nationalratsmandat nieder, um ganz dem antiparlamentarischen Heimwehrfaschismus zu gehören. Mit den Nazis hat er seit der Novemberwahl keine Verbindung mehr, sagte er einem Ausrufer.

Spaltung der Heimwehren.



Steidle: „Ich schütze das Kapital, du Schurke!“

Starhemberg: „Nein, ich schütze es, du Lump.“

Der Kapitalist: „Himmel, wer schützt mich nun vor meinen Beschützern?“

Wehrdebatte der belgischen Arbeiterpartei.

Bandervelde für weitgehende Abrüstung.

Brüssel, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Im Generalrat der belgischen Arbeiterpartei fand am Donnerstag eine wichtige Aussprache über die Frage der Landesverteidigung und der Abrüstung statt.

Auf dem Ostertagkongress der Partei soll über das neue Parteiprogramm beraten werden. Dabei spielt die grundsätzliche Stellung zur Frage der Landesverteidigung eine Hauptrolle. In dieser Frage bahnt sich innerhalb der belgischen Arbeiterpartei eine bemerkenswerte Wandlung an. Während die Mehrheit der Führer und der Mitglieder der Partei an dem traditionellen Standpunkt der Bekämpfung jedes Militarismus, aber auch der Berechtigung der Landesverteidigung gegen einen Angriff von außen festhalten und auf die im internationalen Rahmen zu erstrebende Abrüstung das Hauptgewicht legen, ist in letzter Zeit die Strömung

zugunsten einer sofortigen Abrüstung Belgiens ohne Rücksicht auf die Haltung anderer Länder

immer stärker geworden. Diese Strömung, die zum Teil von der Haltung der dänischen und holländischen Sozialdemokratie beeinflusst wird, ist insbesondere in Brüsseler Parteizellen, ferner in Flandern und insbesondere in Antwerpen sehr stark, während der französischsprachige Landesteil, wohl unter dem geistigen Einfluß Frankreichs, an dem Grundgeden der Landesverteidigung stärker festhält.

Im Nationalrat verteidigte Bandervelde am Donnerstag die Auffassung des Parteivorstandes, nach der das neue Parteiprogramm, ohne zur grundsätzlichen Frage der Landesverteidigung Stellung zu nehmen, eine weitgehende internationale Abrüstung fordert. „Auf nationalem Boden“ — führte Bandervelde aus — „bekämpfen wir nicht nur jede Rüstungsermehrung, sondern fordern sofortige Herabsetzung aller Rüstungen; aber eine grundsätzliche Ablehnung der Landesverteidigung halten wir nicht für zulässig. Unser Streben muß darauf hinarbeiten, den Krieg zu verhindern, und dazu gehört vor allem auch das Ablehnen jeder einseitigen Bindung gegenüber

einer einzelnen Mächtegruppe. Die kommende Genfer Abrüstungskonferenz muß zu einer erheblichen Verminderung der europäischen Rüstungen führen. Wir müssen zwischen zwei politischen Richtungen wählen: die eine will dem sogenannten Syndikat der unzufriedenen Mächte eine Politik der Aufrüstung entgegenstellen und erklärt die Friedensverträge für unantastbar; die andere Richtung dagegen ist die, welche Artur Henderson in Genf im Namen des Britischen Reiches so glänzend vertreten hat. Henderson sagte, daß nur diejenigen Länder die Freunde der britischen Regierung und des britischen Volkes sein können, die für die Abrüstung kämpfen. Nun wohl, wir wollen zu den Freunden der britischen Regierung gehören! Wir können und müssen im nationalen Rahmen im Sinne der Abrüstung kämpfen, aber das Wichtigste ist, die allgemeine, gleichzeitige und kontrollierte Abrüstung im internationalen Rahmen zu verwirklichen.“

Im Laufe der Debatte nahm Bandervelde noch einmal das Wort und führte aus: „Die nationale Presse versucht fortgesetzt, die öffentliche Meinung in bezug auf die Rüstungen Deutschlands zu verwirren. Diejenigen, die am lautesten gefordert haben, daß man Deutschland verbiete, Befestigungen in der entmilitarisierten Rheinlandzone zu bauen, wollen

hundert Millionen für Festungsbauten

diesseits der entmilitarisierten Zone ausgeben. Unsere deutschen Freunde waren die ersten, die die geheimen Rüstungen in Deutschland — die übrigens mehr innerpolitischen als außenpolitischen Zielen dienen — bekämpfen. Ich will es mir nicht nehmen lassen, bei dieser Gelegenheit unsere deutschen Kameraden zu ihrem Kampf gegen den Faschismus zu beglückwünschen. Mit ihrem Kampf gegen den Faschismus und ihrer mutigen und entschiedenen Friedenspolitik haben sich unsere deutschen Kameraden einen wirklichen Verdienst um den Sozialismus erworben!“

Die Debatte wird in den nächsten Sitzungen des Generalrates fortgesetzt.

Attentatsprozeß in Warschau.

Lochspiegelmaße zur Wahlmaße.

Warschau, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Heute begann in Warschau der große politische Prozeß gegen die fünf Funktionäre der Sozialistischen Partei, Jagodzinski, Dziengelewski, Brochimowicz, Bjalkowski und Markowski, die angeklagt sind, einen Bombenanschlag auf Pilsudski vorbereitet zu haben. Am ersten Verhandlungstage wurden die Angeklagten sowie der Hauptbelastungszeuge Polizeispiegel Purzynski vernommen. Schon jetzt ist klar,

daß Purzynski der Provokateur gewesen ist.

Das Ergebnis seiner Tätigkeit war die Konstruktion dieser Anklage gegen fünf Unschuldige. Dieses angebliche Attentat auf Pilsudski hat man gerade im Zeitpunkt des heftigsten Wahlkampfes „entdeckt“, natürlich zur Stimmungsmache gegen die Opposition. In der Eile wurde jedoch die Provokation nicht mit der nötigen Sorgfalt vorbereitet und in Purzynski eine dafür wenig geeignete Person gefunden.

Nach den Aussagen des Spiegels Purzynski ist man mehr denn je von der völligen Unschuld der Angeklagten überzeugt. Während die ruhigen und sachlichen Aussagen der Angeklagten keinen Anhaltspunkt für die Anklage boten, stellten

die Aussagen von Purzynski eine einzige Kette von Widersprüchen dar, aus denen nur die Tatsache seines eindeutigen Verhältnisses zur Polizei als Spiegel hervorging.

Der Vorsitzende des Gerichts hat vor einiger Zeit bereits einen hohen Posten im Justizministerium erhalten, untersteht demnach dem berühmtesten Justizminister Michalowski. Der Prozeß wird voraussichtlich zwei Tage währen. Unter den Zeugen sind u. a. der

Innenminister General Stadkowiak und der stellvertretende Außenminister Dharit Bek, Pilsudskis früherer Adjutant, die als nächste Umgebung des Märchalls über die näheren Umstände des geplanten „Attentats“ aussagen sollen.

Rebellion im Pilsudski-Block.

Warschau, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Unter den Abgeordneten des Pilsudski-Blocks, deren Stimmen die Ablehnung der Anträge auf Unterjudung der Vorgänge in Brest bewirkt haben, fehlten der frühere Minister für Landreform, Prof. Stanjewicz, der Führer der Linksgruppe im Regierungsblock, Abg. Lechnizki, und der Krakauer Nationalökonom, Prof. Krzyzanowski. Der letztgenannte war der Empfänger jenes Briefes der Universitätsprofessoren, durch den die Entrüstungswelle ins Rollen kam. Die Universitätskollegen verlangten von Krzyzanowski, daß er sich für eine Unterjudung einsetze, und bedeuteten ihm, daß seine Haltung in dieser Angelegenheit auf seine Stellung an der Universität zurückwirken möchte. Der Fraktionsvorsitzende des Regierungsblocks hat der „Gazeta Warszawska“ zufolge nur angeordnet, daß Fraktionsmitglieder, die an der Nachsitzung des Sejm am letzten Montag nicht teilgenommen haben, sich in der Presse mit der Haltung des Blocks und der Regierung in der Affäre Brest nachträglich solidarisch erklären sollen. Da die drei Abgeordneten solche Erklärungen nicht abgegeben haben, ist man darauf gespannt, welche Folgen diese Unbormäßigkeit nach sich ziehen wird. Drei andere Abgeordnete des Regierungsblocks haben sogar mit der Opposition zusammen für eine Untersuchung gestimmt.

WERTHEIM

Leipziger Str. (Versand-Abt.) Königstr. Rosenthaler Str. Moritzplatz

Heute Freitag
beginnt die

Weisse Woche

Größter Sonder-Verkauf des Jahres

Der große Sonder-Verkauf von Wäsche usw. ist von uns seit 1898, nach dem Vorbild Pariser Warenhäuser, regelmäßig veranstaltet. Die Bezeichnung Weiße Woche hat sich erst später eingebürgert.

Einige Beispiele:

Linon Bettwäschestoff leinenart. Ausrüstung Deckbettbr. Mtr. 0.58 Kissenbreite Meter 38 Pf. Mako-imitat. Meter 39 Pf. Renforcé bewährte Marke Meter 80 Pf. Farb. Wäschebatist zarte Farben, flieder, nil, hellblau, rose, Mtr. 48 Pf.	Damenhemden mit Stickerei und Spitze 1.15 75 Pf. Nachthemd für Damen mit Garnierungen, farbig oder weiß 2.90 Unterkleid für Damen farbig Kunstseide, Spitzengarnierung 4.35 Schlafanzug für Damen farbig Batist, mit farbiger Garnitur 3.90	Damenhemd Wäschestoff, m. Handstickerei u. echt. Spitze 2.25 Nachthemd für Damen, dazu passend 3.75 Hemd hose für Damen, dazu passend 3.75 Dimiti-Garnituren ein Deckbett zwei Kissen 9.75 6.75	Stehumlegkragen für Herren, Mako 4fach, mod. Form 38 Pf. Oberhemd für Herren weiß, mit Popelin-Einsatz 2.25 Nachthemd für Herren m. Umlegkrag. od. halsfrei, farb. Borte, Tasche 2.75 Schlafanzug für Herren farbig gestreifter Zephir 4.90	Taschentuch für Kinder, mit farbiger Kante, Stück 7 Pf. Taschentuch für Damen mit farbiger Häkelkante Stück 14 Pf. Taschentuch Batist mit Häkelzäckchen u. gestickter Ecke, Stück 28 Pf. Taschentücher Batist weiß Hohlraum, gestickte Ecke, 1/2 Dutz. im Karton 1.25
Tischtuch gebleicht Jacquard, Größe 110x150 2.20 Serviette dazu passend Größe 55x55 55 Pf. Tischtuch halblein. Jacquard, Größe 130x160 3.75 Serviette dazu passend Größe 60x60 70 Pf.	Damenhemden Serie I 1.75 Serie II 2.15 mit Stickerei oder Spitze Nachthemd für Damen, farbig Batist oder weiß 2.45 Schlafanzug farbig Batist, mit farbiger Garnitur, vorn zum Knöpfen 4.25 Oberhemd farbig gestreift Perkal, mit gefüllter Brust 1.95 Künstlerdecke 4.20 Teegedeck Krepp, bunt indanthron, Gr. 130x160 cm Kunstsd., m. farb. Kanle, indanthr., Größe 125x160 cm, mit 6 Servietten 5.75	Küchenhandtuch 78 Pf. Reinl. Diapor, Größe 48x100 cm Stubenhandtuch 95 Pf. Reinl. Gerstenk. od. Jacqu., 48x100 Badelaken weiß Jacquard, breite farbige Kanle, indanthron, Größe 140x160 cm 3.90 Wäschestoff . Meter 28 Pf. Makotuch ägyptische Baumwolle, Meter 39 Pf. Lakenstoff Halbleinen, solide Qualität, 140 cm breit, Meter 1.35	Stubenhandtuch Dreil. oder Gerstenkorn, Größe 45x100 48 Pf. Küchenhandtuch Reinleinen, grau gestreift, Größe 45x100 58 Pf. Wisch Tuch Reinleinen, kariert, Größe 53x75 58 Pf. Rolltuch Reinleinen, Größe 80x190 1.95	

Billige Lebensmittel

Zusendung von 5M an Obst, Gemüse und leicht verderbl. Artikel sind vom Versand ausgeschlossen

Frisch. Fleisch

Rinderkamm u. Brust Pfund **0.88**
 Schmorfleisch . . Pfund **1.18**
 Hammel-Vorderfl. **0.98**
 Gulasch Pfund **0.95** Gehacktes Pfund **0.85**
 Linsen **0.68** Bratwurst **1.12**
 Rücken fett bratfertig, Pfund **0.68**
 Kalbskamm . . . Pfund **0.78**
 Kalbsbrust und Rücken Pfund **0.88**
 Kalbskeule ganz u. gefüllt bis 9 Pf., Pfund **0.98**
 Kalbsschnitzel . Pfund **1.80**
 Kähler mild gesalzen, Pfund **0.98**
 Schweinerücken und Bauch **0.78**
 Schweineschinken **0.86**
 Fr. Rinderzungen Pfund **1.10**

Konserven

Spinat **0.40** Karotten geschnitten **0.27**
 Schnittbohnen **0.38 0.48**
 Br.- u. Schnittbohnen I **0.58**
 Gemüse-Erbisen . . . **0.50**
 Junge Erbsen fein . . **0.96**
 Haushalt-Gemüse . . **0.65**
 Kaiserschoten **1.30**
 Bruchspargel stark . . **2.10**
 Sellerie Dose **0.40 0.65**
 Gewürzgurken Dose ca. 1 1/2 Pfund brutto **1.10**
 Kalif. Pfirsiche 1/2 Frucht **1.20**

Obst u. Gemüse

Zitronen Dutzend **0.30 0.38**
 Apfelsinen Dutz. **0.40 0.55**
 Jaffa-Apfelsinen Dutz. v. an **0.95**
 Musäpfel 3 Pfund **0.95**
 Mandarinen . . 3 Pfund **0.95**
 Bananen 3 Pfund **0.98**
 Halbbiut-Orangen (Messina), Kiste 100 u. 150 St. **9.50**
 Kalif. Äpfel Pfund **0.38 0.45** Kiste ca. 45 Pf. brutto **13.75**
 Möhren u. Zwiebeln, Pfund **0.05**
 Rot-, Weiß-, u. Wirsing-kohl, Pfund **0.06**
 Sellerie . . . Pfund **0.06 0.09**
 Blumenkohl Kopf v. an **0.30**
 Rosenkohl . . . 2 Pfund **0.35**
 Rhabarber Bund, ca. 2 Pfund **0.38 0.48**

Räucherwaren

Büchlinge Pfund von an **0.26** Kiste 5 1/2 Pfund, brutto **0.95**
 Sprotten Pfund **0.35** Kistch. **0.40**
 Seelachs in Stücken, von an **0.36**
 Fleckheringe Pfund v. an **0.45**
 Kieler Büchlinge Pfund **0.48**
 Aale Bund v. an **0.28** Pfund **2.60**
 Flundern Pfund von an **0.48**
 Sardinen . . . 4 Dosen **0.95**

Gänse gefroren, Pfund

76, 86, 96 Pf.

Puten u. Enten

Pfund von an **90 Pf.**

Hasen gestr. u. ausgeworfen,

Pfund von an **74 Pf.**

Kabeljau und Seelachs

ohn. Kopf, ganze Fische, Pfund v. an **20 Pf.**

Fischfilet

Pfund von an **28 Pf.**

Bratschollen

3 Pfund von an **44 Pf.**

Eier

10 Stück von an **88 Pf.**

Frisch gebrannt. Kaffee

Pfund **1 90 2 40 2 80 3 20 3 60**

Hühner

frisch u. gefroren, Pfund von an **92 Pf.**

Brathühner

Pfund von an **1.15**

Hirsch u. Wildschwein

Pfund von an **35 Pf. 85 Pf. 95 Pf.**

Schellfisch

Pfund von an **22 Pf.**

Grüne Heringe

3 Pfund von an **32 Pf.**

Leb. Karpfen

Pfund von an **95 Pf.**

Molkereibutter

Pfund **1.48**

Wurstwaren

Hausmach.-Sülze Pfund **0.52**
 Dampf- u. Fleischw. **0.88**
 Schinkenpolnische **1.10**
 Landleber- u. Mettwurst **1.15**
 Jagd-, Kümmelwurst **1.35**
 Zervelat u. Salami **1.40**
 Leberwurst feine u. Filetwurst **1.45**
 Teewurst **1.55** grobe **1.65**
 Speck fett v. an **0.86** mager **1.15**
 Gek. Schinken geschnit. 1/2 Pfund **0.45**
 Blut- u. Leberw. frische Pfund **0.65**
 Speckwurst . . . Pfund **0.80**
 Hildesheimer . Pfund **1.40**

Käse u. Fett

Ramadou Stück **0.22**
 Emmenthal. Art 6 Rinde 6 Port. **0.55**
 Dän. Schweizer Pfund **0.84**
 Limburger **0.50** vollfett **0.88**
 Brikkäse vollfett . Pfund **0.88**
 Tilsiter vollfett, Pfund von an **0.88**
 Holländer u. Edamer, vollfett, Pfund bayr., vollfett Pfund von an **1.18**
 Schweizer **1.18**
 Margarine Pfund **0.40 0.52**
 Kokosfett 1-Pfund-Tafel **0.40**
 Tafelbutter Pfund **1.54 1.62**
 Dän. Butter . . . Pfund **1.70**

Kolonialwaren

Bruchreis Pfund **0.15**
 Tafelreis . . . Pfund **0.22 0.19**
 Weizengrieß . . Pfund **0.26**
 Haferflocken . . . Pfund **0.21**
 Viktoria-Erbisen Pfund **0.21 0.18**
 Weiße Bohnen . . Pfund **0.18**
 Linsen Pfund **0.18**
 Makkaroni Bruch, Pfund **0.44**
 Gem. Backobst . . . **0.40**
 Kalif. Pflaumen Pfund **0.24 0.28**
 Kalif. Aprikos. Pfund **0.95 0.68**

Wein

Preise für 1/2 Flasche, ohne Glas
 1929 Oberhaardt. Tischwein **0.75**
 1929 Liebfraumlich Goldkps. **1.00**
 Empfehlenswerte Naturgewächse:
 1929 Wöllstein. Hüftenbg. **0.90**
 1928 Dürkheim-Feuerberg **1.00**
 1928 Maikammerer Schlangengüssel (Süßgermeister Erath) **1.40**
 1928 Lieserer Niederberg (Schumann) **1.90**
 1922 Chät. Lagrolet Bord. **1.25**
 1924 Beaujolais (Maire & Fils) **1.80**
 Malaga Heiligolden **1.30**
 Nordhäuser Korn . Literfl. **3.70**
 Wein und Spirituosen vom Feß zu billigen Preisen.

Berlins Kampf gegen Finanznot.

Große Debatte im Stadtparlament. — Rede des Stadtkämmerers. — Sozialdemokratie wacht!

Im Mittelpunkt der gestrigen Stadtverordneten-sitzung, die eine große Debatte über die Finanzlage der Stadt und die vom Magistrat geplanten Sanierungsaktionen brachte, stand die bedeutende Rede des stellvertretenden Stadtkämmerers, des sozialdemokratischen Stadtsyndikus Dr. Lange. Seine Mitteilung, daß die Stadt im Juni vorigen Jahres eine Anleihe von 10 Millionen Dollar zu günstigen Bedingungen hätte aufnehmen können, wenn nicht die Reichsbank wegen einer Zinsdifferenz von 0,06 Prozent Widerstand geleistet hätte, wirkte sensationell. Immer wieder war es die Reichsbank, die einen größeren langfristigen Auslandskredit für die Reichshauptstadt zu verhindern suchte! Und hinter dieser Politik — der Stadtkämmerer hatte es vermieden, den Namen auszusprechen — stand die Gemeindefeindlichkeit jenes Herrn Schacht, der jetzt mit den Nazis liebäugelt.

Zu Beginn der Sitzung teilt Stadtverordneter Genosse Schacht mit, daß er im Namen des Stadtparlamentes dem Bürgermeister Scholz zu seinem 60. Geburtstag die Glückwünsche der Stadtverordneten übermittelt habe.

Nach Verlesung einiger Dringlichkeitsanträge durch den Vorsitzenden, die zum größten Teil an die Ausschüsse zur Weiterbearbeitung geleitet werden, tritt die Versammlung in die Erledigung der Tagesordnung ein. Es folgt eine Geschäftsordnungsdebatte, in der auch der Vorsitzende der sozialdemokratischen Fraktion, Genosse Platau, das Wort nimmt und nach der eine von den deutschnationalen verlangte Umstellung der Tagesordnung abgelehnt wird. Nun nimmt zur Begründung eines sozialdemokratischen Antrages das Wort

Stadtv. Platau (Soz.)

In dem Antrag wird eine möglichst schnelle Fertigstellung der Verwaltungsberichte der Stadt Berlin gefordert. Nach der wirksamen Begründung findet der Antrag fast einstimmige Annahme. Danach wird ein Antrag der Wirtschaftspartei behandelt, der eine Erhöhung des Vadegebührens für Kraftfahrzeuge fordert. Als Berichterstatter tritt der sozialdemokratische Stadtverordnete Robinson (Soz.), dem Beschluß des Ausschusses, der den Antrag abgelehnt hat, beizutreten. Viele Berliner Bräuen seien durch den starken Verkehr so gefährdet, so daß eine Erhöhung des Vadegebührens zurzeit nicht verantwortet werden könne. Nach einer längeren Aussprache wird der Antrag der Wirtschaftspartei auch im Plenum abgelehnt. Nach mehreren Abstimmungen über Grundstücksangelegenheiten tritt man in die

große Finanzdebatte

ein. Als Berichterstatter nimmt das Wort Stadtv. von Jedlin (Nat.). Er gibt die Ausführungen des Bürgermeisters in der letzten Sitzung des Haushaltsausschusses, die den Lesern des „Vorwärts“ bereits bekannt sind, noch einmal wieder. In der Debatte spricht als erster der Nationalsozialist Dr. Lippert. Stöckend und mühselig liest er seine im Manuskript genau festgelegten schwalligen Phrasen ab. Langeweile breitet sich während seiner „Rede“ über das ganze Haus aus. Selbst die Nazis waren ausgerückt, ganze sechs nationalsozialistische Stadtverordnete trauten vor sich hin, während ihr Fraktionsführer dem Stadtparlament neue Beweise seiner geistigen Unreife gab. Mit größtem Interesse und bis auf den letzten Platz gefüllt hört dann das Haus eine großangelegte Rede des stellvertretenden Stadtkämmerers, des sozialdemokratischen

Stadtsyndikus Dr. Lange:

Vom Berliner Magistrat ist im Jahre 1929 mehrfach der Versuch gemacht worden, die kurzfristige Verschuldung durch langfristige Anleihen zu konsolidieren. Das ist uns nicht gelungen, wie es auch

keiner anderen deutschen Stadt gelungen ist. Im Dezember 1929 ist der Stadt eine größere Auslandsanleihe angeboten worden. Der Abschluß wurde aber durch das Dazwischentreten der Reichsbank unmöglich gemacht.

Wir hatten im Juni die Möglichkeit, eine amerikanische Anleihe von 10 Millionen Dollar zu bekommen, ihr Abschluß ist wiederum am Widerstand der Reichsbank wegen einer Zinsdifferenz von 0,06 Proz. gescheitert.

Auch andere Stabilisierungsmöglichkeiten, die sich bieten hat die Reichsbank verhindert, obwohl die Auslandszinsen meist niedriger waren als die des Inlandes. Nach der starken Abwanderung des Auslandskapitals als Folge der Reichstagswahlen mußten wir es aufgeben, unsere Kredite prolongiert zu sehen. Berlin hat zurzeit 620 Millionen kurzfristige Schulden. Davon schulden wir 160 Millionen öffentlichen Institutionen, die zurzeit nicht drücken. 150 Millionen sind am 31. Juli bei der Danabank fällig. Außerdem besteht neben einer gewissen inneren Schuld von 60 Millionen eine Devisenschuld von 170 Millionen Mark, die vom 1. Januar bis 1. Juli in jedem Falle abzudecken sind. Viele Verhandlungen mit deutschen Bankentonsortieren sind leider auch gescheitert. Ausländische Banken haben von der Reichshauptstadt bisher niemals besondere Sicherungen für zu gewährende Kredite verlangt, das blieb den deutschen Banken vorbehalten!

Wir haben dann 25 Millionen auf der bekannten Basis von der Preag erhalten. Die Forderung, die 45,5 Millionen Dessauer Gasaktien abzustoßen, ist an uns zuerst von einer Berliner Bankengruppe herangeraten worden. Nachdem uns der Abschluß einer großen Auslandsanleihe vollkommen unmöglich geworden ist, müssen wir uns entschließen, die Situation von Grund auf zu klären und zu einer durchgreifenden Sanierung zu kommen.

Es geht vor allem nicht, daß die Stadt Berlin immer wieder durch Schlagzeilen der Berliner Presse in schwerster Weise diskreditiert wird. Was diese Art der Kritik dem einzelnen Berliner Steuerzahler gekostet hat, könnten wir genau berechnen. In keiner

Sieben Bergleute gerettet!

Die Grubentafelstrophe von Lint.

New York, 29. Januar.

Wie aus Lint gemeldet wird, sind von den bisher noch vermissten verschütteten zwanzig Bergleuten jetzt sieben lebend geborgen worden. Die man schon verloren gegeben hatte.

Flugzeugunglück in Warnemünde.

Der Pilot getötet.

Warnemünde, 29. Januar.

Bei einem Flug mit einem Seeflugzeug verschänte sich der Pilot der Ernst-Heinkel-Flugzeugwerke G. m. b. H., Warnemünde, Dr. Ring, infolge des diesigen Wetters und des glatten Wasserpiegels beim Niedergehen auf den Breiingsee in der Höhe und stieß in voller Fahrt auf die Wasseroberfläche. Das Flugzeug überschlug sich und Dr. Ring erlitt einen Schädelbruch, dem er kurz danach erlag.

anderen deutschen Stadt und auch im Ausland nicht, hat man niemals an den Maßnahmen einer Stadtverwaltung derart verantwortungslos kritisiert.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Die Steuerkraft der Einwohner ist erschöpft; sie ist so ausgenutzt, daß, wenn das irgendwie möglich erscheint, unbedingt an eine Senkung gedacht werden muß.

In der Situation, in der sich die Stadt Berlin befindet, heißt es überlegen, welche Sachwerte ohne Schaden für die Einwohnerschaft abgetoßen werden können. Wenn wir vor der ersten Entscheidung stehen, in die Werte, die für die Allgemeinheit geschaffen worden sind, neues Kapital aufzunehmen kann es für eine Stadtverwaltung nur die Entscheidung geben, daß sie die öffentliche Hand hineinnimmt und die private Wirtschaft abweist. Das Interesse der Steuerzahler verbietet es, im Augenblick auf die Einzelheiten der geplanten Finanztransaktionen näher einzugehen.

Nach längeren jedoch bedeutungslosen Ausführungen des kommunistischen Redners, Stadtverordneten Schwentf, und kritischen Betrachtungen des deutschnationalen Fabian sprach für die sozialdemokratische Fraktion

Stadtverordneter Loewy:

Man unterhalte sich hier über eine Sache, die gegenwärtig noch nicht spruchreif ist. Der Magistrat verhandelt über Transaktionen größten Stils, über die man erst, insbesondere über die Verhandlungen mit der Preag, entscheiden könne, wenn die Vorlage des Magistrats vorliegt. Aber es gebe hier im Hause Parteien, die jede Gelegenheit wahrnehmen möchten, wenn sie glauben, Gelegenheit zu haben, Berlin zu diskreditieren. Wir Sozialdemokraten, die wir stets unsere ganze Kraft dafür eingesetzt haben, daß es unserer Vaterstadt möglichst gut ergehe, werden darüber wachen, daß das Interesse der arbeitenden Bevölkerung gewahrt wird.

Die Schuld der Nazis.

Die Ursache unserer Zwangslage liegt in erster Linie in der Flucht des Auslandskapitals aus Deutschland, die nach den Reichstagswahlen einsetzte, weil das Ausland moralische Bedenken hat gegenüber dem Anwachsen einer Partei, in der Reichelmörder und Ehrenwortbrecher in führender Stellung sitzen. Das hat den deutschen Kredit ruiniert. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat erst kürzlich wieder für die stärkere Besteuerung der großen Einkommen gestimmt. Diese Anträge wären angenommen worden, wenn die Nazis im Reichstag dafür gestimmt und nicht die entgegengesetzte Haltung als hier im Stadtparlament eingenommen hätten. Bei diesen Worten des sozialdemokratischen Redners erschrocken sich der Nazi Lippert zu rufen: „Ein ganz unverständlicher Judenjunge!“ Der Vorsitzende rief ihn zur Ordnung, während sich der gesamte sozialdemokratische Fraktion stark Erregung bemächtigt hat und es im ersten Augenblick droht, zu Zwischenfällen zu kommen. Loewy schließt den Streit selbst, indem er erklärt: „Glauben Sie, daß mich ein Mißgeschick einer Partei beleidigen kann, auf deren Fahne Bruch des Ehrenwortes steht? Dieser Mann kann reden was er will.“ Er fährt dann fort:

Die Maßnahmen des Magistrats werden jetzt von Parteien kritisiert, die selbst die Ausgaben mit bewilligt haben,

und die eine noch stärkere Verschuldung Berlins erzielt hätten, wenn alle ihre vielen Wünsche erfüllt worden wären. (Sehr richtig bei den Soz.) Es ist doch noch gar nicht lange her, daß

die deutschnationale Fraktion hier neue Anträge zum Weiterbau der U-Bahnen eingebracht

hat. Die Sozialdemokratie hat viele Ausgaben mit der großen Mehrheit des Hauses mitbeschlossen, und sie ist auch bereit, hierfür die Verantwortung zu tragen. Nicht aber ist sie bereit, die Schuld

W. Seemann & Wöhle
Unternehmer..

Geschniegelte junge Leute umstanden sie und machten ihr Komplimente. Mit hoheitsvollem Lächeln nahm sie dieses überbetonte „Gnädigste!“ entgegen und sog die hundertfach gehörten, abgedroschenen schmeichlerischen Phrasen mit offenen Rüstern ein wie ein Gähne den Dampf des ihm gependelten Wehrauchs.

Ludwig zitterte vor Zorn über dieses Schauspiel. Er suchte und fand ihren Blick.

Wie ein Hypnotiseur schaute er sie an. „Komm hierher!“ hieß das.

Sie antwortete mit einem trohigen Zurückwerfen des Kopfes.

Das geschah für die andern unmerklich. Für ihn aber war es genug. Es brachte ihn zum Ueberkochen.

Mit zehn heftigen Schritten war er an ihrer Seite, sah sie am Arm und führte sie in seine Ecke.

„Was willst du eigentlich von mir?“ tat sie beleidigt.

„Schämst du dich nicht, dir von diesen grünen Laffen den Hof machen zu lassen? Hier bist du meine Frau, und von dieser bitte ich mir ein anderes Verhalten aus! Bestanden?“

Sein Atem ging stoßend, zwischen seinen Augen stieg die tiefe Zornfalte, die sie so gut kannte. Aber hier, in der vollen Öffentlichkeit, fürchtete sie nichts. Ruhig hielt sie seinen wütenden Blick aus und sagte eisig: „Bitte sehr, mach dich nicht lächerlich! Vergiß nicht, wir sind hier in der feinen Gesellschaft!“

Der Ton ihrer Worte kühlte ihn ab. Er sah selber ein, daß es hier keine Szene geben durfte. Etwas ruhiger fragte er: „Was sind das eigentlich für Herren?“

„Du selbst hast sie schon oft genug an Teeabenden und sonstigen Veranstaltungen gesehen!“

„Ich erlühne mich nicht. Aber es wäre gescheiter gewesen, du hättest statt dieses Pads meine Eltern und deine Mutter eingeladen!“

„Bah, die alten Leute!“ erwiderte sie wegwerfend, „als ob die hierher gehörten!“

„Jawohl!“ brüllte er los und vergaß in seinem Zorn ganz, wo er sich befand.

Die Gesellschaft bliete befremdet auf. Ischa kam herbeigestürzt und sah sie ihn befänntigend am Arm.

„Was ist denn los, Papa?“

„Wo sind deine Großeltern und deine Großmutter, Mädchen?“

Ischa zuckte die Schultern.

„Papa ich habe an die alten Herrschaften gar nicht gedacht; Mama hat ja die Einladungen rausgeschickt!“

„Also auch du!“

Brüst drehte er sich um, ließ Frau und Tochter stehen, und ging aus dem Saal.

Da in diesem Augenblick die Musik einfiel und die meisten Gäste sich zum Tanzsaal drängten, wurde sein Weggang fast gar nicht bemerkt.

Im Restaurationsbetrieb des Hotels setzte er sich abseits in eine stille Ecke und bestellte eine Flasche Rotwein. Dann steckte er sich eine Zigarre an und sah nachdenklich in die bläulich verwehenden Rauchschwaden.

Ich will nichts von der Gesellschaft drin wissen, dachte er. Ich habe mit denen nichts zu tun. Sie sind mir fremd und ich ihnen. Nun habe ich ein langes Leben hindurch mich abgeradert, damit meine Tochter den Sohn eines Südrüchthändlers heiratet, der mir zuwider ist. Was kann der leisten? Was hat er im Leben schon vor sich gebracht? Nichts! Er lebt ja vom Geld seines Vaters. Ein richtiges Mutterhöhnchen ist er. Berwöhnt, verzärtelt, anspruchsvoll, dabei nichts leistend, ohne Beruf. Eine Gestalt, wie aus einem Modealbum herausgeschnitten. Er weiß im Grunde selber nicht, wofür er eigentlich lebt. Warum hat Ischa ausgerechnet diesen Menschen zu ihrem Manne gemacht?

Lange grübelte er nach, um diese Frage zu enträtseln. Schließlich glaubte er, die Lösung gefunden zu haben. Mia war schuld an diesem Fehlgang Ischas, nur Mia und niemand anders. Sie hatte die Erziehung des Mädchens geleitet, hatte ihr all diese Verdrehlichkeiten in den Kopf gefetzt, dieses Hochobenhinaus! Jawohl, nur seine Frau ist schuld an dieser blöden Heirat!

Er suchte dem Augenblick, wo er Maria kennen lernte.

Hätte er doch nie diesen verdammten Kaiser-Wilhelm-Garten in Halensee draußen gesehen!

Doch seine Gedanken schlugen jäh um. Nein, er hatte kein Recht, seine Frau anzuklagen und sie zu verwünschen. Im Gegenteil, eigentlich mußte er ihr dankbar sein. Denn im Grunde war doch sie es gewesen, sie und nur sie, die ihn auf den Weg gedrängt hatte, der später zum Wohlstand führte. Jawohl, ohne sie wäre er heute höchstwahrscheinlich ein kleiner, verkümmertes Tischlereiarbeiter und sähe nicht hier in dem eleganten Hotel, in dem seine Tochter Hochzeit feierte. Und ohne sie wäre ja auch Franz nicht da, der Junge, sein ganzer Stolz, der einzige, für den es sich lohnte, den blöden nervenreißenden Kampf ums goldene Kalb noch länger mitzumachen! Nein, ohne Mia wäre Franz, der Goldjunge, heute nicht sein Teilhaber!

Er trank schnell. Bald war der Wein ausgetrunken. Er bestellte die zweite Flasche.

Mühsam zerdrückte er den Zigarrenstummel im Aschenbecher.

Woju haberte er eigentlich? War nicht alles gut so, wie es gekommen war? Im Grunde war er doch ein unverwundeter Glückspilz. Alles, was er angefaßt hatte, war ihm doch letzten Endes geraten. Er hatte Ansehen. Er hatte Geld. Was wollte er noch? Warum war er trotz allen Erfolgen so unzufrieden, so mißgestimmt, so launisch? Ja, gestand er sich ruhig ein: so unglücklich?

Boran lag das? An ihm selber? An den andern? Trotz allem Nachdenken konnte er den Fehler nicht finden.

Er trank in langen, Bergessen suchenden Zügen. Seine Gedanken wurden sprunghaft.

Er dachte an den Streit in seiner Fabrik. An seinen alten Vater. An seine Brüder, die bei ihm in der Fabrik arbeiteten und nun auch vom Streit betroffen waren.

Eigentlich war er ein Schuft. Er sah im Exzelsior und joff sich die Wampe voll, und seine Brüder streikten. Die hatten doch auch Familie, Frauen und Kinder! Wie nun, wenn die hungerten?

Hunger!

Er dachte an seine Jugend zurück. Da war mancher Abend gewesen, wo ihm die Mutter nur ein kleines trockenes Stück Brot geben konnte, und er hungrig ins Bett kroch. Das war für ihn als Junge immer ein niederschmetterndes und graufiges Gefühl gewesen. Mit dumpfem Kopfe war er des Morgens erwacht.

(Fortsetzung folgt.)

der anderen auf sich zu nehmen. Vom Magistrat ist uns erklärt worden, daß selbstverständlich

über den Verkauf irgendeines Werkes keinerlei Verhandlungen

gepflogen worden sind. Es handelt sich lediglich um Verhandlungen wegen der Kontraktbeteiligungen der öffentlichen Hand. Es handelt sich hier nicht um eine Krise Berlins, nicht um eine Krise Preußens oder Deutschlands, es handelt sich um eine noch nie dagewesene Weltwirtschaftskrise! Es ist unsere Aufgabe, die daraus entstehenden Schäden nach bestem Vermögen von Berlin abzuwehren. (Langanhaltendes Beifallsstillsitzen bei den Saz.)

Der Zentrumsführer Lange fragte den Magistrat, woher denn die Preag das Geld nehmen wolle, um die hohen Summen aufzubringen, die Berlin benötigt. Es entfiel leicht die Vermutung, daß die deutschen Banken über die Preag verfügen, Einfluß auf städtische Betriebe zu bekommen. Für die demokratische Fraktion erklärte Stadterordneter Schubert: Ich lege für meine Partei, daß wir den Entschluß des Magistrats in seiner ganzen Schwere würdigen und uns hinter ihn stellen. Wir wollen die Verhandlungen nicht hören. Es scheint mir sehr merkwürdig, daß die Deutschnationalen hier im Plenum den Beschluß des Magistrats angreifen, der meines Wissens einstimmig, also auch mit den Stimmen der deutschnationalen Stadträte beschlossen worden ist. (Beifalles hört, hört.)

Es folgt ein völlig unsinniges Geschrei des Kommunisten Winnewski, in dem die schon tausendfach gehörten Phrasen nach einmal wiederholt werden. Dann wird die Aussprache geschlossen. Ein kommunistischer Dringlichkeitsantrag, der sich gegen den Verkauf der Werte richtet, und unter anderem die Streichung sämtlicher Volkseinkommen, und die Einstellung sämtlicher Zinszahlungen für alle früheren Anleihen fordert, erhält nur die Stimmen der Antragsteller und wird abgelehnt. Beschlossen wird der Bau einer unterirdischen Bedürfnisanstalt auf dem Hermannsplatz in Neufölln.

Schluss der Sitzung 21,30 Uhr.

Herzschlag vor der Vernehmung.

Schmollers Schwiegervater tot zusammengebrochen.

In der Wardsache Schmoller waren gestern Berliner Beamte nach Brandenburg entsandt worden, um den Schwiegervater des Schmoller, den 59 Jahre alten Kassierer Busch, zu vernehmen. Die Vernehmung war notwendig geworden, da Busch über gewisse finanzielle Verhältnisse nach Mitteilungen Dritter Angaben machen konnte. Nach vor Beginn der Vernehmung, die in der Wohnung des Busch stattfand, brach Busch, von einem Herzschlag getroffen, zusammen. Wiederbelebungsversuche hatten keinen Erfolg. Irgendwelche erregenden Auseinandersetzungen waren der Vernehmung nicht vorausgegangen. Busch hatte die eintretenden Beamten mit der größten Freundlichkeit empfangen.

Die Vernehmung hatte, was ausdrücklich festgestellt wird, noch nicht begonnen. Die bis zum Tode Busch geführten Unterhaltungen waren privater Natur.

Die „nationale“ Goldmacheifabrik.

„Sagen wir halt: Dreihundert Kilogramm!“

München, 29. Januar.

Im Tausend-Prozess wurde am Donnerstag der Kaufmann Mengden vernommen, der über die geschäftlichen Vorgänge wenig aussagen kann. Er erklärt, daß er als ein der nationalen Bewegung nahestehender Mann es für seine Pflicht gehalten habe, sich der Sache anzunehmen. Tausend sei von seiner Umgebung stark vernachlässigt worden, so daß er schließlich glaubte, allmächtig zu sein. Tausend meinte, er könne 500 Kilo zur Verfügung stellen. Als man ihm sagte, er solle sich nicht zuviel zumuten, es genüge, wenn er nur 200 Kilogramm stellen könne, antwortete Tausend: „Sagen wir halt 300 Kilogramm.“ Der Zeuge Gabel erklärt, daß Tausend ihm eine Reihe falscher Angaben gemacht habe.

Der Zeuge Herbert Reinhold sagte aus, daß er in der Mitgliederversammlung in Berlin im Jahre 1928 zweimal betont habe, er halte Tausend für einen Betrüger. Schließlich wurde als sachverständiger Zeuge der Chemiker Dr. Richter aus Wien vernommen, der angibt, Tausend habe ihm einen Versuch vorgeführt, der Gold in Erbengröße erbrachte. Der Chemiker Dr. Zellmann aus Kadebeul hat von Wunderdingen bei Tausend nichts zu sehen bekommen. Er war von einer Interessentengruppe beauftragt worden, die Sache zu prüfen, sämtliche Vorführungen seien jedoch negativ verlaufen.

Die Verhandlung wurde dann auf Freitag vormittag vertagt.

Das zweite Wohltauglichkeits-Symphoniekonzert des Symphonie-Orchesters der Schutzpolizei Berlin findet am Montag, dem 2. Februar 1931, zwanzig Uhr, in der Staatlichen Hochschule für Musik, Charlottenburg, Halanenstr. 1, statt. Unter Leitung von Camillo Hilbrand gelangen Werke von R. Wagner, F. Burgmüller (Uraufführung), P. Tschaikowsky und L. van Beethoven zum Vortrag. Als Solist hat sich Professor Frederik Ramond (Klavier) in den Dienst der guten Sache gestellt. Der Leitertrag der Veranstaltung ist für Wohlfahrtseinrichtungen der Schutzpolizei Berlin bestimmt.

Der „Spuk“ des Westens.

Das Doppelleben des Boxers. — Zu 3 1/2 Jahren Gefängnis verurteilt.

Der Prozess gegen das „Nachtgespenst“, den Schwerathleten Janoschka, ging gestern zu Ende. Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte ihn, entgegen dem Antrage des Staatsanwaltes auf 8 Jahre Zuchthaus, zu 3 Jahren 6 Monaten Gefängnis.

Je länger desto mehr verflüchtigte sich gestern in Moabit der Charlottenburger Spuk. Zwölf Stunden lang sah man sich dem leidenschaftlichen Nachgespenst in der Person des Berufsbogers und Schwerathleten Janoschka gegenüber. Man beobachtete seine Bewegungen, sein Mienspiel, hörte ihn von seinem traurigen Schicksal erzählen und seine zweifelslos aufrichtig und ernst gemeinten Lebensgrundsätze entwickeln und fragte sich: Ist dieser Mensch tatsächlich zu nächtlicher Zeit in fremde Wohnungen eingedrungen, nicht bloß um zu stehen, sondern auch um auf wehrlose schlaftrunkene Frauen stützliche Attentate zu verüben? Und man war geneigt, mit dem Sachverständigen, Medizinalrat Dr. Ewers, zu sagen: Diesem Menschen sind ähnliche Handlungen bei seiner ganzen ästhetischen Einstellung — und er darf tatsächlich eine solche für sich in Anspruch nehmen — und bei seinen ethischen Grundsätzen — denn trotz seiner fünfzehn Jahre Zuchthaus und Gefängnis befristet er auch solche — nicht zuzutrauen.

Man stelle sich nur vor: in vier Fällen dringt ein Mann gegen 4 Uhr morgens in das Schlafzimmer nicht mehr junger Frauen — ihr Alter war 40, 46, 60 und nur in einem Falle 27 Jahre —, bedroht sie mit Erschießen und dergleichen mehr, und beschäftigt sie in der gemeinsten Weise.

In einem Falle war hinterher die Frau unfähig, vier Tage zu sprechen, im anderen Falle hat sie einen schweren Nervenzusammenbruch und eine Basedow-Krankheit davongetragen.

Der Angeklagte bestritt, der Täter zu sein. Diese Attentate, erklärte er, widersprächen seiner Einstellung zur Frau wie seinen sexuellen Gewohnheiten; in seinem ganzen Leben sei ihm keine einzige Gewalttat nachzuweisen. Und doch schien manches gegen ihn zu sprechen. Die Zeit, um die herum die stützlichen Attentate geschahen, entsprach der Zeit, wo er gewöhnlich als Nachtgespenst seine Beutezüge in Charlottenburg verübte. In einem Falle wurde z. B. ein Taschentuch gefunden, das genau zu den Taschentüchern des Angeklagten paßt, nur war es zu schmutzig und allzu zerrissen, um ihm, der notorisch von peinlicher Sauberkeit war, gehören zu können; in einem zweiten Falle wurde er von der Ueberfallenen durch das Guckloch in der Zelle des Staatskrankenbaus als der Attentäter erkannt. Nach dem Wiedererkennen fiel die Frau in Ohnmacht. War er nicht das Notzucht-Nachtgespenst, wozu war es dann? Konnte es nicht ein anderer gewesen sein? Sprach man denn nicht seinerzeit von mehreren Nachtgespenstern? Und konnten nicht seine nächtlichen Abenteuer, in den Zeitungen in allen Einzelheiten beschreiben, von

einem sexuell anormalen Menschen nachgeahmt worden sein? Wie kam es aber, daß mit Janoschkas Verhaftung diese nächtlichen Attentate aufhörten? Wie dem auch sei, Janoschka bestritt mit aller Entschiedenheit, derartige getan zu haben. Er bestritt auch, die Opfer seiner Beutezüge nur irgend einmal mit der Schusswaffe bedroht zu haben, obgleich er stets eine solche bei sich führte. Ebenfalls hatte er die schweren Einbrüche mit den 70 000- und 50 000-Mark-Beuten begangen, deren er sich selbst beglücklichtete. Das mußte gestern selbst der Kriminalkommissar zugeben. Blieben also nur zwanzig Besuche des Nachtgespenstes, die ihm nicht zweifel eingebracht hatten. Nur in einem Falle erbeutete er etwa 1000 M. In den anderen Fällen waren es verhältnismäßig geringe Summen. „Ich habe nie irgend jemand einen Schaden zugefügt, der nicht gutzumachen gewesen wäre,“ sagte Janoschka.

Gemeingefährlich bleibt aber das Treiben dieses Mannes trotz alledem.

In der letzten Zeit führte er ein Doppelleben. Die Frau, bei der er wohnte, die Mutter seiner früheren Braut, die er selbst Mutter nannte — sie nannte ihn Sohn —, wußte nichts von seinen nächtlichen Abenteuern, wenn sie auch seine Vorstrafen kannte. Seine Braut, die von ihm ein Kind hatte, ahnte nicht, auf welche Weise er seinen Lebensunterhalt bestritt. „Ich werde mir trotz alledem noch eine bürgerliche Existenz schaffen,“ beteuerte Janoschka vor Gericht. Vielleicht!

Der Staatsanwalt ließ die Anklage in allen Janoschka zur Last gelegten Taten fallen, für die er seine Täterschaft leugnete — also auch die Anklage in den drei Stützlichtattentaten, der vierte Fall wurde abgetrennt — und beantragte eine Zuchthausstrafe von acht Jahren. In diesem Augenblick mag es dem Angeklagten wohl gereut haben, daß er seinerzeit selbst solche Einbruchsdiebstähle gestanden, in denen sogar keine Strafanzeige vorgelegen hat.

Das Schöffengericht Charlottenburg verurteilte den Angeklagten Janoschka, das „Nachtgespenst“, unter Freisprechung von der Anklage der Unzucht und des Diebstahls in zwei Fällen, wegen fortgesetzten Einbruchsdiebstahls in strafverschärfendem Rückfalle und in drei Fällen in Tateinheit mit Freiheitsberaubung zu einer Gesamtstrafe von 3 Jahren und 6 Monaten Gefängnis unter Anrechnung von 5 Monaten Untersuchungshaft. Der Angeklagte Sporka wurde freigesprochen. Janoschka wird nun genug Ruhe haben, seine ethischen Grundsätze und seine sonstige Lebensphilosophie in der Abgeschlossenheit des Gefängnisses weiterzuentwickeln. Vielleicht verlohnt es sich nach seiner Freilassung das psychologische Experiment: ihm die Möglichkeit zu geben, diese Grundsätze in Wirklichkeit umzusetzen. Würde er da seinen Mann stehen?

Staatsanwalt Dr. Högner

Mitglied des Reichstags, spricht am

Dienstag, dem 3. Februar 1931, abends 7 1/2 Uhr im Saalbau Friedrichshain (großer Saal) über: Frauen, bekämpft den Faschismus!

Es wirken mit:

Freie Sport- und Musik-Vereinigung / Fahnenmarsch der Sportlerinnen des Arbeiter-Turn- und Sportbundes Gesangsvorträge „Der junge Chor“ — Eintritt frei!

Pflicht jeder Genossin ist es, mindestens eine noch fernsichende Frau mitzubringen. Das Frauensekretariat.

Acht Gasvergiftungen in zehn Stunden.

Die wachsende wirtschaftliche Not kommt nicht zuletzt in einem ständigen Ansteigen der Selbstmordziffern zum Ausdruck. Am gestrigen Donnerstag waren in der Zeit von acht Uhr morgens bis sechs Uhr abends in Groß-Berlin nicht weniger als acht Selbstmorde bzw. Selbstmordversuche durch Einatmen von Leuchtgas zu verzeichnen, und zwar erstreckten sich diese Fälle auf alle Bezirke der Stadt, auf die Arbeiterdörfer im Norden und Osten genau so wie auf die guten Wohngegenden im Westen und Südwesten. In einigen Fällen kam die Hilfe der Feuerwehr noch rechtzeitig, in anderen war nichts mehr zu helfen. Nach den Statistiken der Polizei und der Feuerwehr war jedenfalls die gestrige Ziffer der Selbstmorde selbst für Berlin und für diese Jahreszeit eine ungewöhnlich hohe.

Schüler geben den „Biberpelz“.

Aufführung an der Neuföllner Karl-Marg-Schule.

Hauptmanns „Biberpelz“ erlebte bei den Obertertianern der Karl-Marg-Schule in Neufölln eine frisch-fröhliche Aufführung. Trotz der primitiven Mittel gelang es den Schülern, alles mitzureisen, und am Schluss sollte ihnen jeder gern den wohlverdienten Beifall. Alle geben ihr Bestes, und es ist unnötig, einzelne Namen zu nennen, man würde damit nur gegen den glänzenden Kollektgeist der Truppe verstoßen. Hier spielte eine neue Generation Theater, und man ging mit dem angenehmen Gefühl nach Hause, ein Spiel gesehen zu haben, das wohl keine künstlerische Mängel aufwies, das aber mit einer so lebendigen Natürlichkeit gespielt wurde, daß es eine Freude war, zuzusehen.

Früher, in der alten Schule, spielte man selten einmal recht fleisches Theater, und der Herr Lehrer hielt eine schwallende, das ganze Irrende Rede. Heute ist das anders geworden. Eine Schüleraufführung von heute sprudelt vor lauter Fröhlichkeit und Leben!

Beisetzung der Asche Willi Schneiders. Die Beisetzung der Asche des ermordeten Genossen und Reichsbannermitgliedes Willi Schneider, die verbunden ist mit der Enthüllung eines Denksteins, findet am Sonnabend, dem 31. Januar, 15 Uhr, auf dem Zentralfriedhof in Friedrichsfelde statt. Die Urnenstätte befindet sich vom Eingang rechts, unweit der Bestattungshalle.

Öffentliche Kundgebung in Slegliß. Das Reichsbanner Steglitz veranstaltet am Donnerstag, dem 5. Februar 1931, abends 8 Uhr, in Gemeinschaft mit der Steglitzer Sozialdemokratie in den Pächterfelder Feststätten, Berlin-Pächterfelde, Jochenborfer Straße 5, eine öffentliche Kundgebung, Tagesordnung: Wunderdoktor Adolf Hitler, Kampf gegen die Nazis. Referent: Reichstagsabgeordneter Genosse Dr. Merendorn.

Bekleidungs - Wochen!

- Herren - Winterulster 65, 54, 46, 35, 27, 19.
Uebergangs - Mäntel für Herren 54, 45, 39, 32, 24, 17.
Damenmäntel 33, 27, 19, 12.
Lodenmäntel für Damen u. Herren 38, 33, 27, 16.
Herren - Sakkoanzüge 65, 54, 45, 39, 32, 23.
Sportanzüge mit kurz. od. lang. Hose 79, 70, 55, 48, 40, 32, 27.
Trenchcoats für Damen u. Herren 45, 38, 29, 24, 17.
Gestreifte Hosen 16, 50, 15, 12, 8, 50, 6, 50, 5, 3.90
Knaben - Wintermäntel Größe 10/12 14.
Einsegnungs - u. Prüfungsanzüge 46, 38, 29, 24.

- Für Landwirte u. Jäger
Lodenanzüge m. Broches od. lang. Hose 35, 42, 27.
Wirtschaftsanzug grauer oder mode Kord m. Broches oder langer Hose 44.
Winterlodenjoppen warm gefüttert 48, 31, 25, 18, 13.
Pelzjoppen besonders preiswert 62, 52, 36.
Sportpelze verschiedene Pelzfütterungen 179, 146, 118, 78.
Fahrpelze mit Lammfellfütter und Lammfellkragen 135, 118, 98.
Nacktpelze wenig gebraucht 27.
Reithosen 22. — Broches 13.50
Knickerbocker 21, 18, 15, 12.
Lederjacken warm gefüttert 85, 75, 59, 49.
Gesellschaftsanzüge 95, 75, 65, 43.

- Weisse Waren!
Konditor- und Kochmützen 0.50
Kellner-, Koch- u. Konditorjacken 5.75
Damen-Schutzkittel 3.25
Aerzte- und Laboratoriumsmäntel 7.50
* Kaffeedecken Mustergut 1.80
* Handtücher unsortiert, gute Qualität, gestümt und gebündert 0.35
Bettbezüge aus weiß Linon, Garnitur 1 Deckbett u. 2 Kopfkissen 5.50
Bettbezüge Garnitur: 1 sehr elegant besticktes Kopfkissen, 1 glattes Kopfkissen, 1 Deckbett 5.95
Laken-Molton 140 cm breit, Meter 1.10
Haustuchlaken gestümt, unsere bewährte Qualität 2.20
Badelaken gutes Frottiertgewebe 3.80

- Frottierhandtücher 0.85, 0.60
Badeanzüge gestriekt, reine Wolle 4.50
Wäschestoff ca. 50 cm breit 0.45, 0.30
Hemdenflanell 2seitig gewebt Meter 0.55
Herren-Einsatzhemden 1.50, 1.25
Herren - Untergarnituren Jacke und Hose 2.95
Herren-Oberhemden m. elegant. Einsätzen und Klappmanschetten 2.60
Herren-Taghemden 2.50
Damen-Untertailen gestriekt und gewirkt, leicht angestaubt 0.50
Herren-Sweater und Westen, reine Wolle, leicht angestaubt 7.50

BAER SOHN A. Berlin N4, nur Chausseestr. 29-30 G. U - BAHN STETTINER BAHNHOF

Mißliebige Vergnügungssteuer.

Berlin zu ihrer Erhebung verpflichtet / Die drückenden Soziallasten.

Nach dem Krieg sind bekanntlich den Gemeinden die vor dem Krieg bestehenden Kommunalsteuereinzugsätze zu der Einkommensteuer genommen worden, die damals etwa in der Art erhoben wurden, wie es heute noch die Kirchengemeinden machen, die ihre Steuern in bestimmten Hundertsätzen der heutigen Einkommensteuer erheben. Die Gemeinde deckt heute ihre Ausgaben zunächst durch die sogenannten Ueberweisungssteuern, die sich zusammensetzen aus den Anteilen, die den Gemeinden aus Einkommensteuern, Hauszinssteuern und Kraftfahrzeugsteuern zufließen. Es wird bekannt sein, daß gerade Berlin bei den Ueberweisungssteuern außerordentlich benachteiligt wird, ein Umstand, der von den Kritikern des Berliner Finanzwesens immer wieder vergessen wird, manchmal, möchte man meinen, absichtlich. Da nun aber die Ueberweisungssteuern bei weitem nicht ausreichen, um den Bedarf zu decken, sind die Gemeinden darauf bedacht, eigene Kommunalsteuern zu erheben. So hat Berlin an kommunalen Steuern, Grundvermögenssteuer, Grundvermögenssteuer, Gewerbesteuer, Vergnügungssteuer, Biersteuer, Hundesteuer, Wertzuwachssteuer und neuerdings die ihm aufgezwungene Schankverzehrssteuer, die aber lediglich aus sozialen Gründen erhoben wird, um den steigenden Wohlfahrtskosten gerecht werden zu können.

Direktoren bereiten den Kampf vor.

Steuern sind von jeher unbeliebt gewesen, auch schon zu Zeiten des Fridericus. Damals stöhnten Bauern und Bürger unter den fürchterlichen Lasten, die ihnen der König auferlegte. Und wehe ihnen, wenn sie den Mund aufstauten. Spiegel, Büttel und Schergen standen bereit, um den unbequemen Kritikus unschädlich zu machen. Heute darf sich jedes nationalsozialistische politische Kind die gemeinste Kritik erlauben, ohne daß ihm etwas geschieht. So hämmert man denn auch schon seit Jahren, und hierbei keineswegs nur von Seiten der Nationalsozialisten, auf einer Kommunalsteuer herum, die den Unternehmern höchst unbequem ist. Das ist die Vergnügungssteuer. Es vergeht 3. B. keine Tagung der Varietétheaterdirektoren, auf der nicht — und auch auf der demnächst stattfindenden Jahresversammlung wird man das selbe Lied hören — gegen die Steuer angestimmt wird. Man sollte eigentlich meinen, daß diese Steuer, die der Unternehmer auf den Besucher abwälzt, kaum im besonderen Maß den Jörn der Besucher, d. h. der Konsumenten erregen müßte. Das ist aber gar nicht so sehr der Fall. Der Theater- und Vergnügungskonsument ist im allgemeinen viel verständiger. Er sagt sich: Wenn ich Geld habe, gehe ich ins Theater und frage nicht nach der Steuer. Wenn ich kein Geld habe oder die Blöße nicht bezahlen kann, gehe ich eben nicht hin.

Die Unternehmer fangen jetzt aber auch schon an, die Theaterbesucher gegen die Steuer mobil zu machen. Dem Direktor eines Berliner weltlichen Kabarets ist so sehr aller Humor ausgegangen, daß er sogar in dem Programmheft die Besucher unwirsch anfährt: „Also bitte keine Beschwerdebriefe, keine Aufforderungen zum Preisabbau. Es geht wirklich nicht mehr. Das Kabarett kann seine Eintrittspreise nicht mehr senken. Varieté und Kabarettisten haben internationale Marktpreise. Das Kabarett muß nach wie vor auf allen Plätzen, auf denen die Möglichkeit besteht, ein Glas Bier zu

trinken oder ein Paar Würstchen zu essen, fünfzehn Prozent Lustbarkeitssteuer bezahlen. Und solange diese unsinnige Steuer nicht fällt, kann an Preisabbau überhaupt nicht gedacht werden.“ Nicht wahr, keine Spur von Humor. Hundertprozentige Empörung über die „unsinnige Steuer“. Der Herr Direktor vergißt zu erwähnen, daß man in seinem Theater außer den anständigen Eintrittspreisen jeden Verzehr natürlich bezahlen muß. Er vergißt zu erwähnen, daß das Kabarett auch sehr viele deutsche Künstler beschäftigt, die sich in Deutschland wohl oder übel den deutschen Verhältnissen anpassen müssen. Die vielfach unsinnigen Stargagen, die die Stars der Theater außerordentlich belasten, stehen ja gerade jetzt zur ersten Diskussion. Daß dieser Angriff, den ein Direktor gegen die Vergnügungssteuer in einem Theaterprogrammheft unternimmt, nicht von ungefähr kommt, beweist ein Beitrag eines Berliner Spätabendblattes, in dem es heißt: Man kann es nur begrüßen, wenn diese unpopuläre und ungerechte Steuer (gemeint ist die Lustbarkeitssteuer) zum Mittelpunkt einer Abwehraktion gemacht wird. Der Verband Berliner Bühnenleiter wird, wie wir hören, nichts unversucht lassen, um sich von dieser Last zu befreien.“ Das ist also die Ankündigung eines neuen Kampfes. Im Hintergrund dieser und ähnlicher Kritiken gegen die Vergnügungssteuer steht natürlich immer wieder die teils mittelständlerisch, teils nationale Kritik gegen das

Funkwinkeln.

Zum 70. Geburtstag seines großen Wiener Kollegen Steinach sprach Geheimrat Albert Röll über die Arbeiten Steinachs auf dem Gebiet der Sexualforschung. Er hob hervor, daß die begeistertste Verurteilung von Steinachs „Verjüngungslehre“ durchaus nicht den Wünschen und Meinungen des Forschers selber entspreche. Steinach wisse am besten, wie unsicher nach die Ergebnisse dieser Versuche seien, wie wenig durch die praktische Erfahrung kontrolliert. Die tiefergehenden Ergebnisse seiner Verjüngungsoperationen seien nach keineswegs erforscht, und besonders die Frage, ob dadurch wirklich eine Lebensverlängerung möglich sei, ist vorläufig noch unbeantwortet. Röll lehnte mit seinen Ausführungen durchaus nicht diesem begreiflicherweise sehr rasch populär gewordenen Teil der von ihm sonst bewundernd anerkannten Arbeiten Steinachs ab, er warnte nur vor unkritischer Ueberschätzung. Der Vortrag gab einen guten, wirklich allgemeinerständlichen Einblick in das Arbeitsgebiet des großen Forschers. — Von der Breslauer Sendung „Himmel in Schlesien“, die Königswusterhausen übernahm, konnte nur der kleinere Teil gehört werden, da sie sich mit dem von Berlin verbreiteten Vortrag von Geheimrat Röll überschneidet. Soweit sich nach diesen Proben urteilen läßt, wurde das schlesische Volkstheater, dem diese Veranstaltung galt, in sehr gefälliger und künstlerisch einwandfreier Form den Hörern nahegebracht. — Den Abschluß des Abends bildete eine Aufführung von Straußers „Sinfonie“. Das Berliner Funchorchester spielte unter der Leitung von Oskar Fried. Man empfand die Darbietung dankbar als eine Erfüllung der Verheißungen, die bei der Eröffnung des neuen Funkhauses den Hörern gegeben wurden.

„rote Berlin“, das einzig und allein an dieser unpopulären und ungerechten Steuer schuld sein soll.

Der Standpunkt der Sozialdemokratie.

Um nun von vornherein allem kommenden Gerede den Boden zu entziehen, sei auf eine offizielle Darlegung der Berliner sozialdemokratischen Kommunalpolitik verwiesen. In dem vom Kommunalen Sekretariat herausgegebenen ausgezeichneten Handbuch der Sozialdemokratischen Kommunalarbeit 1925/1929 heißt es über die Vergnügungssteuer: „Die Gemeinden sind zur Erhebung auf Grund einer vom Reichsrat beschlossenen Mustersteuerordnung verpflichtet. Berlin hat eine Steuerordnung beschlossen und fortgesetzt verbessert, die den wirtschaftlichen Bedingungen des Vergnügungsgewerbes und den Bedürfnissen der breiten Massen nach Erholung, Entspannung und künstlerischer Erbauung gerecht wird. Grundfähig ist die Sozialdemokratie jede Vergnügungssteuer ab. Wir können sie aber zur Zeit nicht abschaffen, ohne die finanzielle Grundlage des Haushalts zu erschüttern, ganz abgesehen davon, daß die Abschaffung bei den bestehenden gesetzlichen Vorschriften nicht möglich wäre.“

Hieraus können alle jehigen und noch kommenden Kritiker ersehen, daß die Sozialdemokratie keineswegs einseitig eingestellt ist, sondern sehr wohl auch die berechtigten Interessen jenes Gewerbes beachtet, das es jetzt keineswegs leicht hat. Die Vergnügungssteuer ist aber letzten Endes Reichsache und wer sie ändern oder abschaffen will, soll sich an das Parlament und die Parteien wenden.

Varietédirektoren tagen

... und klagen.

Die große öffentliche Verbandstagung des Internationalen Varieté-Direktoren-Verbandes bei Kroll sah eine ganze Anzahl von Vertretern des Varieté und Vergnügungsgewerbes aus Berlin und dem Reich, ferner Vertreter der berufsverwandten Organisationen und Verbände; so hatten u. a. die Genossenschaft deutscher Bühnenangehöriger, die Internationale Kriistenloge, der Mustertheaterverband, der Schuerverband deutscher Filmtheater, der Deutsche Gastwirte-Verband Delegierte entsandt. Von staatlichen Behörden sah man den Präsidenten des Landesamtes Berlin, Brühl, den Vertreter der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung u. a. Verbandspräsident Direktor Marg eröffnete die Tagung. Als erster Redner sprach der geschäftsführende Direktor des Verbandes, Josef Rios, der ein ebenso temperamentvoller wie beredter Anwalt seiner Sache, die augenblickliche Lage des Vergnügungsgewerbes infolge Wirtschaftskrise und Steuerdruck als äußerst prekär bezichnete. Die immer wiederkehrenden Klagen über die untragbare Höhe der Lustbarkeitssteuer, die häufigen Tanzverbote, die Polizeistunde usw. wolle und wolle nicht verstummen. Auf der anderen Seite bewies der Redner an Hand von statistischen Zahlen die nicht zu unterschätzende Bedeutung der Vergnügungsindustrie als Arbeitgeberin und Steuerzahlerin. 8000 konzeSSIONierte Unternehmer haben einen jährlichen Umsatz von etwa 2 1/2 Milliarden Mark aufzuweisen, wobei 200 000 Arbeitnehmer ihr Brot finden; von ihnen sind 40 000 Musiker und 9000 Kriisten als festengagierte Kräfte zu bezichnen. Die jährlichen Musikergagen schwanken zwischen 180 und 190 Millionen Mark, die Gehälter für kaufmännisches und gewerbliches Hilfspersonal betragen etwa 600 Mill. Mark pro Jahr.

Unser Verwaltungsgebäude

ist vollendet und die Verlegung unserer Hauptverwaltung in das Salamander-Hochhaus vollzogen

Im Herzen von Berlin

ist ein Bauwerk entstanden, ein Dokument neuzeitlicher Baukunst, ein Beweis deutscher Leistungsfähigkeit:

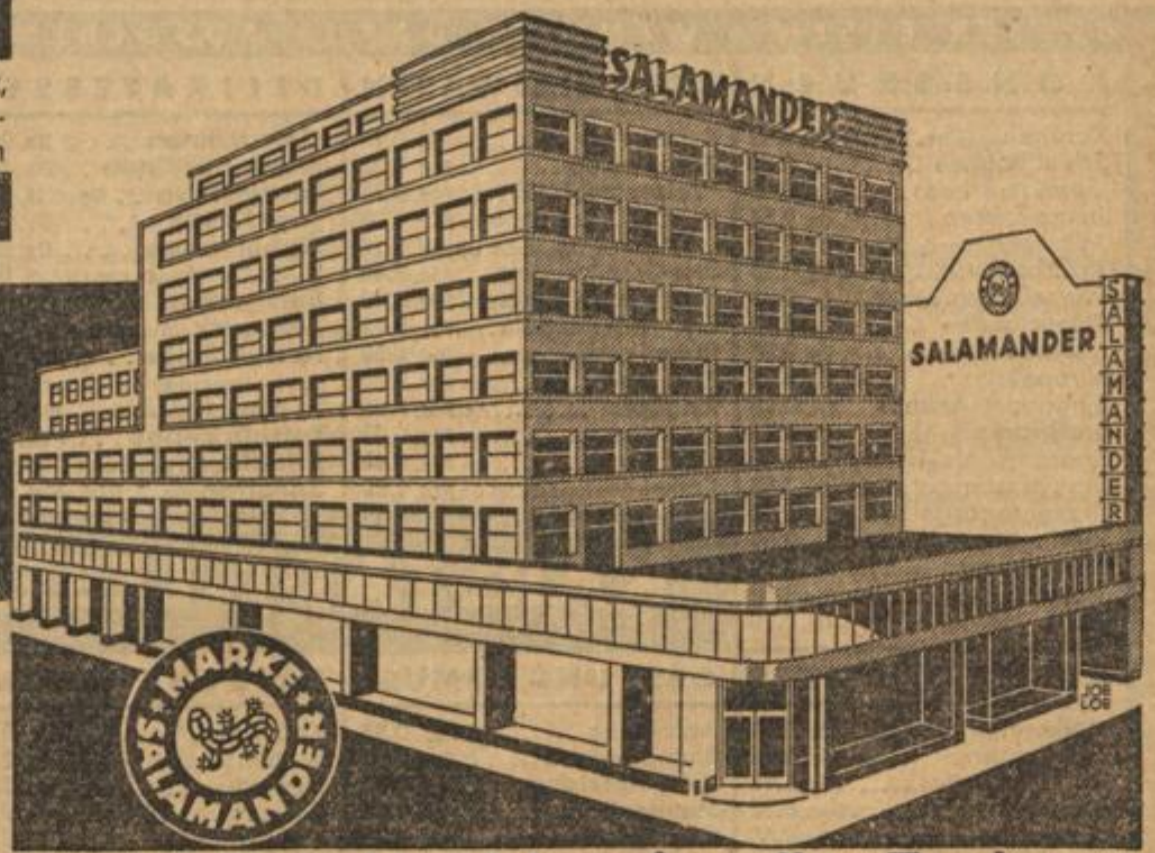
Das Salamander-Hochhaus.

Salamander ist heute der Wertbegriff für bestes Schuhwerk, hergestellt in der größten deutschen Schuhfabrik. Die weltbekanntesten Salamander-Erzeugnisse zeigen wir in unserer neuen

35. Groß-Berliner-Verkaufsstelle

im Salamander-Hochhaus Königstraße gegenüber dem Rathaus

Eröffnung
heute
nachmittag 5 Uhr



Ein neues Wahrzeichen im alten Zentrum.

SALAMANDER

China und die Weltwirtschaft.

Amerika im Wirtschaftsaufbau Chinas voran.

Die fortschreitende Festigung der politischen Verhältnisse in China hat nicht in allen Industrieländern das Interesse an dem gewaltigen von 440 Millionen Menschen bevölkerten Markt aufs neue wachgerufen. Der deutschen Industriekommission, die im vergangenen Jahr China besucht hat, ist einige Monate später eine englische gefolgt. China befindet sich, wie dieser Tage der japanische Premierminister ausdrückte, auf dem Wege, sich ähnlich zu entwickeln wie vor wenigen Jahrzehnten Japan.

Die stärkste Aktivität bei der wirtschaftlichen Erschließung entfalten aber die Vereinigten Staaten von Nordamerika.

Wie bereits in den ersten Nachkriegsjahren, so fängt man auch jetzt wieder in den Vereinigten Staaten an zu berechnen, welche Betätigungsmöglichkeiten die chinesischen Aufbaupläne auf dem Industrie- und dem Verkehrsgebiet dem amerikanischen Kapital bieten.

China verbraucht gegenwärtig jährlich mehr als 100 Milliarden Zigaretten. Die British-American Tobacco Co. und andere amerikanische Konzerne versuchen, den chinesischen Bedarf weiter zu steigern und rechnen damit, daß die jetzigen Absatzfiguren in wenigen Jahren verdoppelt werden können. Ebenso hoffen die großen amerikanischen Locomotive-, Wagon- und Automobilfirmen auf eine starke Erweiterung der Absatzmöglichkeiten in China. Das Riesennetz verfügt zurzeit nur über etwa 40.000 Automobile und über 60.000 Kilometer brauchbarer Straßen. Parallel mit dem sich vermehrenden Automobilgeschäft würde auch der Absatz von Benzin und anderen Motorerzeugnissen stark anwachsen. Von 1900 bis 1929 stieg die chinesische Einfuhr von 3 auf 240 Millionen Gallonen. Zurzeit verfügt China über nicht viel mehr als 15.000 Kilometer Eisenbahntrecken, wovon sich zwei Fünftel allein in der Mandchurei befinden. Die Amerikaner schätzen, daß im Laufe der nächsten zehn Jahre, eine weitere politische und wirtschaftliche Festigung Chinas vorausgesetzt, ein Bedarf nach dem Bau weiterer 150.000 Kilometer Bahnstrecken gedeckt werden muß.

Die Hoffnungen der Amerikaner auf die Entwicklungsmöglichkeiten des chinesischen Marktes sind groß. Diesen Hoffnungen entsprechen auch die großen Kapitalanlagen, die die Amerikaner in den letzten Jahren in China gemacht haben. Ende 1929 belief sich der Wert der unmittelbaren Anlagen amerikanischer Unternehmungen in China auf etwa 600 Millionen Mark. Fast ein Drittel dieser Summe entfiel auf Benzinlager, Tankstellen und andere Anlagen.

Diesen Tatsachen steht aber gegenüber, daß das Jahr 1930 eine erhebliche Verringerung der amerikanischen Warenausfuhr nach China gebracht hat. Die Hungersnot in den chinesischen Nordwestprovinzen ist an diesem Rückgang nur teilweise schuld. Von großer Bedeutung ist vor allem

Die Unterhöhlung der chinesischen Währung durch den Sturz der Silberpreise.

Die chinesische Währung ist nicht auf Gold, sondern auf Silber aufgebaut. Die Ursachen für den Sturz der Silberpreise liegen einmal in der Vermehrung der Silberproduktion, andererseits in dem allgemein stark verminderten Silberverbrauch der Welt.

Es gab vor dem Kriege noch verschiedene europäische Länder, die neben der Gold- auch die Silberwährung hatten, heute ist in Europa die ausschließliche Goldwährung allgemein geworden. Ferner haben eine Reihe von Ländern den Festgehalt von Silber für Schiedemünzen herabgesetzt, so u. a. England im Jahre 1921. Man hat errechnet, daß allein durch diese englische Maßnahme seit 1921 ein Silberbedarf von rund 70 Millionen Unzen (1 englische Unze = 25,3 Gramm) verursacht worden ist. Ferner ist anzunehmen, daß infolge der Weltkrise auch der Silberbedarf für die Schmelzwarenherstellung einen starken Rückgang erfahren hat. Von entscheidender Bedeutung für den Silberpreis-Rückgang der Jahre 1929 und 1930 waren die umfangreichen Silberverkäufe der englischen Regierung.

Trotz des rückgängigen Silberbedarfs ist aber die Silberproduktion weiter geblieben, am stärksten in den asiatischen Gebieten, in Mittel- und Südamerika und in der letzten Zeit auch

in Kanada. Infolge des Mißverhältnisses zwischen Angebot und Nachfrage sank der Silberpreis im Laufe des Jahres 1930 um etwa ein Drittel, und dementsprechend wurde auch die auf dem Silberwert aufgebaute chinesische und die indische Währung entwertet.

In der Stützung des Silberpreises liegt somit auch die Vorbedingung für eine Kräftigung des chinesischen Marktes.

Interessiert an der Stützung des Silbermarktes sind natürlich nicht nur Indien und China als die beiden wichtigsten Silberwährungsländer, nicht nur die silbererzeugenden Gesellschaften der Vereinigten Staaten, Kanadas und Mexikos, sondern natürlich auch diejenigen Länder, die am Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen mit China das Hauptinteresse haben. Daß unter diesen Umständen die Amerikaner Schritte zu einer internationalen Silberpreisstützung unternehmen würden, lag nahe.

Eine amerikanische Senatskommission hat einen Plan ausgearbeitet, China einen umfangreichen Silberkredit zu gewähren. Dadurch würden die Vereinigten Staaten einen großen Absatz ihrer Silbervorräte erfahren, und zweitens soll die chinesische Kaufkraft durch diesen Kredit um etwa 1 Milliarde Mark gestärkt werden.

Die Chinesen sind freilich über den Nutzen einer solchen Anleihe geteilter Ansicht, und der Schatzkanzler der Nanking-Regierung und andere Regierungsmitglieder sind der Meinung, daß China schon heute über ausreichend Silber verfüge und daß der ganze Plan nur darauf hinauslaufe, die amerikanischen, kanadischen und mexikanischen Silberminen von ihren sonst nicht absehbaren Lagerbeständen zu befreien. Er meint, man müsse andere Maßnahmen ergreifen, um das Wertverhältnis zwischen Gold und Silber wieder neu zu ordnen. Eine solche andere Maßnahme empfiehlt der Amerikaner H. Bassett, der führende Kopf der British-American Tobacco Co., der vorgeschlagen hat, die Vereinigten Staaten sollten sich einen Teil der von den europäischen Ländern zu zahlenden Kriegsschulden nicht in Gold, sondern in Silber auszahlen lassen. Der hierdurch eintretende Mehrbedarf an Silber würde ausreichen, um den Silbertkurs wieder rasch ansteigen zu lassen. Ein weiterer Vorschlag geht von einer der größten silbererzeugenden Gesellschaften aus, von der American Smelting and Refining Co., deren Vorsitzender H. H. Brownell einen Plan ausgearbeitet hat, der folgendes vorsieht: Die Regierung der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs, Kanadas und anderer Länder sollten vereinbaren, in der nächsten Zeit keine Silberabgabe mehr zuzulassen. Auf diese Weise würde der Silberpreis sehr rasch infolge des künstlich eingedämmten Silberangebots in die Höhe gehen. Parallel zu diesen verschiedenen Plänen, in deren Mittelpunkt immer die Frage der Silberwährung steht, werden

in Amerika noch andere Anleihen an China projektiert.

Vor einigen Wochen wurden Pläne der kanadischen Regierung bekannt, gemeinsam mit den Vereinigten Staaten China eine große Anleihe zu gewähren, durch die China in die Lage gesetzt werden soll, große Weizenkäufe in Kanada und den Vereinigten Staaten vorzunehmen. Ende vergangenen Jahres hörte man, daß der juristische Berater der Nanking-Regierung, der Amerikaner Pine, nach den Vereinigten Staaten gefahren sei, um über eine Anleihe in Höhe von 360 Millionen Dollar zu zwecken des Aufbaues der chinesischen Industrie zu verhandeln; auch dies Anleiheprojekt war mit der Silberstützung verknüpft. Schließlich sei daran erinnert, daß der Kreuzer-Konzern, der ja schon an vielen Staaten als Gegenseitigkeit gegen das Zündholzmonopol umfangreiche Anleihen vermittelt hat, der Nanking-Regierung das Angebot gemacht haben soll, gegen Zusage der Zündholzmonopol in allen von der Nanking-Regierung beherrschten Teilen Chinas eine Anleihe von 100 Millionen Dollar zu gewähren.

Man wird die weitere Entwicklung dieser und ähnlicher Projekte auch in Europa mit größter Aufmerksamkeit zu verfolgen haben, denn die wirtschaftliche Stabilisierung des chinesischen Reichs kann auf lange Sicht zu einem wichtigen Hebel zur Lösung der Weltwirtschaftskrise werden. A. Franke.

soll sich dem Bericht zufolge, im letzten Jahr bedeutend verringert haben. So soll die Preispanne bei den Webereien am Jahresende um fast 10 Proz. geringer gewesen sein, als zu irgendeinem Zeitpunkt seit dem Jahre 1924. Diese Angaben des Unternehmensverbandes über die Spinner- und Webereipannen bedürfen allerdings noch einer sehr gründlichen Nachprüfung.

Großen Umfang nimmt in dem Bericht die Frage der Produktionskosten und ihrer Verbilligung ein. Dagegen wird die wesentlichste Frage für die Textilindustrie, die Stärkung der Massenkaufkraft, überhaupt nicht angechnitten, weil sich die Textilunternehmer dann, wenn sie ehrlich sind, sagen müssen, daß die von ihnen betriebenen Lohnabbaumaßnahmen das Unnützlichste und Schädlichste gegen ihr eigenes Interesse darstellen, was sich nur denken läßt.

Weizenzoll und Zuckerpreis.

Die Kartoffel verdrängt das Brot immer mehr.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion legt dem Reichstag eine Entschließung vor, die von der Reichsregierung eine Senkung des Weizenzolls und eine Herabsetzung des Zuckerhöchstpreises auf 18 Mark verlangt.

Im April vorigen Jahres wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten die Regierung ermächtigt, die Zölle für Brotgetreide so festzusetzen, daß im Jahresdurchschnitt der Weizenpreis 260 Mark und der Roggenpreis 230 Mark betragen sollte. Diese Richtpreise sind für Roggen nie erreicht worden, weil unsere Ernte den Bedarf weit übersteigt. Dagegen gelang es, für Weizen, von dem wir einen guten Teil der zur Bedarfsdeckung notwendigen Menge einführen müssen, durch Steigerung des Zolles auf 25 Mark je Doppelzentner und die Festsetzung des Verbrauchszwanges auf 80 Proz. seit der letzten Ernte den Preis bis auf 265 Mark zu erhöhen. Der Weizen kostet jetzt in Deutschland rund dreimal so viel wie in England, der Roggen doppelt so viel wie z. B. in Polen.

Die Weizeneinfuhr ist durch den hohen Zoll herabgedrückt worden, die inländischen Vorräte wegen von Monat zu Monat knapper, aber immer noch hört man nichts von einer definitiven Herabsetzung des Verbrauchszwanges, ganz zu schweigen von einer Senkung des Zolles. Man scheint im Kabinett der Meinung zu sein, die Preise in den kommenden Monaten ruhig auf 280 bis 300 Mark klettern zu lassen, um so auf einen Jahresdurchschnittspreis von 260 Mark zu kommen. Abgesehen von dem wirtschaftlichen Wahnsinn, in Krisenzeiten die Preise für Nahrungsmittel in die Höhe zu treiben, werden sich die Landwirte, wenn jetzt durch Beibehaltung des hohen Zolles der Weizenpreis weiter steigt, ins eigene Fleisch schneiden; denn sie vergessen bei ihren Forderungen nach Beibehaltung des Höchstpreises, daß wir jetzt 4 1/2 Millionen Arbeitslose haben, gegen 2,9 Millionen Arbeitslose im April vorigen Jahres, also zu der Zeit, als die Höchstpreise für das Brotgetreide festgesetzt wurden.

Wie stark die Arbeitslosigkeit auf den Weizen- und Roggenkonsum einwirkt, geht aus Äußerungen von Mühlen hervor, die über die Einschränkung des Mehlerverbrauchs befragt worden sind. Man man die Redungen der Müller aus Ostpreußen, Pommern, Berlin, Bremen oder Hessen lesen,

alle schätzen den Minderverbrauch bei Weizen auf 30 Proz., bei Roggen auf 10 bis 30 Proz.

Als Gründe hierfür werden neben dem Brotgesetz, dessen abfahrende Wirkung an dieser Stelle schon oft hervorgehoben worden ist, der Verbrauchszwang von 80 Proz. Inlandsweizen angegeben. Durch ihn ist das Weizenmehl qualitativ so schlecht geworden, daß die Bäcker kein anständiges Gebäck aus diesem Mehl mehr herstellen können. Würde man den Verbrauchszwang auf 60 Proz. verringern, so könnte der Bäcker ein viel besseres Weizen Gebäck herstellen. Der Hauptgrund für den Rückgang des Brotkonsums wird aber in der gesteigerten Arbeitslosigkeit gesehen. Besonders wirkt sich die verminderte Kaufkraft der Bevölkerung im Weizenmehlverbrauch aus, aber auch der Roggenbrotkonsum geht von Tag zu Tag zurück und statt dessen werden die billigeren Kartoffeln bevorzugt, die mit Fett zubereitet als Ersatz für Brot dienen müssen.

Aus diesem Urteil der Mühlen geht die Arbeitslosigkeit der Ueberspannung der Zwangsverbrauchsgehalte und Zölle hervor. Der Reichernährungsminister läßt sich daran, wenn er verhindern will, daß der Absatz der Landwirtschaft an Brotgetreide noch mehr zurückgeht, schleunigst für eine Senkung, statt für eine Erhöhung des Preisniveaus zu sorgen.

Neue handelspolitische Attacken.

Kreuzaufrichtung wegen die „Weltzentrale der Gottlosen“.

Auf der Hauptversammlung der Rheinischen Landwirtschaftskammer richtete der Vorsitzende, der rechts-agrarische Freiherr von Luenow, neue Angriffe gegen die Handelspolitik. Wenn die Landwirtschaft auch keineswegs schismatische Handelsverträge befechtigen wolle, so müsse man sich doch gegen das System der allgemeinen Meißbegünstigung wenden und weiterhin jede Stabilisierung des gegenwärtigen Standes der Zollsätze, wie sie das Zollfriedensabkommen will, grundsätzlich verwerfen. Auf der Tagung wurde ein Beschluß gefaßt, der fast protest ammutet. Es wurde einem Antrag zugestimmt, im Sitzungssaal der Landwirtschaftskammer ein Kreuz anzubringen als öffentliches Bekenntnis zum Kreuz als dem Symbol aller gläubigen Christen. Es erscheine dies um so notwendiger in einer Zeit, da sich fast widerstandslos die Weltzentrale der Gottlosen ausgerechnet in der Reichshauptstadt festzusetzen drohe.

Wenn das der deutschen Landwirtschaft nicht hilft!

Der handelspolitische Bericht der Welt. Nach dem jetzt erschienenen Jahresbericht von Londons Register stellte sich der Handelsverkehr der Welt im Jahre 1930 auf 2,88 Milliarden gegen 2,79 Milliarden Register-Tonnen. In England ist die Schiffbauindustrie um 1,52 Millionen auf 1,47 Millionen Tonne gesunken, womit sich der englische Anteil am Weltbau von 54,5 auf 51,2 Proz. verringert hat. Die Bauten in den Vereinigten Staaten werden dagegen eine kräftige Steigerung um 120.000 auf 240.000 Tonne auf, womit sich der Anteil der Vereinigten Staaten am gesamten Schiffbau der Welt auf 17,5 Proz. erhöht. Die in Deutschland fertiggestellten Bauten sind mit 245.557 Register-Tonnen gegenüber dem vorhergehenden Jahr fast unverändert geblieben. Bemerkenswert ist, daß über die Hälfte hiervon für ausländische Rechnung gebaut wurde.

14 Proz. Siemens-Dividende.

So sieht die Not der Elektrokonzerne aus.

Kammler nach dem gestern bekanntgegebenen Gewinnanweis der AEG. veröffentlicht jetzt der Siemens-Konzern seinen Abschluß für das am 30. September beendete Geschäftsjahr 1929/30. Noch stärker als bei der AEG. kommt bei Siemens zum Ausdruck, daß die beiden größten deutschen Elektrokonzerne die wirtschaftliche Depression sehr gut überstanden haben.

Die Schwachstromgruppe des Konzerns, Siemens u. Halske A.-G., weist einen Reingewinn von 16,4 Millionen gegen 18,7 Millionen Mark im Vorjahr aus. Die im vergangenen Jahr zum ersten Male seit der Inflation ausgeschüttete Rekorddividende von 14 Proz. wird auch diesmal wieder ausgeschüttet. Der Aufsichtsrat erhält für seine mühselige Tätigkeit die runde Summe von 560.000 Mark.

Die Starkstromgruppe, Siemens-Schuckert-Werke A.-G., hat einen Reingewinn von rund 9,8 Millionen gegen 16,6 Millionen erzielt, aus dem eine Dividende von 7,5 Proz. gegen 10 Proz. gezahlt wird. Die Dividendensumme, die in dem schwersten Krisenjahre der deutschen Wirtschaft an die Aktionäre des Siemens-Konzerns abfließt, beläuft sich auf insgesamt 22,4 Millionen Mark.

So sieht die Lage bei den führenden Konzernen der Berliner Metallindustrie aus, deren Vertreter dem Schlichter im Oktober erklärten, daß ihre Betriebe nicht leben und nicht sterben könnten. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte, daß die Lohnsenkungsoffenheit der Berliner Metallindustriellen im Oktober nicht wirtschaftlichen Notwendigkeiten, sondern brutalen machtpolitischen

Zielen entsprang, so liefern ihn diese hohen Gewinnabschlüsse der beiden Berliner Elektrofirmen. — Nach Veröffentlichung des Geschäftsberichts und der Bilanz kommen wir auf den Siemens-Abschluß noch näher zurück.

Die Not der Textilarbeiter.

In der Baumwollindustrie nur 30 Proz. Vollbeschäftigte.

Aus dem jetzt vorliegenden Jahresbericht des Gesamtverbandes deutscher Baumwollwebereien wird ersichtlich, daß 1930 eines der schwersten Krisenjahre für die deutsche Baumwollindustrie überhaupt gewesen ist.

Am kräftigsten zeigen sich die Folgen der Depression auf dem Arbeitsmarkt. Von Januar bis Dezember 1930 stieg die Zahl der voll- und teilweise organisierten Baumwollarbeiter von 9,4 auf 18,7 Proz. Die Zahl der Kurzarbeiter erhöhte sich zugleich von 29,5 auf 50,5 Proz. Während im Januar 1930 in der Baumwollindustrie noch über 61 Proz. der organisierten Belegschaft in Vollarbeit standen, waren im Dezember nur noch 30,8 Proz. voll beschäftigt, was am deutlichsten den erschreckenden Tiefstand in der deutschen Baumwollindustrie kennzeichnet.

Die internationale Krise in der Baumwollindustrie wird in erster Linie auf den starken Preiseinbruch bei der Rohbaumwolle zurückgeführt, die im Laufe des letzten Jahres um 40 Proz. im Preise gesunken ist. Von dem Sturz der Rohstoffpreise sind nach den Notierungen der Stuttgarter Handelsbörse auch die Garn- und Gewebepreise mitgerissen worden, die im Laufe des letzten Jahres um etwa 30 bis 33 Proz. zurückgegangen sind. Auch die Gewinnspanne, die die Spinner- und Webereien bei der Weiterverarbeitung festsetzen,

Fünftage-Woche beginnt!

Zigarettenindustrie macht den Anfang.

Gestern abend ist zwischen den beteiligten Verbänden der Unternehmer und der Arbeiter für die Zigarettenindustrie eine Vereinbarung für das ganze Reich getroffen worden. Diese Vereinbarung, die rund 28 000 Arbeiter umfaßt, bestimmt, daß ab 1. März in der Zigarettenindustrie im ganzen Reich die Fünftagewoche zur Durchführung kommt. Die Löhne werden teilweise ausgeglichen. Statt bisher 48 Stunden wird von der Woche ab, in die der 1. März fällt, die Arbeitszeit nur noch 42 1/2 Stunden betragen. Die Löhne werden jedoch nicht im gleichen Verhältnis herabgesetzt, sondern es wird der Lohn für 45 Stunden gezahlt. Soweit Akkordarbeit in Betracht kommt, erfolgt eine entsprechende Erhöhung der Akkordsätze. Die Arbeitswoche wird statt sechs fünf Tage betragen.

Diese Vereinbarung macht endlich einen ernsthaften Anfang zu einer wirksamen Bekämpfung der Wirtschaftskrise. Bemerkenswert an dieser Vereinbarung sind zunächst zwei Umstände: Die Zigarettenindustrie befindet sich infolge der Steuererhöhung in einer wirtschaftlich sehr schweren Lage. Die Vereinbarung ist getroffen worden, um trotz dieser Schwierigkeiten Arbeiterentlassungen zu vermeiden.

Der zweite Umstand, der hervorgehoben zu werden verdient, ist der teilweise Lohnausgleich, der vereinbart worden ist, obwohl in der Zigarettenindustrie ein Lohnabbau, wie er bisher fast die Regel geworden ist, noch nicht vorgenommen wurde. Es findet also

praktisch eine Erhöhung der Löhne

statt. Wenn auch der Individuallohn des Arbeiters etwas sinken wird, — wohl nicht ganz soviel wie die Einnahmeverminderung auf 45 Stunden ausmachen würde, weil bei den Akkordarbeitern bei verkürzter Arbeitszeit mit einer Leistungssteigerung zu rechnen ist — so kommt im Endeffekt trotzdem eine Steigerung der Gesamtkaufkraft der Arbeitererschaft der Zigarettenindustrie heraus. Statt einer automatischen Entlassung von Arbeitern werden diese in der Produktion bei teilweise Lohnausgleich gehalten, wodurch eben die Gesamtkaufkraft statt sich zu vermindern, gesteigert wird.

So wenig wir sonst geneigt sind, den deutschen Unternehmern Vorbeerkünfte zu schießen, — denn man kann sich schwer etwas wirtschaftlich rückständigeres vorstellen, wie das deutsche Unternehmertum in seiner Gesamtheit, — so halten wir es doch für unsere Pflicht, die Tatsache rühmend hervorzuheben, daß eine Unternehmergruppe wie die der Zigarettenindustrie ihre unbefriedigten wirtschaftlichen Schwierigkeiten nicht einfach abwälzt auf die Arbeiterschaft und den Staat, sondern entschlossen ist,

selbst Opfer zu bringen,

um diese wirtschaftlichen Schwierigkeiten zu überwinden. Es bedarf

wohl keines Nachweises mehr, daß der Weg, den die deutsche Wirtschaft seit mehr als einem halben Jahr geht, nicht zur Ueberwindung, sondern zur katastrophalen Verschärfung der Wirtschaftskrise führt.

Unter dem Vorwand, die Selbstkosten zu senken, sind die Löhne überall abgebaut worden, zunächst die übertariflichen, dann, soweit dies bisher durch den Ablauf der Tarifverträge möglich war, auch die Tariflöhne. Der Leerlauf der Industrie ist aber dadurch nur gesteigert worden, was nicht eine Minderung, sondern eine Erhöhung der Selbstkosten bedeutet.

Wenn wir Mitte Januar 4 1/2 Millionen Arbeitslose hatten, so haben wir Ende Januar die 5 Millionen sicherlich schon weit überschritten. Dazu kommen Millionen Kurzarbeiter. Die Wirtschaft muß ins Bodenlose fallen, wenn dieser Weg weiter begangen wird. Die Zigarettenindustrie weist der gesamten deutschen Wirtschaft, ja der gesamten Weltwirtschaft

den Weg zum Wiederaufstieg.

Heute wird in Duisburg unter dem Vorsitz des Oberbürgermeisters Dr. Jarres — dessen Name schon ein Programm ist — wieder verhandelt über den Antrag der Vereinigten Stahlwerke, nach dem Lohnabbau von 7 1/2 Proz. einen weiteren Lohnabbau von 20 Proz. vorzunehmen, um angeblich die Stilllegung von zwei Werken, in denen 7000 Arbeiter beschäftigt werden, zu vermeiden. Es liegt auf der Hand, daß den Herren im Stahlwerkverband sehr wenig daran liegt, zwei Werke mehr oder weniger stillzulegen. Das ist für diese Schwerindustriellen sozusagen ein Gewohnheitsrecht geworden. Worauf es den Poensgen und Boegler ankommt, ist, die finanziellen Schwierigkeiten, in die sie sich durch ihre wirtschaftliche Raffie-Politik gebracht haben, durch einen ganz gewaltigen Lohnabbau zu überwinden.

Herr Dr. Jarres, der mit seinem Oberbürgermeistergehalt gerade so auskommen kann und sich selbst gegen jeden Lohnabbau wehrt, ist der Meinung, daß die elend bezahlten Schwerarbeiter einen um 20 bis 25 Proz. zu hohen Lebensstandard haben. Für die Jarres, Poensgen und Co.

muß erst das Chaos kommen.

Sie hoffen dann mit Hilfe des Faschismus unbeschränkte Herren im Deutschen Reich zu werden.

Sie vergessen allerdings, daß die deutsche Arbeiterschaft sich sehr schlecht als Objekt für solche Pläne eignet. Sie vergessen außerdem, daß, rein wirtschaftlich gesehen, auch unter dem Faschismus die Schäfte rauh sein müssen, wenn die Schwerindustriellen verdienen wollen. Mit dem Abbau der Löhne aber wird die Wirtschaft nicht angeturbelt, sondern sie muß automatisch zum Erliegen kommen.

Das Beispiel der Zigarettenindustrie läßt uns hoffen, daß selbst in den Unternehmerkreisen die Wahrheit zu dämmern beginnt. Die Vereinbarung bedeutet, daß sich endlich eine Unternehmergruppe freigemacht hat von dem geistigen Terror, den die Schwerindustrie bisher in Deutschland ausgeübt hat, und der allerdings oft nicht nur geistiger Natur gewesen ist.

Die Unternehmer hatten, obwohl die Verhandlungen noch nicht abgeschlossen waren, ab 15. Januar eigenmächtig einen Abbau der Lohnsätze um teilweise mehr als 20 Prozent vorgenommen. Besonders diese rigorose Maßnahme schlug dem Faß den Boden aus.

Die von allen Arbeitern der drei Betriebe besuchte Bauerversammlung, die gestern abend stattfand, beschloß nach der Entgegennahme des Verhandlungsberichtes durch den Genossen John vom Gesamtverband und nach kurzer Aussprache in geheimer Abstimmung einstimmig den Streik für heute, Freitag früh. Die Streikenden, die restlos organisiert sind, sind fest entschlossen, mit allen gewerkschaftlichen Mitteln den Kampf zu einem Erfolg zu führen. Sie erwarten von den Bauarbeitern die Unterstützung in ihrem Abwehrkampf, der ihnen von den Unternehmern aufgezwungen worden ist. An dem Streik sind rund 300 Arbeiter, Kutscher und Chauffeure beteiligt.

Polierbund in der Krise.

Stabilität trotz großer Arbeitslosigkeit.

In der außerordentlichen Generalversammlung des Bezirksvereins Berlin des Polier-, Werk- und Schachtmeisterbundes am Mittwoch in den Sophienböden gab zunächst der Geschäftsführer Genosse Kästler einen Rückblick auf das Jahr 1930. Er zeichnete zuerst ein Bild von dem Umfang und den Ursachen der schweren Wirtschaftskrise und beleuchtete dann besonders die Beschäftigungslage im Baugewerbe. Genau wie die Bauarbeiter hatten auch die Polier- und Schachtmeister im vorigen Jahre ungenügend unter der Krise zu leiden. Selbst während der Monate, wo sonst im Baugewerbe Hochkonjunktur herrscht, waren in Berlin ständig rund 200 Mitglieder des Bundes, das sind fast 20 Prozent, arbeitslos.

Die Aussichten für eine bessere Beschäftigung sind leider auch für dieses Jahr nicht rosig. Es ist sogar zu befürchten, daß infolge der Kürzung der öffentlichen Mittel für den Wohnungsbau die Arbeitslosigkeit im Baugewerbe noch größer sein wird als im vorigen Jahre. Von den in Arbeit stehenden Bundesmitgliedern wird daher erwartet, daß sie gegenüber ihren arbeitslosen Berufskollegen noch mehr Solidarität üben als bisher und sich bemühen, arbeitslose Poliere und Schachtmeister als Gesellen, und sei es auch nur für kurze Zeit, in Arbeit zu bringen.

Daß die Mitglieder des Polier-, Werk- und Schachtmeisterbundes den Wert der Organisation gerade in Krisenzeiten erkannt haben, zeigt die Tatsache, daß der Mitgliederbestand fast unverändert geblieben ist. Gegenüber 1067 Mitgliedern Ende 1929 zählte der Bezirksverein Berlin am Schluß des Vorjahres 1059 Mitglieder. Die Generalversammlung brachte ihr Einverständnis mit der Tätigkeit der Organisationsleitung dadurch zum Ausdruck, daß sie auf jede Diskussion über den Geschäftsbericht verzichtete.

Die Neuwahl des Vorstandes ergab die einstimmige Wiederwahl der Genossen Rickelen zum 1. Vorsitzenden, Gähmann zum 2. Vorsitzenden, Matthey zum 1. Schriftführer, Berg zum 2. Schriftführer und gegen wenige Stimmen die Wiederwahl der Genossen Scheibe zum 1. Kassierer und Sommer zum 2. Kassierer.

Macdonald vermittelt im Textilkonflikt.

Neue Fortsetzung der Besprechungen.

London, 29. Januar. (Eigenbericht) Am Donnerstag fanden in London Besprechungen zwischen Macdonald und den Unternehmern von Lancashire statt. Am Freitag werden die Vertreter der Arbeiter beim Ministerpräsidenten erscheinen, der versuchen will, wenigstens ein zeitweiliges Übereinkommen und die Zurücknahme der Kusperrung zu erreichen. Die Zahl der Arbeitslosen im Kusperrungsgebiet vergrößert sich täglich.

Rücksicht auf die Arbeitslosen!

Vom Arbeitsamt Berlin-Mitte wird uns zu der Notiz im „Vorwärts“ vom 24. Januar geschrieben:

„Es trifft nicht zu, daß der Raum für die Auszahlung der Unterstützung in der Jahrsstelle Kleine Alexanderstraße 19 zu klein ist. Es trifft ferner nicht zu, daß die Arbeitslosen 2 1/2 Stunden bis zur Auszahlung warten müssen. Für jede Jahrsstunde werden nur so viel Personen bestellt, als ordnungsgemäß abgefertigt werden können. Infolgedessen sind die Räume nicht überfüllt. Die Zeit, die jeder Arbeitslose bis zur Auszahlung der Unterstützung warten muß, beträgt durchschnittlich 15 Minuten.“

Die Beschwerde ist uns schon vor längerer Zeit zugegangen. Wenn inzwischen die Unbillstände beseitigt sind, die wahrscheinlich durch einen plötzlichen Andrang verursacht worden sind, so ist das nur zu begrüßen.

Abbau der Bergarbeiterlöhne im Harz.

Im Lohnstreit zwischen den Arbeitgeberverbänden der Berg- und Hüttenwerke des nordwestlichen Harzes und den Gewerkschaften ist von Arbeitgebern und Arbeitnehmern eine Lohnkürzung um sechs Prozent angenommen worden. Diese Kürzung tritt mit dem 1. Februar in Kraft.

Immer weiter abwärts.

Stilllegung der Dfsewerft.

Die Dfsewerft in Stettin-Frauenthorf, die in engster Verbindung mit der Reederei Emil A. Replaff in Stettin steht, hat beim Stettiner Regierungspräsidenten die Genehmigung zur Stilllegung des Betriebes beantragt. Die Dfsewerft beschäftigt zur Zeit 400 Arbeiter.

Geisperte Gastwirtschaften. Wegen Differenzen sind für die Mitglieder des Zentralverbandes der Hotel-, Restaurant- und Café-Angestellten folgende Gastwirtschaften gesperrt worden: Norden: Großdestillation „Martini“, Inh. Otto Karini, Badstr. 8. — Mitte: Engelhardt Bierauskunft, Inh. Geister, Münzstraße 20. — Osten: „Palais des Ostens“, Inh. Pfeilstifter, Warschauer Straße 35. — Süden-Neußell: Café „Hallenbeide“, Inh. Spedowski, Hallenbeide; Restaurant „Sprechhallen“, Inh. Frau Katharina Hubregte, Brückenstraße 12.

Freie Gewerkschaften Jugend Berlin

Deuts. Arbeitl. 1931. Uhr, gegen folgende Gruppen: Korbinian Jugendheim Schulze Sonnenburger Str. 20. Bei uns faul's. — Hermannsplatz: Gruppenheim Gendelstr. 11. Cde Soberschstraße. „Essallismus, Kommunisten, Nationalismus“. — Elden, Südwesten: Gruppenheim Wallteichstr. 9. vom port. Was ein deutscher Betriebsrat in England erleidet. — Charlottenburg: Jugendheim Spreerstr. 30. Vorküper Monatsklub mit Weibling. — Reppelplatz: Jugendheim Tzwiner Cde Weststr. (China) Tzwiner Str. 10. Vortrag: „Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit“. — Uberschloß: Gruppenheim Uberschloß, Riemardstr. 1. Filmabend: „Gründe, Begebenheiten, Kultur“. —

Jugendgruppe des Zentralverbandes der Arbeiterinnen

Saupe, Berlin, haben folgende Veranstaltungen: Südwesten: Jugendheim Fiedlerstr. 11 (2. Hof, Querschloß 1. Treppen, Zimmer 51. Kuppelkabinett: „Roberte Arbeiterinnen“, unter Leitung von Kurt Wilmel. — Norden: Jugendheim Fiedlerstr. 19. Kurzelektur. — Mitte: kommt die Photo-Arbeitsgemeinschaft um 20 Uhr im Jugendheim am neuen Brandenburger Tor zusammen. — Osten: zum Jugendheim am 8. Februar sind im Jugendheim zu haben.

KPD. als Streikbruchzentrale.

Organisierte Arbeiter von ihr unter Druck gesetzt.

Der Deutsche Buchdruckerverband hatte zu Sonntag seine Mitglieder, die in der City-Druckerei beschäftigt sind, dem kommunistischen Betrieb, in dem unter anderem die „Rote Fahne“ gedruckt wird, zu einer Belegschaftsversammlung geladen, um ihnen die Stellung des Gewerkschaftsleiters zu dem Streik der Maschinenleger in der kommunistischen Druckerei auszuliefern.

Der Vorsitzende des farnosen Betriebsrats, ein gewisser Kloppe, verlangte und erhielt, noch bevor der Vorsitzende die Stellungnahme des Gewerkschaftsleiters begründen konnte, das Wort „zur Geschäftsordnung“. K. wollte aber eine Erklärung verlesen. Als ihm bedeutet wurde, daß zunächst der Gewerkschaftsleiter seine Stellungnahme den Mitgliedern bekanntgeben müsse, worauf diese selbstverständlich das Recht haben würden, ihre Meinung zu äußern, gab es den üblichen Anruf und die Aufforderung, die Versammlung zu verlassen. Es ist bezeichnend für

den Terror, der in der kommunistischen Druckerei herrscht,

daß niemand es offen wagte, sich der Aufforderung zu widersetzen. Darauf hat der Gewerkschaftsleiter allen Mitgliedern eine Erklärung zugeschickt, die diese zu unterzeichnen haben, wenn sie nicht aus dem Verband der Buchdrucker ausgeschlossen werden wollen. Die Antworten, das heißt die Unterschriften, laufen nur zögernd ein.

Wir erinnern daran, daß die Maschinenleger aus Solidarität mit den fünfzig Entlassenen, und nachdem die Geschäftsleitung jede Verhandlung abgelehnt hatte, die Arbeit niedergelegt haben.

„Die Stimme seines Herrn.“

Sie will Gehaltsabbau um 10 Prozent.

Die Polyphon-Werke A. G. in Berlin, Marktgrafenstraße, sind nunmehr auch in die Front der Scharmacher eingeschwenkt. Die rund 200 Angestellten der Berliner Niederlassung erhielten gestern nachmittag von der Geschäftsleitung die schriftliche Mitteilung, daß sie sich infolge der schlechten wirtschaftlichen Lage und der Herabsetzung ihrer Schallplattenpreise ab 22. Januar gezwungen sehe, die Gehälter rückwirkend ab 1. Januar um 10 Proz. abzubauen. Den Angestellten ist bis heute vormittag 11 Uhr Zeit gegeben worden, ihr schriftliches Einverständnis zu diesem Gehaltsabbau zu geben.

In dem Schreiben heißt es schließlich, daß sich die Geschäftsleitung gegen die Angestellten, die sich mit dem Abbau nicht einverstanden erklären, alle weiteren Maßnahmen vorbehalten. Für den Fall der Unterschriftenverweigerung wird also ziemlich deutlich die Kündigung angedroht. Soweit uns bekannt ist, haben bis zum Geschäftsbeschluss am Donnerstag abend noch keine Angestellten diese Karte unterschrieben zurückgegeben. Die Geschäftsleitung wird wahrscheinlich heute die einzelnen Angestellten damit einzuschüchtern versuchen, daß sie jedem einzelnen Angestellten weismachen will, alle anderen Angestellten hätten schon die Karte unterschrieben, nur der oder die betreffende Angestellte hätte noch keine Erklärung abgegeben. Das ist ein bekannter Dreh, um einen Angestellten gegen den anderen auszuspielen und die Gesamtheit der Angestellten zu machen.

Diesen Akt idealistischer Solidarität sucht die KPD. jetzt in den Schmutz zu treten.

indem sie die Streikenden als „ausgehete Deserteure“ bezeichnet, während die von ihr geheueren Streikbrecher als „revolutionäre Buchdrucker“ verherrlicht werden.

Die KPD. sucht nun noch andere Streikbrecher, indem sie an Inserenten in der „Buchdruckerwoche“, soweit es sich um Maschinenleger handelt, schreibt und diesen die Streikbrucharbeit anbietet. Darüber hinaus hat sich

die Zentrale der KPD. jetzt als Streikbruchzentrale aufgetan.

Sie hat alle Maschinenleger, die Mitglied der KPD. sind, zu einer Versammlung eingeladen, um sie dort unter Druck zu setzen: „Wer sich nicht als Streikbrecher hergibt, der kann nicht mehr in der KPD. geduldet werden.“

Wir werden ja sehen, ob sich diesem Druck die kommunistischen Maschinenleger unterwerfen werden. Von den in der City-Druckerei beschäftigten graphischen Hilfsarbeitern ist nicht einer mehr gewerkschaftlich organisiert. Offenbar will die KPD. organisierte Arbeiter nicht mehr in ihren Betrieben dulden. Außerdem sind sie nicht schuldig der Willkür der Bonzen der KPD. ausgeliefert. Sie können sich wehren. Aber wer mit der Organisation bricht, der muß den Streikbrecher machen und tadeln. Nur solche stumme Hunde kann man in der City-Druckerei gebrauchen. Die Flucht der „Welt am Abend“ in einen kapitalistischen Privatbetrieb war offenbar ein von langer Hand vorbereitetes Manöver gegen die organisierten Buchdrucker.

Die Angestellten der Polyphon-Werke dürfen sich diesem Diktat nicht fügen. Will die Geschäftsleitung den Personalbestand verringern, dann macht sie das, wie die Erfahrung in anderen Betrieben täglich lehrt, auch nach vollzogenem Gehaltsabbau. Die Angestellten wären dann doppelt betrogen. Werden die Unterschriften verweigert, dann kann die Geschäftsleitung die Kündigungen, die sie bestimmt auch nach dem Gehaltsabbau vornimmt, erst mit Wirkung zum 1. März aussprechen. Die Angestellten haben aber dann Anspruch auf ihr bisheriges Gehalt für die Monate Januar und Februar. Die Angestellten der Polyphon-Werke müssen sich darüber klar sein, daß der Betrieb ohne Angestellte nicht weitergeführt werden kann, daß jedoch Entlassungen, wenn sie die Geschäftsleitung beabsichtigt, ohne oder mit vorherigem Gehaltsabbau doch vorgenommen werden.

Streik in den Mörtelwerken.

Bauarbeiter, übt Solidarität!

Wie bereits mitgeteilt, befinden sich die Arbeiter der namhaften drei Berliner Mörtelfirmen „Vereinigte Berliner Mörtelwerke“, „Gebrüder Tabbert“ und „Gustav Weidner“ in einer Lohnbewegung. Die direkten Verhandlungen mit den Unternehmern sowie die Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß haben zu keinem Ergebnis geführt, weil die Firmenleitungen auf einem Abbau der Löhne um 20 Prozent und einer erheblichen Verschlechterung der Randkonditionen bestanden.

WEISSE WOCHEN

T
I
E
T
Z

30

Von
den Begründern unserer Firma,
HERMANN TIETZ

und

OSKAR TIETZ

wurde die „Weisse Woche“ in
Deutschland eingeführt und erst-
malig am 3. Februar 1901 veran-
staltet. 30 Jahre hindurch wurden
unsere „Weissen Wochen“
ständig weiter ausgebaut, ge-
pflegt, zu Höchstleistung und
Weltruf gesteigert.

Das entgegengebrachte Ver-
trauen unserer Kunden festigen
und erhärten wir durch unsere

„Weissen Wochen“.

Hohe Qualität im Verein mit nor-
mer Billigkeit sind die Grund-
pfeiler dieser alljährlich wieder-
kehrenden Grossveranstaltung.

JAHRE

WEISSE
WOCHEN

HERMANN TIETZ

DAS WARENHAUS BERLINS IN ALLEN STADTTEILEN!

HEUTE
VORVERKAUF



Fürsorge für die Landwirtschaft.

Die Haushaltsberatung im Preussischen Landtag.

Im weiteren Verlauf der Beratung des Landwirtschafts-
rats im Preussischen Landtag kritisierte am Donnerstag
Abg. Kerff (Komm.), daß sich der Minister nur mit der Not des
Großgrundbesitzes beschäftigt habe, aber die Notlage der Kleinbauern
und Landarbeiter offenbar nicht erkennen wolle. Die Weltkrise sei
im System des Kapitalismus begründet. Durch die internationale
Arbeitslosigkeit sei die Kaufkraft gesunken und der Verbrauch an
Agrarprodukten zurückgegangen.

Abg. Wachholtz de Wente (Staatsp.) polemisiert gegen die
Rechte, die immer noch Staatshilfe rufe. Statt dessen lasse es die
Landwirtschaft an der Selbsthilfe fehlen. Die Rezepte
Hugenburgs können der Landwirtschaft nicht helfen. Durch Aus-
gestaltung der Genossenschaften könne viel mehr erreicht werden. Die
Politik der hohen Zölle könne dem Klein- und Mittelbesitz nicht
helfen.

Abg. Klauhnser (Soz.): In der Senkung der Pachten lehnen die
Pächter der Staatsdomänen das Abwehrmittel. Wir würden eine
solche Maßnahme für verfehlt halten. Zum Teil sind heute die
Pachtpreise bis auf 50 Proz. der Vorkriegs-
pachten heruntergedrückt worden. In seiner Ansicht nach
würde eine weitere Senkung der Staatspachten eine weitere Ver-
schärfung der Staatspächter nicht aufhalten. Zudem sind die jetzt
gebotenen Preise bei Neupachtungen durchschnittlich viel höher,
als sie bis jetzt waren. Von einer generellen Pachtentlastung darf deshalb
nicht die Rede sein. Wir billigen die Ansicht des Ministers, daß hier
von Fall zu Fall geprüft werden muß. Wir wenden uns außerdem
gegen die von der rechten Seite geforderte Niederschlagung
der Pacht rückstände. Bis jetzt sind 10 Millionen Mark im
Rückstand. Auch hier stimmen wir der Ansicht des Ministers zu, daß
nach genauer Prüfung Maßnahmen der Regierung, eventuell durch
Gewährung einer zinslosen Stundung, getroffen werden können.

Der Minister hat bezeugt, daß die von dem Staat selbst be-
wirtschafteten Domänen bessere Erträge gebracht haben als die
Privatwirtschaft. Es ist nicht richtig, daß solche Domänen weiter
verpachtet werden, nach dem sie durch den Staat hoch-
gekauft worden sind. Es wird notwendig sein, sie längere Zeit
vom Staat selbst bewirtschaften zu lassen, da sich dann herausstellen
wird, daß sie der privatwirtschaftlichen Produktion weit überlegen
sind. Der Beweis ist erbracht worden, obwohl sie keine Steuer-
erleichterungen und keine Subventionen aus der Osthilfe um-
erhalten, wie z. B. viele landwirtschaftliche Betriebe der Privatwirtschaft.
(Sehr wahr! b. d. Soz.)
Erfreulich ist die

Vermehrung der bäuerlichen Beispielswirtschaften.

Viele Bauern sind nun einmal bei ihrem Festhalten an den alten
Methoden nur durch das praktische Beispiel zu überzeugen, wie man
rationeller arbeiten kann.

Aber auch in Arbeiterfragen sollte das Landwirtschafts-
ministerium tonangebend sein. Die Schaffung der
Landarbeiter ist aber nicht zu erreichen, wenn man alt und
grau gewordene Arbeiter auf Staatsdomänen
grundlos entläßt. Dasselbe gilt für die Wahrung der Ar-
beiterrrechte. So wurde von dem Vertreter des Domänenpächters
Schwarz auf Ringelsteinhof vor dem Arbeitsgericht ein von dem
Landwirtschaftsministerium über ein preussisches Gesetz ange-
fordertes Gutachten mit der Begründung abgelehnt,
daß der Staatssekretär im Ministerium Dr. Richter Sozial-
demokrat sei und dafür sorgen werde, daß der Landarbeiter-
verband gut abschnide. (Hört, hört! b. d. Soz.) Auch die politische
Stellungnahme der Pächter ist vielfach nicht gerade staatsfreundlich.
So wird die Domäne Kloster Ahland als Kazilager benutzt
und bei der Abfütterung der SA-Leute weht dort auf dem Hof die
Kaziflagge. Solche Provoaktionen darf sich die Regierung auf
staatlichem Grund und Boden nicht gefallen lassen. Die Staats-
domänen sind keine Lammweiden für SA-Mannschaften der Nazi-
partei. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Wir begrüßen die Verordnung des Ministeriums über die Be-
schaffung der landwirtschaftlichen Dienstgebäude mit der republi-
kanischen Reichsfahne, die errealisierbarer auch durchgeführt worden
ist. Aber es ist ein kaum glaublicher Zustand, daß der land-
wirtschaftliche Hauptverein für Ostpreußen
beschlossen hat, die Reichsflagge auf den Dienstgebäuden nicht
zu hissen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß Organisationen,
die sich so republikfeindlich stellen, auf keinen Fall staatliche Unter-
stützung bekommen dürfen. (Beifall b. d. Soz.)

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärt, der vom Vorredner
zuletzt erwähnte Vorgang werde von der Landwirtschaftskammer ge-
prüft, inzwischen seien aber die staatlichen Zuschüsse an den Verein
eingestellt. (Bravol links.)

Abg. Dr. Kaufhold (Dnat.) kritisiert die überstürzte Beratung der
drei landwirtschaftlichen Haushalte. Für das Wohlfahrtsministerium
habe man mehr Zeit übrig. Die Einfuhr landwirtschaftlicher Pro-
dukte aus dem Ausland müsse zurückgedrängt werden. Die staatliche
Selbstbewirtschaftung sei ein Fiasko gewesen. Es sei unerhört, wenn

auf einer Staatsdomäne für den Bau eines Schweine-
stalles 120 000 Mark ausgegeben worden sind

Landwirtschaftsminister Dr. Steiger erklärt, er müsse sich solche
Bemerkungen verbitten. Er habe wiederholt festgestellt,
daß dieser Schweinestall als große mustergültige Ein-
richtung auf einer Domänenbeispielswirtschaft nur 30 000 M.
gekostet hat.

Abg. Hagemann (Z.) betont, zur Hoffnungslosigkeit läge kein
Anlaß vor, solange die Regierung Brünning alle Möglichkeiten zu
helfen ausschöpfe.

Abg. Heddermeyer (Komm.) schildert die Lage der Landarbeiter
und die Wohnungsnot auf dem Lande, vor allem in Pommern und
in Ostpreußen.

Abg. Frau Wohlgemuth (Soz.) weist die Vorwürfe des Abge-
ordneten Kaufhold gegen die selbstbewirtschafteten Betriebe zurück.
Statt den Schweinestall einer Staatsdomäne zu kritisieren, hätte sich
Kaufhold mehr um den

Schweinestall bei der Raiffeisen-Bank

kümmern sollen, der dem preussischen Volke 65 Millionen ge-
kostet hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Den Gestütetat werden wir annehmen. Die Pferdezucht wird
nur rentabel, wenn sie für die Landwirtschaft von Nutzen ist. Darin
sind sich alle Parteien einig und im Ausschuss wurde anerkannt, daß
die Gestütsverwaltung Großes geleistet hat, obwohl die Rechts-
parteien aus politischen Gründen in der Öffentlichkeit das Gegenteil

behaupten. In der Hauptsache kommt es jetzt für die Landwirtschaft
auf die Züchtung des Kolblutpferdes an.

Den Antrag, Kennvereine noch größere Zuschüsse zu
geben, werden wir ablehnen. Es ist noch in Erinnerung, wie
im vorigen Jahr der Sekretär des Vereins für Hindernisreiten,
Graf Kirchbach, als der Staat den Preis der Republik aussetzte,
sich beschimpfend über die Republik äußerte. Als die Zuschüsse ge-
sperrt werden sollten, wurde er entlassen. Aber der noble Mann
mit der aristokratischen Kinderstube klagte beim Arbeitsgericht und
Graf von Westfalen soll ihm 80 000 Mark Abfindung gezahlt haben.
Es wäre ein Skandal, wenn solche Organisationen und Leute, die so
schwere Beleidigungen ausstoßen, noch durch Zuschüsse unterstützt
werden. Deshalb lehnen wir alle diese Anträge ab. (Sehr wahr!
b. d. Soz.)

Ebenso hat der Staat keine Ursache, Kennvereine zu unter-
stützen, die fast alle, und namentlich im Osten, sich republikfeindlich
betätigen. Sie beteiligen sich an Aufzügen der Nationalsozialisten,
besonders im Kreise Rosenburg, wo ein Oberfeuerleiter der Führer
ist. Ähnlich liegt es im Kreise Labiau, wo sich der Kennverein an
einem Umzug mit der bekannten schwarzen Bauernfahne beteiligt
hat. (Hört, hört! b. d. Soz.) Im Kreise Insterburg hat man sich
bis heute geweigert, bei Veranstaltungen der Kennvereine die
Reichsfarben zu zeigen. Diese Organisationen sollen der Pferde-
zucht dienen, heben aber politisch gegen die Republik. Es ist unmöglich,
ihnen staatliche Unterstützung zu gewähren, damit sie den Staat
bekämpfen können. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Abg. Diel (Z.) betont, daß die Agrarpolitik sich auf die nationalen
Notwendigkeiten einstellen müsse. Der Osten müsse besonders unter-
stützt werden und es sei bedauerlich, daß die Arbeit der Reichs- und
Staatsregierung auf diesem Gebiete nicht mehr anerkannt wird.

Es kommt danach noch eine ganze Reihe von Vertretern der
einzelnen Fraktionen zu Wort. In später Abendstunde verläßt das
Haus die Weiterberatung auf Freitag, den 30. Januar, vormittags
11 Uhr.

Zuchthaus ist Nazi-Ideal.

Vorzugsbehandlung nur für Fememörder.

Im Strafrechsausschuss des Reichstags setzte sich der
deutschnationalen Abg. Hanemann für die Aufrechterhaltung der
Zuchthausstrafe ein. Man wolle schon die Zahl der zucht-
hauswürdigen Verbrechen verringern, da ginge es nicht an, nun
auch noch die Zuchthausstrafe abzuschaffen.

Abg. Landsberg (Soz.) erwiderte ihm, daß nach der Ent-
wicklung der Zuchthausstrafe, wie sich an den Ausführungen des
Regierungsvertreters zeigte, gar kein Zweifel sei, daß man die
Zuchthausstrafe entbehren könne. Ihre Beibehaltung
habe keine andere Wirkung als die Erschwerung der Wiederauf-
richtung des Verurteilten. Schon der vom Minister Radbruch vor-
gelegte Entwurf habe die Zuchthausstrafe ausgemerzt, sie müsse
jetzt fallen.

Ministerialrat Dürr gab für die bayerische Regierung die
niemand überraschende Erklärung ab, daß diese auf Beibehaltung
der Zuchthausstrafe das größte Gewicht lege. Man dürfe auch nicht
zu human sein wollen.

Abg. Frank II (Nat.-Soz.) erklärte, die ganze Verhandlung
stehe im Dienste des Verbredertums. Man treibe einen geradezu
sträflichen Kult mit den Verbrechen. Die sozialdemokratischen Be-
strebungen liefen darauf hinaus, verbrecherischen Dünkel und Unter-
menschenum zu züchten. Gerade das Inzamerende der Zucht-
hausstrafe sei notwendig.

Abg. Wendhausen (Landvolk) unterstützte diese Auffassung.
Er sei ein Anhänger der Abschreckungstheorie und verlange deshalb
die Aufrechterhaltung der Zuchthausstrafe. Die Linke, die jetzt den
Strafvollzug humanisieren wolle, habe nichts gesagt, als man einen
Mann wie den Oberleutnant Schulz im Zuchthaus gequält habe.

Abg. Hoegner (Soz.) protestiert gegen die Behauptungen,
daß die Verhandlungen im Strafrechsausschuss im Dienste des Ver-
bredertums ständen. Grausamkeiten in der Strafvollstreckung
seien eines Kulturstaates unwürdig. Wenn man ernst-
lich den Sträfling, wie es Abg. Frank gesagt habe, absaudern wolle,
dann könne man ja dazu, ihn überhaupt zu entfernen und die
Todesstrafe anzuwenden. Die menschliche Gemeinschaft
könne sich nur höher entwickeln, wenn man niemand von ihr aus-
schleife.

Abg. Landsberg (Soz.): Die Sozialdemokratie habe mit
keinerlei Verbrechen Sympathien. Die Gesellschaft müsse natürlich
geschützt werden, aber er bekenne sich zu Goethes Wort: „Ahr laßt
den Armen schuldig werden, dann übergebt ihr ihn der Pein!“ Wenn
schon in 80 Proz. aller Fälle, die zur Bestrafung kommen, die An-
drohung der Strafe mit Bewährungsfrist zur

Besserung genüge, dann müsse die Verbüßung der
Strafe erst recht ausreichen, und es sei überflüssig, der Strafe auch
noch eine Bezeichnung zu geben, die dem Verurteilten Schaden bringe.
Oberleutnant Schulz habe sich auch an ihn gewandt und damit eine
Verurteilungslosigkeit gezeigt, zu der sich die Nationalsozialisten sonst
nicht bekennen würden. Schulz habe aber nur um einen Gnaden-
erweis gebeten und niemals über schlechte Behand-
lung geklagt.

Abg. Karpenstein (Nat.-Soz.): Die Fememörder seien über-
haupt schlecht behandelt worden. Einem von ihnen habe man nicht
einmal Urlaub gegeben, seine sterbende Mutter zu besuchen. Ueber-
haupt seien diese Gefangenen in den Gefängnissen gequält worden.

Abg. Rosenfeld (Soz.) weist demgegenüber auf die Wert-
würdigkeit hin, daß die Nationalsozialisten für die ihnen
nahestehenden Gefangenen Humanität, sonst aber aller-
stingigste Durchführung des Strafvollzuges forderten. Die Kommuni-
sten hätten häufig schon viel mehr Anlaß gehabt, sich über den
Strafvollzug zu beschweren, man denke nur an den Kommunisten,
der in der Festung Niederschönenfeld gefangen sei. Wie habe man
Loller und Rühjam behandelt, und dabei seien diese doch nur
zu Festungshaft verurteilt gewesen.

Abg. Landsberg (Soz.): Ein Beispiel, wie man Sozial-
demokraten im Kaiserreich behandelt habe, ist der
Fall des Abgeordneten Peus, gegen den wegen Raufschlagsbeleidigung
Hofbefehl erging. An dessen Untersuchungsrichter hatte die schwan-
gere Frau des Herrn Peus geschrieben und darum gebeten, daß ihr
Mann ihr in ihrer schweren Stunde zur Seite stehen möge. Die
Behörde antwortete damals, daß eine Verurteilung nicht in Frage
komme, da Peus eine schwere Strafe zu erwarten habe. Frau
Peus starb dann und erst an ihrer Beerdigung durfte
Peus in Begleitung zweier Polizisten teilnehmen.

In der folgenden Abstimmung wird der Antrag auf
Streichung der Zuchthausstrafe von allen bürgerlichen Parteien
gegen 11 Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt.

Die Rechtsangleichung mit Oesterreich.

Wien, 29. Januar. (Eigenbericht.)

Im Haushaltsausschuss des Nationalrats teilte der Justizminister
mit, daß er in einigen Wochen nach Berlin zu fahren gedenke, um
die Aktion wegen des gemeinsamen Strafrechts und
anderer Angleichungsarbeiten zu beschleunigen.

Schuh

Beschaffungs- Tage

Auch Strümpfe billiger!

Allen Volkskreisen gute Schuhe zu billigen erschwinglichen Preisen zu vermitteln, ist der Zweck dieser neuartigen Verkaufsanstaltung



68,-
für Damen
Hausschuhe mit Pompon u. warmem Futter



4,85
Gr. 27-28
Sehr dauerhafter und sehr billiger Knabenstiefel



5,45
Echt Boxkalf-Spengenschuh, ein idealer Straßenschuh



5,85
Schwarz Rindbox-Halbschuh f. Herren, Do. in Lack 7,45

Tack

Ueber 130 eigene Verkaufsstellen, davon 23 in Groß-Berlin und Potsdam

& CIE AG. BURG B. M.

vom 30. 1. — 9. 2. 31

Netter Lack-Spengenschuh für Mädchen Größe 27-28 **4,85**

Mod Damen-Spengenschuhe in Lack u. Samtlederkombi. **6,85**

Elegant Lack-Spengenschuh m. geschweiftem Absatz **7,85**

Sol. Herrenstiefel weiss gedoppelt **6,85**

Seidenflor-Dam. Strümpfe von **68 Pf.**

Wollene Herren-Socken **1,25**

Antwort auf eine Rundfrage

Vor einigen Tagen bekam ich einen Brief aus dem Speffort. Aus dieser Gegend hatte ich noch nie einen Brief bekommen. Ich wurde also mißtraulich, pugte die Brille und sagte zu meiner Frau: „Wißt du, was das ist? Ein Brief aus dem Speffort? Ich habe einen Brief aus dem Speffort bekommen. Na, da bin ich ja neugierig, was man mir schreibt.“

„Ich bin auch neugierig,“ gab sie ohne weiteres zu, und da können sie sehen, was ich für eine Frau habe! Und jetzt stopfte sie dem kleinen Wölfel einen Apfel, eine Banane und ein Butterbrot in den Mund, damit er still sei, wenn der Vater den Brief aus dem Speffort liest.

Und ich las.

Nach einer ausführlichen Einleitung, in der sich ein Herr Stefan Zumpel vorstellte, auf die Knie fiel und schwärmerisch die Hände nach dem „Sehr geehrten dichterischen Herrn Schriftsteller“ ausstreckte, nach dieser Einleitung kam er zur Sache und wehte mich in sein Lebenswerk ein. Herr Zumpel wollte eine sozialindividuell-psychologische Studie über die Arbeiterdichtung verfassen und sammelte nun Material. Und zu „diesem Behufe“, wie er sich ausdrückte, habe er außerdem einen „interessanten Fragesteller-Komplex“ aufgestellt, den er umgehend zu beantworten ersuche.

Im Speffort muß ein neugieriger Menschenschlag wohnen. Ich kannte diese Gegend noch nicht, aber jetzt habe ich auch keine Lust, sie kennenzulernen. Was wollte der Herr Stefan Zumpel nicht alles von mir wissen! Die Farbe meiner Augen interessierte ihn genau so sehr wie mein „Vorleben in bezug auf die erotische Sachlage“, wie er es formuliert. Es fehlte nur noch, daß mir Herr Zumpel den Vorwurf gemacht hätte, nicht mein eigener Sohn zu sein!

Rum, wir alle kennen wohl jenen schmeichlerischen Typ der lebenswürdigen Ausrufer, die ihre Gimpel auf der Leinwand sogenannter Geistigkeit fangen und dann in eleganten Aufsätzen zwischenlassen, Herr Stefan Zumpel verschmähte alle Distinktion, und so will ich nun aus der Dornenkette der vielen Fragen einige Städte in Wien und sie Herrn Zumpel selbst ins Herz stoßen! Vorher aber soll noch gesagt sein, wie der Herr Ausrufer seinen Brief schloß. Er schrieb nämlich:

„Aber jetzt sei genug des Fragestellerkomplexes! Die Reihe dürfte ja ins Unendliche gehen! Für jegliches Eingehen wäre ich Ihnen, sehr geehrter Herr Schriftsteller, einschließlich verbunden!“

Ich will noch lange nicht eingehen, ich will mich jetzt meines „Antwortgehekomplexes“ erledigen, und so nehme ich sechs Fragen des Herrn Zumpel aus dem Brief und funke sie mit meiner Antwort nach dem Speffort.

1. Frage: „Dorf man die Herren Arbeiterdichter mit den Nürnberger Meisterlängern vergleichen?“
Antwort: „Natürlich, aber es ist nicht unbedingt notwendig.“
2. Frage: „Was denken Sie: wird die Arbeiterdichtung später einmal viele Volkslieder liefern?“
Antwort: „Ja, das kann ich Ihnen ganz genau sagen: neunhundertvierunddreißig Stück.“
3. Frage: „Unsere Zeit weist relativ und respektive viele Arbeiterdichter auf, wie steht es mit den Arbeiterdichtern? Wird das in Zukunft so bleiben oder glauben Sie an eine Abnahme oder an eine neue, gewaltige Welle in vielleicht zweihundert oder dreihundert Jahren im Anschluß einer epochenmachenden Erfindung? Oder vielleicht gar Umwälzung?“
Antwort: „Ja wie steht es mit den Arbeiterdichtern relativ, beziehungsweise, respektive? Mit den Arbeiterdichtern bleibt es vorläufig so. Zu dieser Frage werde ich mich in zweihundert, beziehungsweise dreihundert Jahren noch einmal äußern.“

4. Frage: „Weshalb dichtet der Arbeiter hauptsächlich und wählt die Darstellung in Versen? Kann er nicht anders oder will er nicht anders?“
Antwort: „Er dichtet zum Zeitvertreib und wählt meistens die Darstellung in Versen, weil er einfach nicht anders will, der Faulenzer!“

5. Frage: „Verfassen Sie früher Gedichte bei der Arbeit? Notierten Sie sich Wendungen, Gedanken, Ideen auf einige Fehende Papier, welche Sie bei sich trugen, respektive neben sich liegen hatten? Oder arbeiteten Sie nach Feierabend oder Sonntags ausschließlich?“
Antwort: „Nein, ich verfasste keine Gedichte bei der Arbeit, weil das der Arbeiter nicht erlaubt hätte. Papier hatten wir alle bei uns, wenn wir einen bestimmten Ort aufsuchten, aber ich glaube kaum, daß sich einer von uns darauf bestimmte Wendungen, Gedanken oder Ideen notierte. Ich arbeitete jeden Sonntag von halb zwei Uhr bis dreiviertel drei Uhr. In diesen fünfviertelstunden mußte ein Gedicht fertig sein!“

6. Frage: „Für welchen Teil der Klasse, beziehungsweise Volkes dichteten Sie? Schrieben Sie für es? Oder nur für einen kleinen Teil?“
Antwort: „Am liebsten dichtete ich für „es“, Herr Zumpel, aber „es“ gibt es ja noch gar nicht, „es“ will ja erst „es“ werden!“

In dieser Art landete ich Herrn Zumpel die Antwort auf zwanzig Fragen nach dem Speffort. Er bedankte sich schön, nahm alles für Ernst und will mir nun recht bald seine „Studie“ schicken. Darauf bin ich sehr neugierig. Das Buch von Herrn Zumpel müssen auch Sie lesen. Es wird Aufsehen erregen und Klarheit über die Arbeiterdichtung verschaffen!

Dr. Ernst Binz:

Adalbert von Chamisso und die Armen

Zum heutigen 150. Geburtstag des Dichters.

Neun Jahre war Chamisso alt, als die Stürme der französischen Revolution an die Tore der väterlichen Burg klopften. Wehlin war der Himmel rot, die alten Ritterburgen und Edelmannschlösser gingen prasselnd in Flammen auf. Wer flüchten konnte, flüchtete. Die Familie Chamisso sammelte sich in Aachen. Es fehlte nicht ein Glied. Alle waren sie der aus der Ferne blinkenden Guillotine entronnen. Die französische Emigrantenfamilie durchwandert unter wechselvollen Schicksalen Deutschland und gerät schließlich nach Berlin. Mit 16 Jahren wird der kleine Chamisso, der erst norddeutsch radebrechen kann, Bote bei der Königin Luise. Fünf Jahre später ist er preussischer Leutnant. Zur selben Zeit kann endlich seine Familie nach Frankreich zurückkehren.

Das Leben eines preussischen Leutnants war damals ziemlich entbehrungsreich. Fünfzehn Taler betrug sein monatlicher Sold. Acht davon gingen auf Essen und Trinken, zwei und halb kamen auf die Wohnung. In einem Brief an seine Mutter klagte er darüber, daß er keinen Mantel, keine Hemden und nur ein Paar zerrissene Schuhe habe. Ein Offizier, der griechisch lernte und jede freie Stunde zur Vertüfung der Klassiker und der Philosophen benutzte, konnte kein zufriedener Leutnant sein.

Zweimal trat die große Versuchung an ihn heran, wieder Franzose zu werden und die Jahre in Deutschland Episode werden zu lassen. Im Jahre 1802 muß er seinen erkrankten Bruder nach Frankreich zurückgeleitet. Ende des Jahres 1806 fährt er wieder nach Paris, um 1808 eine Berufung als Professor nach Napoleonsville zu bekommen. Aber er überlegt sich das solange, daß, als er schließlich antommt, die Stelle schon anderweitig besetzt ist. Zweieinhalb Jahre blieb er diesmal in Frankreich, aber die er lebte, war eine Deutsche, und als er sie nicht mehr sehen konnte, flüchtete er abermals nach

Deutschland. Aus der Armee war er 1808 geschieden, nachdem er noch den Krieg gegen Napoleon mitgemacht und wegen der Feigheit seines Oberkommandierenden, der die Festung Hameln beim ersten feindlichen Schuß übergab, beinahe voms Kriegssgericht gekommen wäre. Mit welcher offenen Augen Chamisso die Zustände im damaligen preussischen Heer beurteilte, zeigt folgende Briefstelle: „Unser sehr gnädiger Landesherren hat es für angenehm gefunden, unsere Tracht wiederum umzugucken; seit acht Jahren, daß er auf nichts anderes sinnet und denkt, ist der Mann noch nicht zustande gekommen.“

Als Chamisso schon längst Deutscher war in jeder Beziehung und als solcher auch in Frankreich angesehen und geachtet, konnte er trotzdem nie eine heimliche Liebe zu Frankreich und dem französischen Geist loswerden. Er hat an diesem inneren Zwiespalt bis an das Ende seiner Tage gelitten und der Deutsche aller Franzosen war im Grunde seines Herzens kein glücklicher Mann.

Von 1815 bis 1818 machte er eine Weltreise als Naturforscher auf einem russischen Schiffe mit. Die Reise war infolge der Unverträglichkeit seiner Schiffsgegnossen ziemlich unergütlich. Nach seiner Rückkehr wurde ihm endlich die langersehnte staatliche Anstellung beim Botanischen Garten in Berlin. Rummehr konnte er sich auch betheiligen. Seine schönsten Jahre begannen. Der Mann, der den „Schleim“ gebichtet, hatte endlich so etwas wie einen Schatten bekommen. Nun endlich geht auch Chamisso das Herz für die soziale Not seiner Zeit auf, die er, der Fremde, der Franzose, der Flüchtling der Revolution, schärfer sah als viele seiner Zeitgenossen. Dazu trug sein eigentümlicher Zustand bei, er sah sich als „einen Franzosen in Deutschland und Deutschen in Frankreich, Katholiken unter Protestanten, Protestanten unter Katholiken, Jakobiner unter Aristokraten und für die Demokraten ein Adliger. Ich bin nirgends an meinem Plage!“

Berühmt über seinen Tod hinaus wurde Chamisso durch seine sozialen Dichtungen, in erster Linie durch das unsterbliche Gedicht an die alte Wäscherin:

Du siehst geköpft bei den Linnen,
Die Alte dort in weihem Haar,
Die rüstigste der Wäscherinnen
Im sechsundsechzigsten Jahr.

Chamisso verstärkte den angeschlagenen Ton in anderen Gedichten, die zu den Perlen der deutschen sozialen Poesie gehören: „Der Bettler und sein Hund“, das Gedicht vom Invaliden im Irrenhaus, das Gebet der Witwe, das „Nachtwächterlied“ und schließlich die Uebersetzung der sozialen Gedichte Berangers.

Während in Chamissos fruchtbarste Zeit fiel das große Ereignis der Pariser Julirevolution, an der Chamisso leidenschaftlichen inneren Anteil nahm. Mehrmals rief er den Fürsten seiner Zeit ein Remonto zu, wenngleich er an eine Weltrevolution nicht glaubte. „Ich glaube, daß sich die ganze Welt dergestalt vor der ganzen Welt fürchtet, daß man es überall beim Antaunren hübsch bewenden lassen will und jeder nur an den Händen, die er im Haupte hat, genug haben wird. — Inmittenwelken kann man es sich nicht verhehlen, daß eine neue Zeit angegangen ist.“

Den Ausgang dieser neuen Zeit sollte Chamisso nicht mehr erleben. Nach dem Tode seiner Gattin im Jahre 1837 versiel er körperlich. Seine Pensionierung, um die er eingekommen war, überlebte er nur einige Wochen. Am 6. August 1838 warf ihn eine schwere Krankheit nieder. Zwei Wochen verbrachte er bei fast völliger Bewußtlosigkeit. Und es ist charakteristisch für Chamisso, daß er während dieser beiden Wochen nur französisch phantasierte. Er starb am 21. August 1838.

In einem seiner letzten Briefe findet sich der Ausdruck: „Deutscher Volkstümlichkeit hat sich das Tiefere, Heiligere in mir zugewandt, so bin ich durch Sprache, Kunst und Wissenschaft ein Deutscher.“

In einem seiner letzten Briefe heißt es über die Macht der Presse: „Die Presse ist nur ein Nachhall, selbst machtlos, wo sie das nicht ist. Die öffentliche Meinung, das ist die Macht, die groß geworden. Dankt der Presse und lernt von ihr.“

Die ersten botanischen Gärten

Man ist erst ziemlich spät auf den Gedanken gekommen, botanische Gärten anzulegen, um das Studium der Pflanzenwelt zu erleichtern. Am frühesten geschah dies in Italien, denn in Salerno wird 1310 ein Pflanzengarten, zu Venedig 1333 der medizinische Garten erwähnt. In Deutschland legten sich zuerst Naturforscher botanische Gärten an, und zwar ein hessischer Gelehrter Curcius Cordus, Professor an der neugegründeten Universität zu Marburg, der 1535 zur Bremen starb, und der Schweizer Konrad Gessner (1516 bis 1565), der zum ersten Male ein Pflanzenverzeichnis in vier Sprachen herausgab. Ein öffentlicher botanischer Garten wurde 1540 an der Universität zu Padua angelegt, und dieser diente selber den anderen als Muster. Noch vor Ende des 16. Jahrhunderts wurden auch zu Leiden, Zürich, Nürnberg und Montpellier botanische Gärten geschaffen. Anfänglich gatten sie hauptsächlich als medizinische Gärten, weil man besonderen Wert auf die Heilpflanzen legte, aber sie wurden auch beim Unterricht in den Naturwissenschaften überhaupt bemüht, und sie trugen wesentlich dazu bei, die Botanik erst zu einem förmlichen Studium zu erheben.

W. Möbus: Abseits vom Wege

Zwischen den Türmen von Alt-Landsberg

Am schneeigen Horizont ein massiger Turm. Das ist ein Ziel, das nur dichter Schneefall oder Nebel oder die Nacht verwischen können. Viele Wege führen zu diesem Turm, ausgefahrene, von Pferdehufen zertretene Wege, deren Ränder alte, oft beschnittene Weiden säumen, und blanke Chausseen, auf denen Autos gepenstig huschen. Der Westwind peitscht seine Eisnadeln ins Gesicht. Das ist ein tausendfüßiges Stöchen, das aus dichten Wolkenstreifen kommt. Der breite Turm ist weggezaubert, zerronnen, verweht, verkehrt. Müde Füße stolpern über den zerfetzten Weg, eine Starkstromleitung zieht im Norden unbekümmert von Eisenmast zu Eisenmast ihre Bahn. Sie scheint in die Unendlichkeit zu gehen, das Grau des späten Wintertages verschluckt alle Dinge, die bei Sonnenschein wichtig wären.

Im Wintergrau liegen Häuser da. Aus grauen Mauern strahlt Stabenglanz und Geborgenheit. Die Welt hat einen festen Punkt in diesem sanften Licht. Hier ist die Unendlichkeit besetzt, hier ist die Weite der Ebene unterbrochen, hier ist die Enge gern genossene Weite. Spitzigleibt lehnt ein Haus neben dem anderen. Winterflocken haben Straße und Dächer, Gärten und Zäune erobert. Die winterliche Wandlung ist vollendet.

Mit hochgeschlagenen Kragen, die Hände tief in den Taschen vergraben, den Hutrand gegen den Wind gestützt, so wandern wir auf tiefverschneiter Straße in die Stille der kleinen märktischen Stadt. Eine lange hohe Mauer hat einen breiten Durchlaß, eine von schweren Helkern bewachte Pforte. Wie im Märchen ist es, wenn man sie durchschreitet, und links ein rotes, eisenmunktes Haus gewahrt. Auf der anderen Seite ein Gutshof, von einem vorfinstlichen Schornstein überragt. Das könnte ein Hezenbadofen sein. Vielleicht wird hier auch wirklich allerhand Teufelszeug, Destillenzauber, Kartoffelschnaps gebraut. Die Straße mündet auf einen freien Platz, und auf ihm steht ausladend, wuchtig, geruhlos, auf breitem Unterbau, der Turm, der die Schau in die Ferne liebt, der Feldsteinurm einer uraltigen mächtigen Kirche, den Schnee und Dunkelheit verhüllt hatten, der ein Ziel war, das verschwand, und das nun wieder entstanden ist aus der Nacht.

Der Schnee hat sein Treiben eingestellt, Türen klinken auf, Eisen klappern auf steinernen Stufen: Jungen und Mädel traben mit ihren kleinen Schlitten durch die eben noch so stillen Straßen. Die weichen mollenen Flocken werden gepreßt, getreten. Die eben noch untadlige, weiße Decke, zeigt die Spuren von zahllosen kleinen eifigen Füßen und von Schlittenspuren. Wintervergnügen im Schein milder Laternen!

Das Storchneß auf dem alten Stadtturm, der früher mehrheit die Stadt gegen die Feinde von Osten her verteidigte, thront verlassen, wie eine Dornenkrone, auf dem Haupt des alten Gemäuers. Hier ist der traurige Ueberrest einer wehrhaften, aber unsicheren und schweren Zeit. An den Turm schmiegt sich der Anschlag eines langen und schmalen Ganges, wie eine Schlucht. Er folgt dem Lauf der alten Mauer, die zwecklos wurde. Häuser haben nun die Mauer besetzt.

Der Gang ist viel kürzer als es schien, er macht einen rechtwinkligen Knick. Hohl klingen Schritte und Stimmen.

Diese kleinen märktischen Städte haben trotz ihrer Richtigkeit doch noch den Hauch der Vergangenheit bewahrt. Ein seltsames Etwas lebt und weht in ihnen, trotz des elektrischen Lichtes, trotz der Autos und der Eisenbahnen. In dem weltläufigen Tor des Rathauses hängen Bekannmachungen. Da sollen Grundstücke veranktioniert werden, ihr Grundsteuerwert wird in Talern angegeben. Die Zeit der Later, der Silbergroßen, der Dreier und Sechser wird lebendig, die Zeit, da man noch keine Meridianmessungen vorgenommen hatte und vom Metermaß noch ebensowenig wußte wie von der Reichsmark. Die Zeit steht auf, die noch die Lichtpuhler und die schwelende Kerze kannte, die Zeit, in der die Welt noch groß war, wo Entfernungen noch etwas galten und die Postkutsche die Reisenden in martervoller Enge auf schlechten Straßen peinigte. Damals war der wohlverwahrte, im Garten tief geheimnisvoll vergrabene irdene Topf nach das sicherste Bankverließ. Ach, die Welt war so einfach, so frei von Problemen. Es gab keine Autounfälle und keine Schalterbrände, und die Menschen lebten doch. Sie trocknen mit den Hühnern ins Bett. Im Winter wurde mit dem Licht gepart, und das Auge wurde geschont. So wurde man alt und behielt seine gefunden Kerzen, bis man schließlich doch sterben mußte. Die neue Zeit hat sich zu allen Zeiten Platz geschaffen. Darum entschädigt sie die Vergangenheit durch ein Lob und nennt sie „die gute alte Zeit“.

Ein leuchtender Pfeil weist den Autos die Richtung durch das Gewinkel der engen Straßen. Eine Tankstelle quersicht sich unverschämte modern auf den schmalen Bürgersteig. Wie Augen von Lindwürmern blitzen und funkeln die Autoslaternen aus der Ferne, werden größer, blenden, gleiten und verblasen. Niemand kümmert sich um die Autofahrer. Die kleine Stadt hat sich an die neue Zeit gewöhnt. Sie hat sich sogar ein Bühnlein angeschafft, das ihre Bewohner zur Hauptstrecke bringt. Es ist nicht gut, so abseits der großen Straße zu sein. Wer abseits steht, kann tausend Jahre alt werden und zählt doch nicht.

Auf der anderen Seite der Stadt wieder ein aller vierediger Turm, dahinter ein Graben, dicht mit Bäumen bestanden, und außerhalb der alten Stadt ein modernes, weißläufiges Gebäude: das Haus der ungezählten Sünden der Menschheit, das Amtsgericht. Fast scheint das Gebäude größer zu sein als die ganze Stadt.

Ein Pfiff geht durch die Nacht: Die Eisenbahn mahnt. Der „Bahnhof“, ein Gartenzaun und eine kleine offene Holzhalle. Die Strecke eingetieft. Das konnte 1835 entstanden sein. Man wundert sich nicht, daß die Wagen alt und eng sind, daß das Gleis röhrt und schlägt. Man wundert sich nur, daß die Lokomotive anders aussieht, als man sie etwa vor 100 Jahren baute.

Wanderungen zu kleinen Städten sind Spaziergänge in die Vergangenheit. Das Wertwürdige ist, daß man das in der Gegenwart erlebt, und dabei gleichzeitig in die Zukunft schreitet, die sich mit jeder Minute neu enthüllt.

Es geht um die Miete!

Kommunistische „Wohnpolitik“ und ihre Folgen. — Mieter aufgemerkt!

Die Dezember-Notverordnung der Regierung hat eine umfassende Neuregelung der Wohnungswirtschaft gebracht. Die katastrophalen Auswirkungen ihrer Hauptbestimmungen sind bereits heute zu übersehen.

Der weitgehende Abbau der Hauszinssteuermittel für den Wohnungsbau führt zu einer derart starken Einschränkung der Neubaulätigkeit, daß beispielsweise in Preußen statt 156 000 Wohnungen, wie im vergangenen Jahr, 1931 nur noch 84 000 Wohnungen mit öffentlichen Hypotheken erstellt werden können. Es handelt sich dabei zudem um Wohnungen, deren Flächen gegenüber den bisher üblichen Kleintypen stark verringert sind. Der Grundfah, den Mann mit dem kleinsten Einkommen nur dadurch die Ermietung einer Neubauwohnung zu ermöglichen, daß man ihm den kleinsten Wohnraum zuweist, hat damit gesiegt. Geringere Hauszinssteuerverträge pro Wohnung haben ferner zur Folge, daß die starke Senkung der Baustoffpreise in der offenen Krise des letzten Halbjahres nicht derart in den neuen Mietpreisen zur Geltung kommt, wie das der Fall hätte sein können, wenn die jetzt in erheblichem Umfange für Steuererparnisse an den Hausbesitz verwandten Teile der Hauszinssteuerfonds dem Wohnungsbau erhalten worden wären.

Immer mehr Bauarbeiter arbeitslos.

Etwas hat die Notverordnung jedoch gebracht: Sämtliche Wohnungen, die in der Zeit vom 1. April 1931 bis zum 31. März 1932 bezugsfertig werden, sind bis zum Ende des Rechnungsjahres 1938 von der Grundsteuer der Länder und Gemeinden sowie von der Einkommensteuer, Körperschaftsteuer, Vermögenssteuer und Aufbringungsumlage befreit. Mit dieser Bestimmung des Realsteuerbefreiungs-Befehles soll ein Anreiz zum Beginn neuer Wohnbauten und damit zu neuer Arbeitsbeschaffung gegeben werden.

Die Wohnungspolitik der Sozialdemokratie haben die Forderungen aufgestellt, diese umfassende Steuerbefreiung bereits für Wohnbauten auszusprechen, die ab 1. Januar dieses Jahres bezugsfertig erstellt werden. Gerade die Bauten, die im ersten Vierteljahr 1931 beendet werden können, wurden zu einer Zeit in Auftrag gegeben, als die Baupreise noch außerordentlich hoch waren und 175 bis 180 Prozent des Vorkriegsstandes gegenüber einem jetzigen Bauindex von 153 betragen. Hier sind also Ermäßigungen der hohen Mieten durch Steuerbefreiung im Interesse der Mieter besonders dringlich. Die verfehlte Wahl des Stichtags für die Steuerbefreiung hat aber noch eine weitere ungünstige Wirkung für die Beschäftigung der Bauarbeiter, von denen zur Zeit 70 Prozent arbeitslos sind. Es ist nicht zu bestreiten, daß manche Baufirmen die Fertigstellung von Wohnungen, die an und für sich im Februar oder März hätten bezogen werden können, bis zum 1. April verzögern, damit sie in den Genuss der neuen Steuererleichterungen kommen. Dementsprechend werden zur Zeit auf manchen Baustellen weniger Arbeitskräfte in Anspruch genommen, als es bei intensivem Vorwärtstreiben der Bauten möglich wäre.

Was taten die Kommunisten?

Diese Tatsache hat die kommunistische Reichstagsfraktion veranlaßt, eine dringende Interpellation über den „Skandal“ der Stilllegung zahlreicher Neubauten (von einer Stilllegung kann nirgendwo die Rede sein) einzubringen. Sie hat zugleich ein Gesetz gefordert, wonach die Steuerbefreiungen für Wohnungsbauten in der Notverordnung aufzuheben sind. So revolutionär diese Forderung auf den ersten Blick aussieht, so sehr läuft sie in Wirklichkeit den Interessen der Mieterschaft zugunsten. Es geht der SPD mit diesem Antrag wie mit den meisten ihrer Agitationsanträge: Sie sind aus einer sträflichen Unkenntnis der Praxis entstanden, deren sachliches Studium man unseren SPD-Parlamentariern nicht gut zumuten darf.

Wie wirken sich die neuen Steuererleichterungen in Wirklichkeit aus? Wird eine Baugesellschaft von den staatlichen Aufsichtsbehörden auf Grund einer eingehenden Kontrolle, die neuerdings berechnungswise noch verschärft wird, als gemeinnützig anerkannt, so ist sie von sämtlichen Steuern bis auf die Grundvermögenssteuer befreit. Während die staatliche Grundvermögenssteuer in Preußen in den ersten 5 Jahren nach Fertigstellung eines Wohnungsbaus nicht erhoben wird, mußte jedoch in Berlin bisher, im Gegensatz zu zahlreichen anderen Großstädten, der Gemeindezuschlag zur Grundvermögenssteuer in Höhe von jetzt 275 Proz. des Friedenssteuerjahres von der Baufertigstellung an entrichtet werden. (Dieser Gemeindezuschlag ist eine der vielen Sonderlasten, die der Wohnungsbau Berlin im Gegensatz zu vielen anderen Orten des Reiches, zu tragen hat, und die mit zu den Ursachen der hohen Reibbaumieten in Berlin gehören.) Die Notverordnung befreit Wohnungsbauten, die nach dem 1. April 1931 bezugsfertig erstellt werden, auch von diesem Gemeindezuschlag und verlängert die Befreiung von der staatlichen Grundvermögenssteuer beispielsweise für eine im April dieses Jahres bezogene Neubauwohnung von 5 auf 8 Jahre.

Positives statt Phrasen.

In einem der Praxis entnommenen Beispiele einer kleinen Zweizimmerwohnung von 50 Quadratmeter Wohnfläche mit 9000 M. Gefestigungskosten einschließlich Grund und Boden seien die künftigen

Steuerersparnisse gezeigt: Die Grundvermögenssteuer beträgt 20 Pf. pro Monat auf je 1000 M. des Friedenswertes, der hier mit 6000 M. anzusehen ist. Der Gemeindezuschlag in Berlin ist auf 275 Proz. dieses Satzes, d. h. auf 55 Pf. pro 1000 M. und Monat, d. h. auf 3,30 M. festgesetzt. Die nach Ablauf von 5 Jahren seit der Baufertigstellung zu entrichtende staatliche Grundvermögenssteuer beträgt, in ähnlicher Weise berechnet, 2,40 M. pro Monat.

Diese Ersparnisse, die für die Wohnung unseres Beispiels, sofern sie im April bezogen wird, 5 Jahre lang 3,30 M. pro Monat und weitere 3 Jahre lang 3,70 M. jeden Monat ausmachen, kommen bei den gemeinnützligen Baugesellschaften in Groß-Berlin den Mietern zugute. Die Kontrolle der Bewirtschaftungskosten, die den Baugesellschaften von den städtischen Wohnungsfürsorgeinstanzen zur Deckung ihrer Unkosten zugebilligt werden, ist derart gestärkt, daß Steuererleichterungen zu einer entsprechenden Herabsetzung der beantragten monatlichen Mietsätze führen müssen. (Im Rahmen des Bauprogramms 1931 sollen Hauszinssteuermittel nur dann bewilligt werden, wenn die Einhaltung der auf Grund der neuen Steuerbefreiungen errechneten Bewirtschaftungskosten garantiert ist.) Gegenüber den Mieterparnissen, die durch die neue Steuererleichterung erzielt werden, und die für eine im April bezogene 50-Quadratmeter-Wohnung bis zum Ende des Rechnungsjahres 1938

insgesamt etwas über 400 M. betragen, fällt die Erhöhung der Baufkosten, die durch Verzögerung der Baufertigstellung um etwa einen Monat entsteht, nicht sehr ins Gewicht. Sie macht auf die Miete umgerechnet eine Erhöhung von 25 Pf. pro Monat aus.

Während die Sozialdemokratie die Vorverlegung des Termins für die Steuerbefreiung vom 1. April auf den 1. Januar dieses Jahres fordert, damit auch die geringste nachteilige Wirkung auf den Beschäftigungsgrad der Bauarbeiter vermieden wird, während sie dort, wo es erforderlich ist, eine verstärkte Kontrolle der Mietberechnungen bei den Bauherren durch die städtischen Körperschaften fordert, damit die neuen Steuererleichterungen auch wirklich einzig und allein den Mietern zugute kommen, beantragt die SPD ein Gesetz, das — wenn es angenommen würde — jeden Mieter, der in eine nach dem Stichtag für die Steuerbefreiung fertiggestellte Neubauwohnung einzieht, auf Jahre hinaus mit einer Mehrmiete belastet, die gerade für diejenigen Schichten, deren Interessen die Kommunisten zu vertreten vorgeben, kein Pappenspiel ist. Bei Nichtbetrachtung handelt es sich hier also weniger um einen „Bauskandal“, als vielmehr — in Wiederholung früherer Fälle — um eine skandalöse Mietpolitik unserer SPD-Parlamentarier. Dr. B.-L.

Ausverkauf der Aermsten.

Eine Versteigerung im Lumpenkeller.

Es gibt dreierlei Arten von Versteigerungen: die große Kunstauktion, wo bedeutende Kulturwerte gehandelt werden, bei deren Erwerb der Snob dem Sammler den Rang abzulaufen sucht, dann jene stark sensationell aufgemachten „Versteigerungen aus dem Privatbesitz des Herrn Generaldirektors F. oder der Filmdiva Tuti Tatti“; ein Ereignis für die Clique jener Klatschmäuler und Schnüffelnasen, die überall dabel sein müssen, wo es ein wenig nach Sensation riecht. Da wird in der Befolge irgendeiner gerade leerstehenden hochherrscholischen Villa kunstgerecht und liebevoll all das aufgebaut, was eines neuen, zahlungskräftigen Besitzers harret. Die dritte Art der Versteigerung spielt sich im Hinterhof der Armeutehäuser ab; uninteressant, wie solch armen Teufels ganzer Lebenslauf, ist erst recht die Veräußerung seiner arbeitseligen Habe.

Am Hausvor einer Mietskajerne in einer kleinen Straße des Berliner Ostens steht das winzige Zeitungsinferat des Gerichtsvollziehers, der die Zwangsversteigerung durchführt.

Hinten im zweiten Hof stehen neben ein paar klatschfüchtigen Nachbarinnen einige neugierige Arbeitslose, die jetzt am Vormittag sowie nichts mit ihrer Zeit anzufangen wissen. Pünktlich zur festgesetzten Zeit beginnt der Gerichtsvollzieher seines Amtes zu walten; das muß sie gehen, er hat noch eine Menge solcher Fälle. Erster Posten: Im Lumpenkeller lagern zwei große Ballen Lumpen, Hutabfälle, die sind im Ru für ein paar Groschen weg, denn das Lumpengeschäft geht zur Not noch immer etwas; weiter: zwei Reisekörbe voll alten Pferdegeschirrs, da ist die Nachfrage nicht allzu lebendig, und der Gerichtsvollzieher muß schon amirieren. Mit Mühe und Not bringt er den ganzen Ramsch dann doch noch auf 15 M., es ist alles, aber noch ganz haltbares Bedergzeug; der neue Besitzer kriegt zwar von seiner energischen besseren Ehehälfte, die sich ganz gerne hätte überbieten lassen, einen festen Anschauzer von wegen des „alten, nischen Dreckszeug“, aber vielleicht tat sie dies auch nur pro forma, und sie ist eine ganz gemiegte Ramschfee. Jetzt kommt ein alter Schrank an die Reihe; aus gutem, poliertem Holz zwar, aber ansonsten bloß ein Fragment. Die Türen sind wohl vorhanden, aber nicht an ihrem natürlichen Platz, sondern sie liegen drinnen; das wenig dekorative Möbelstück findet überhaupt keinen Reflektanten. 50 Pfennig schlägt der Auktionator vor, keiner meldet sich. „Zum zweiten.“ Wiederum Grabestille. „Na, in Gottes Namen eine Mark“, ruft einer, und schnell, daß er sich's ja nicht wieder überlegt, wird er festgemagelt. Im selben Moment kreischt eine aufgeregte Frauenstimme: „Aer, der Schrank ist ja schon längst verkauft, ich komm ja bloß nich rin, weil der Herr Hauswirt mir nich zu meine Sachen läßt; so werden wir armen Leute beschubst von diesem Paat.“ Dabei geht sie drohend auf den Hauswirt zu, dann rennt sie wie besessen die Treppe nach einer Art Heuschuber hinauf und schreit und gestikuliert, und man denkt, sie wird im nächsten Augenblick noch unten springen. Mit strengem Händedruck bringt sie der Gerichtsbeamte auf den Boden der Wirklichkeit zurück, ihr Mann packt sie am Arm und führt sie hinaus. Während sie draußen noch tobt, wird weiter versteigert.

„Ein lebendes Huhn“, meldet der Beamte, „wichtig, kräftig, gute Legehennen.“

Totenstille; er öffnet den Hühnerstall, und das total erschredete Federvieh flattert eiligst hinaus. „Hat sie vielleicht noch Eier gelegt“, meint eine kundige Hausfrau und fühlt das Strohlager ab; es findet sich aber nichts. „Eine Mark“ erstes Angebot, 1,50 M., für 2 M. packt es dann ein junger Mensch in einen mitgebrachten Bezug und schiebt los. Nun kommt noch Gerümpel, altes Holz, Wagenlaternen usw., aber da will keiner mehr anheißeln. Bei 50 Pf. heißt es: „Aer, denn schon lieber Kartoffelschalen.“ „Na, wolle hat er da nich herausbekommen“, meint eine, „wo die Leute doch allerschand Mietschulden bei ihm haben.“

Der Gerichtsvollzieher steckt seinen Taktstock weg, klappt die Aktienmappe zu, die Versteigerung ist zu Ende. Die Lumpenballen,

das alte Pferdegeschirr, die weiße Gluckhenne und der Kaputte Schrank sollen den Wirt für den Mietausfall schadlos halten; das werden sie kaum. Und die beiden alten Leute haben nun gar nichts mehr, was man ihnen wegnehmen kann. Der Leidensweg geht weiter seinen Lauf...

Das Einheitszeichen für die S-Bahnen.

Die von dem neuen Präsidenten der Reichsbahndirektion Berlin, Dr.-Ing. Marx, bereits kurz nach seinem Amtsantritt angekündigte einheitliche Bezeichnung der Berliner Stadt-, Ring- und Vorortbahnen als „S-Bahn“ ist inzwischen durchgeführt worden. Alle neuen Schilder, Transparente, Hinweise usw. werden in Zukunft das neue „S-Zeichen“ erhalten, das auf hellgrünem Grund ein großes lateinisches „S“ und darunter das Wort „Bahn“ in weißer Farbe aufweist. Die Reichsbahndirektion hat in diesen Tagen allen beteiligten Dienststellen ein Muster des neuen Zeichens zugestellt.

„Künstlerischer Tanz.“ Am Freitag, dem 6. Februar 1931, 20 Uhr, findet der 4. Kunstabend des Volksbildungsamts des Bezirksamts Kreuzberg im Orpheum, Hasenheide, Eingang Grafestrasse, statt. Für den Abend sind Vorträge der Tanzgruppe der Städtischen Oper sowie Vera Storoni mit ihrer Gruppe verpflichtet worden. — Der Eintrittspreis beträgt für Jugendliche 50 Pf. und für Gäste 80 Pf.

A·HEFTER SEIT 75 JAHREN

Hefter: Qualitätsfleischwaren

nach Wunsch küchenfertig hergerichtet:
1a Ochsenfleisch feinsten Stallmast
1a Lammlisch feinsten Stallmast
1a Mastkalbfleisch

Hefter: feine Wurstwaren

Fordern Sie unsere bekannten Sonderheiten:
 Gutsfleischwurst, Gutsleberwurst
 Hausmacher-Leberwurst
 Spezial-Leberwurst, Spezial-Rotwurst
 Zungenwurst, Sülzwurst, Krakauer, Bierwurst
 Reichswurst, Gefüllter Schinken
 Wiener Würstchen, Saucichon

Hefter: Ausnahmeangebote

	per Pfund
Fetter Speck	Mk. 0,95
Schinkencken	0,92
Schinkenspeck i. G.	1,60
Magerer Speck	1,40
Griebenschmalz	0,82
Bretschmalz	0,72
Breslauer	1,00
Landleberwurst	1,00
Konsum-Leberwurst	0,80
Hailesche Koiswurst	0,80

Hefter am Breitenbühlplatz

Unsere Filiale Breitenbühlplatz 10 (Fernspr.: H 1 Platz 9194), ein Vorbild moderner Hygiene und Zweckmäßigkeit wurde soeben eröffnet.

Fernsprecher für alle Filialen: Merkbur 0040-0043

erst einmal, bald öfter, dann immer

A·HEFTER

Aus der Arbeit der Bezirke.

Arbeit für unsere Kinderfreunde.

2. Bezirk - Tiergarten.

Die Bezirksversammlung Tiergarten wählte zum Vorsteher den Deutschnationalen Hagemann, zum Stellvertreter den Genossen Kubly. Ein kommunistischer Antrag, der abgelehnt wurde, wollte die Bezirksversammlung regelmäßig jeden Monat tagen lassen. Der Kommunist Kosta begründete den Antrag damit, daß die Kommunisten nur von der Tribüne der Versammlung aus Gelegenheit haben, zu Arbeitern zu sprechen. Ein weiterer kommunistischer Antrag, der abgelehnt wurde, verlangte die gestrenge Aufhebung der vom Bezirksamt ausgesprochenen Hausverbote. In der Begründung des Antrages hatten sich die Kommunisten besonders gegen den Genossen Stadtrat Schuldt gewandt, konnten aber nicht das geringste Material für ein rigoroses Vorgehen in diesem Punkte beibringen. Die kommunistischen Anträge für Winterbeihilfen verfielen wegen der Magistratsvorschriften der Ablehnung. Eine Koalition von Kommunisten, Nazis und Deutschnationalen nahm einen kommunistischen Antrag an, der forderte, daß alle Steuererhöhungen, die einen Teil der Erfüllung des Young-Planes darstellen, eingestellt werden. Zu einem kommunistischen Antrag, der verlangte, daß von Straßenhändlern kein Standgeld erhoben wird, stellten wir den Änderungsantrag, daß bei Erhebung des Standgeldes auf das Einkommen Rücksicht genommen werden soll. Kommunisten und Nazis beantragten Aufhebung des Demonstrationsverbotes. Dabei warfen uns die Kommunisten vor, das Verbot bedeute ein Zusammenstoß der „sozialdemokratischen Polizei“ mit Obhebbels, während ein besonders tüchtiger Politiker aus den Reihen der Nazis von unserer Regierungskoalition mit der Volkspartei sprach und im übrigen die Aufhebung des Verbotes forderte, weil es gegen die Verfassung verstoße! Auch dieser Antrag wurde mit Hilfe der Deutschnationalen angenommen. Ein Antrag unserer Fraktion verlangte, daß das Bezirksamt schnellstens für Ausstattung des Jugendheimes der Kinderfreunde in der Schule Waldenstraße Sorge. Stadtrat Jahnke versuchte, wie schon wiederholt, sich hinter Zuständigkeitsfragen zu verdrängen, unser Antrag wurde aber angenommen. Wir stellten ferner die Anfrage, ob es richtig sei, daß ein wegen Mißhandlung eines Jünglings in Struveshof entlassener Erzieher vom Bezirksamt als Heimwart in einem Jugendheim angestellt worden sei. Das Bezirksamt mußte zugestehen, daß der Heimwart angestellt wurde, während sich seine Akten bei der Staatsanwaltschaft befinden, was dem Bezirksamt unbekannt war! Eine weitere Anfrage unserer Fraktion über Verteilung von Weihnachtspenden wurde beantwortet.

Die Kioske den Minderbemittelten!

4. Bezirk - Prenzlauer Berg.

Unsere erste Bezirksversammlungsversammlung in diesem Jahre wählte den Genossen Döhner als Vorsteher und auch den gesamten Vorstand des vorigen Jahres wieder. Die Kommunisten schlugen eigene Kandidaten vor, auf die sie 14 Stimmen vereinigten, und schalteten sich damit selbst aus. Auch die ständigen Ausschüsse wurden in ihrer alten Zusammensetzung wiedergewählt. Nach der in der vorigen Versammlung geänderten Geschäftsordnung wurde auch zur Vorbereitung der Geschäfte ein Kassenauschuss gewählt. Als Versammlungstag wurde wieder der Mittwoch bestimmt. Für die Anschaffung einer Buchungsmaschine für das Wohlfahrtsamt wurde die notwendige Summe bewilligt. Von der Aufstellung von Barrieren am Bahnhof Weichensee, die verhindern sollen, daß das den Bahnhof verlassende Publikum zu Schaden kommt, wurde Kenntnis genommen. Dem Verkauf eines Grundstücks an der Goethe-Edel-Officerstraße an die Berliner Verkehrs-Vereinigung wurde zugestimmt und auch dem Magistrat die Zustimmung empfohlen. Auf eine Anfrage unserer Fraktion wurde festgestellt, daß die im Bezirk aufgestellten Kioske nur durch Minderbemittelte betrieben werden dürfen und nicht von Leuten, die nach andere Erwerbsmöglichkeiten haben. Ueber die baulichen und hygienischen Zustände der Schule in der Heinrich-Koller-Straße wurde lobhafte Klage geführt und Mithilfe geordert. Das Bezirksamt verwies darauf, daß es schon immer versucht habe zu helfen, daß es ihm aber noch nicht gelungen sei. Zuständig hierfür

sei der zentrale Schulausschuss, der nachgewiesen habe, daß es in Berlin Schulen gibt, die noch vermehrter sind. Der Antrag auf Abstellung der Kioske wurde einstimmig angenommen. Ein Antrag der Deutschnationalen, der von den Kommunisten dahin umgeändert wurde, daß bei einem Einkommen bis zu 6000 M. die Erhebung der Bürgersteuer unterbleiben soll, wurde gleichfalls angenommen. Zum Schluß wurde noch in nichtöffentlicher Sitzung eine Anstellungsangelegenheit erledigt.

Kommunist Lange und die Waldschule.

5. Bezirk - Friedrichshagen.

Bei der geringen Möglichkeit, solche Arbeit in der Bezirksversammlung zu leisten, vergrößert sich der Umfang der Tagesordnung von Sitzung zu Sitzung. Anträge, die schon vor einem Jahre gestellt wurden, sind noch heute unerledigt. Bei dem Charakter dieser meist kommunistischen Anträge wäre es notwendig, daß die Versammlung durch Uebergang zur Tagesordnung sich endlich von diesem Ballast befreite. Das Empfinden, daß es so nicht weiter gehen kann, hat die Bezirksversammlung wenigstens veranlaßt, von 36 Tagesordnungspunkten allein 23 Punkte verschiedenen Ausschüssen zur weiteren Erledigung zu überweisen. Bei weniger großem Bededürfnis der Kommunisten wäre es nicht allzu schwer gewesen, den restlichen Teil der Tagesordnung endlich einmal zu erledigen. Der Arbeitseifer reicht jedoch nur für sechs Punkte, da war dann die Zeit gekommen, um durch Kräfte die Sitzung aufzulegen zu lassen. Großen Umfang in der Beratung nahm die nicht zustandgekommene Schaffung der Waldschule in Sadoma ein. Die Kommunisten waren wissbegierig zu erfahren, aus welchem Grunde das Projekt, das bereits vor zwei Jahren von der Bezirksversammlung beschlossen wurde, nicht zur Ausführung gelangt ist. Daß allzu große Reugierde auch ein schwerer politischer Fehler sein kann, hat ihnen die Antwort des Bürgermeisters Genossen Wietlich gezeigt. Er wies darauf hin, daß er bereits bei den vorjährigen Haushaltsberatungen eingehend zu der Angelegenheit Stellung genommen habe. Wenn die Kommunisten aber noch einmal eine Auffrischung ihres schwachen Gedächtnisses wünschen, so solle ihnen der Gefallen gern getan werden. Seit acht Jahren ist der Bezirk bemüht, eine Waldschule zu schaffen. Die Forderung machte zunächst die größte Schwierigkeit, doch gelang es im Laufe der Zeit durch Verhandlungen mit der Forstverwaltung, das geeignete Gelände zu finden. Der Magistrat stimmte dem Projekt zu und überwies die Angelegenheit in einer Vorlage der Stadtverordnetenversammlung. Bei der Zusammenlegung der Stadtverordnetenversammlung hatten wir guten Grund anzunehmen, daß die Vorlage gefastet sei. Wir beschäftigten uns deshalb sehr intensiv mit den Vorarbeiten. Auf Antrag einer Seite überwiegt die Stadtverordnetenversammlung die Vorlage einem Ausschuss. In diesem Ausschuss blieb es dann einem kommunistischen Stadtverordneten vorbehalten, die größten Schwierigkeiten zu machen. Da ihm das Staatswesen der Stadt Berlin böhmische Dörfer sind, glaubte er in den vom Bezirk bewilligten Geldern unzulässige Ersparnisse zu erblicken. Die kommunistischen Stadtverordneten des Bezirkes waren anscheinend nicht in der Lage, diesen Herrn aus seinen Irrtümern zu befreien. Vielleicht wollten sie es auch nicht. Jedenfalls konnte er den Erfolg verbuchen, daß noch einmal ein neues Projekt ausgearbeitet werden mußte. Bevor nun nochmals an die Stadtverordnetenversammlung herangetreten werden konnte, war die Finanzlage der Stadt so katastrophal geworden, daß an die Durchführung neuer Projekte nicht mehr herangegangen werden konnte. Durch die Schuld der Kommunisten allein ist also die Durchführung des Projektes gescheitert. Genosse Klinger, einst Vorsitzender des Ausschusses für die Waldschulangelegenheiten, zeichnete nun auf Grund seiner Kenntnis die Sabotagearbeiten der Kommunisten und besonders des hier in Frage kommenden Stadtverordneten Karl Lange. Das Gelände war angeblich zu klein, die Waldschule sollte größer werden, weiter herangezogen man, daß der Bezirk bereits für diesen Zweck 40 000 M. erparnt hätte und dergleichen. Alles Dinge, um die Sache zu verschleppen. Das ist den Kommunisten leider zum großen Schaden unserer armen proletarischen Jugend gelungen. Die kommunistische Bezirksverordnetenfraktion, die ihre Tapferkeit wohl einseh, stammelte betreten von dem Richter, das Lange

in dieser Sache hatte, und daß man ersparte Gelder doch besser für die Erwerbslosen gebrauchen sollte. Daß es aber zweckmäßiger ist, Arbeit für das Geld zu schaffen, konnten die engstirnigen kommunistischen Kommunalpolitiker nicht fassen.

Nach dieser glänzenden Ubfuhr brachte Genosse Rarus Witzfände in einer Wohlfahrtskommission zur Sprache. Hiernach haben sich kommunistische Wohlfahrtsplaner sehr schwer gegen ihr übertragene Amt vergangen. Als Stadtrat Genosse Klotz diese Anträge vollst. bestätigte, vollführten die Kommunisten einen Hebelarm, so daß der Vorliegende, Genosse Pöhlting, gezwungen war, die Sitzung aufzulegen zu lassen.

Verdiente Stäupung der Kommunisten.

16. Bezirk - Köpenick.

Die erste Bezirksversammlungsversammlung im neuen Jahre wies eine Tagesordnung von 29 (!) Punkten auf, darunter die Wahl des Vorstandes. Kommunisten und Deutschnationale vergnügten sich an Eigenandbaturen, so daß Stimmzettelwahl erfolgte, die auf unseren Genossen Wold 17 gegen 12 Stimmen vereinigete. Die Vorlagen des Bezirksamts betr. Aufhebung der Vorgärten der Kaiserin-Augusta-Viktoria-Straße und der Parzellenstraße in Köpenick und Aufhebung resp. Aufhebung von Fluchtlinienplänen der Westendstraße in Köpenick und Straße 8 in Friedrichshagen sowie des Erpates als Freilächengebiet wurden fast debattelos genehmigt, nur die Friedrichshagener Grundstücksinteressenten glaubten aus Profitinteresse gegen die Vorlage opponieren zu müssen. In den Wut der nun folgenden Anträge und Anfragen teilten sich brüderlich Kommunisten und Deutschnationale, die als diesjährige Reue mit Abchrift schon erledigter ehemaliger Anträge und Anfragen unserer Fraktion aufwarteten und sie dem Plenum als Eigenergebnisse kredenzten. Dieses Novum nagelten unsere Fraktionsredner gebührend fest. Zu einer ausgiebigen Debatte und Stäupung der Antragsteller kam es bei dem Antrag der SPD betr. Wiedereinstellung entlassener Rotstandsarbeiter. Genosse Rohde nahm Beranlassung, auf die Inkonsequenz der Antragsteller bei Verteilung von berechtigten Entlassungen in kommunalen Betrieben in Gegenlag zu den Entlassungen in der „Kote-Fabrik“-Druckerei und den Vorkommnissen in Ruhland hinzuweisen und ihnen den Stempel der Unwahrhaftigkeit und Demagogie aufzudrücken. In länderlicher Weise wählten die kommunistischen Heiden zum Schluß nur als Ausrede, daß die Arbeiter in der „Koten-Fabrik“ für zu viel Geld zu wenig Arbeit geleistet hätten und daß die Solidaritätsbrecher mit Recht jetzt Ueberstunden an masse leben dürften. Die moralische Niederlage war vernichtend. Technischer Blamase setzten sich die Deutschnationalen aus, deren Redner, ein Studienrat, sich gegen Ueberzumenwendungen an Schulen und Einrichtung von Spiel- und Sportmöglichkeiten im Bezirk wandte. Ein Antrag unserer Fraktion betr. Schaffung eines zentral gelegenen Sportplatzes für die Ortsteile Rahndorf, Wilhelmshagen und Heftenwinkel sowie in Verfolg des Planes, das Schulgebäude in Heftenwinkel Jugendherbergszwecken zuzuführen, fand Annahme.

Wir leisten praktische Arbeit.

20. Bezirk - Reinickendorf.

In der ersten Bezirksversammlung des neuen Jahres wurde Genosse Koll gegen die Stimmen der Kommunisten und Nationalsozialisten zum Vorsteher wiedergewählt. Erster Stellvertreter wurde der Staatsparteieller Müller, zweiter Stellvertreter der Volksparteieller Lieck. Zum Beisitzer wurden der Zentrumsmann Jähner und der Genosse Knuth wiedergewählt. Die Wohlfahrtspflege im 20. Bezirk ist in ihrer Einrichtung der der übrigen Bezirke angeglichen worden. Die Wahl der neuen Wohlfahrtsplaner wurde vorgenommen. Ein sozialdemokratischer Antrag verlangte Fahrgeleitensabgabe für den Besuch der Schulzahnklinik, wenn Erwerbslosigkeit oder Bedürftigkeit des Ernährers vorliegt. Genosse Kurz wies darauf hin, daß in unserem ausgedehnten Bezirk nur eine Schulzahnklinik ist und oft deshalb recht weite Wege zu machen sind. Von der sozialdemokratischen Fraktion wurde eine Anfrage an das Bezirksamt gerichtet, ob die Errichtung eines evangelischen Friedhofes zollchen der Siedlung Freie Scholle und der Josef-Siedlung genehmigt ist, und welche Maßnahmen betr. Erweiterung des Tegeler Gemeindefriedhofes getroffen worden sind. Zu einem kommunistischen Antrag, der die Herabsetzung der Arbeitszeit auf 44 Stunden in den Betrieben der Stadt Berlin trittsiet, führte Genosse Kreutlein die mangelhafte Solidarität der Kommunisten mit ihren Arbeitskollegen vor Augen.

Gänse ... Pf. von	0,76 an
Wolga- hühner ... Pf. von	0,92 an
Puten ... Pf. von	0,90 an
Hühner ... Pf. von	0,92 an
Hirscheule ... Pf. von	1,15 an
Hirschblätter ... Pf. von	0,85 an
Wildschwein- rücken ... Pf. von	0,95 an
Wildschwein- keule ... Pf. von	1,10 an
Hasen ... Pf. von	0,74 an
Eier ... Pf. von	0,88 an

Heute zu Tietz's

billige und gute Lebensmittel einkaufen

Mengenschuhe vorbehalten. Verkauf soweit Vorrat. Fleisch und leichtverderbliche Waren vom Versand ausgeschlossen. Zusendung erfolgt bei Bestellungen von 5,00 an. Preise nur Freitag und Sonnabend.

Obst u. Gemüse

Apfelsinen	5 Pf. 0,88
Jaffa-Apfelsinen	3 Pf. 0,98
Mandarinen	6 Pf. 0,32
Tafeläpfel	10 Pf. 0,45
Tafelbirnen	10 Pf. 0,32
Bananen	3 Pf. 0,98
Schwarzwurzeln	1 Pf. 0,22
Blumenkohl	1 Kopf v. 0,30 an
Rosenkohl	2 Pf. 0,35
Grünkohl	2 Pf. 0,15
Rot-, Weiss-, Wirsingkohl	1 Pf. 0,06
Möhren	gewaschen, 1 Pf. 0,05
Kohlrüben	1 Pf. 0,05
Zwiebeln	1 Pf. 0,05
Kartoffeln	10 Pf. 0,25

FRISCHES FLEISCH

Kalbskamm o. Bg.	1 Pf. v. 0,78 an
Kalbsbrust	1 Pf. v. 0,58 an
Kalbskeule	bis 6 Pfund
Kalbstele	schwer, ganz od. geteilt, 1 Pf. v. 0,98 an
Kalbskotelett	1 Pf. v. 1,20 an
Kalbschnitzel	1 Pf. v. 1,80 an
Kalbsroulade	groß, 1 Pf. v. 1,34 an
Kaßbraten	1 Pf. v. 0,68 an
Schweinebauch	o. Beil., 1 Pf. v. 0,78 an
Schweineschinken	o. Beil., 1 Pf. v. 0,86 an
Schweineschulter	1 Pf. v. 0,80 an
Schweinefleisch	o. Beil., 1 Pf. v. 0,98 an
Rückensteck	o. Beil., 1 Pf. v. 0,68 an
Schweinekotelett	1 Pf. v. 0,98 an
Kassler	1 Pf. v. 0,98 an
Eisbein	o. Spitzb., gepök., 1 Pf. v. 0,68 an
Hammel-Vorderh.	1 Pf. v. 0,98 an
Suppenfleisch	1 Pf. v. 0,74 an
Schmorfleisch	o. Kn., 1 Pf. v. 1,18 an
Gulasch	gemischt, 1 Pf. v. 1,08 an
Roulade	1 Pf. v. 1,34 an
Roastbeef	o. Kn., 1 Pf. v. 1,38 an
Schweineköpfe	o. Kn., 1 Pf. v. 0,42 an
Rindersteck	im ganzen, 1 Pf. v. 1,48 an
Rinderriber	frisch, 1 Pf. v. 1,08 an
Rinderbacken	o. Kn., 1 Pf. v. 0,54 an
Rinderherzen	1 Pf. v. 0,58 an
Euter	1 Pf. v. 0,28 an
Schweinenieren	1 Pf. v. 0,88 an

Konserven

Stangenspargel	sehr st. 2,38
Stangenspargel	stark 2,28
Stangenspargel	0000 1,90
Junge Erbsen	1/2, 1,20 an 0,88
Gem. Gemüse	mit Salz 0,98
Leipziger Allerlei	0,78
Gem. Gemüse	mit Salz 0,98
Konsumgemüse	aus getrockneten Erbsen 0,45
Birnen	1/2 Frucht 1,10
Erdbeeren	1,35
Aprikosen	1/2 Frucht 0,98
Kirschen	ohne Stiel 1,10
Sauerkirschen	mit Salz 0,95
Stachelbeeren	0,85
Singapore-Ananas	acht Scheiben 0,95

Molkerei- butter	1,48
Tafelbutter	1,56
Dän. Butter	1,70
Margarine u. Kokosfett	0,40
Frische Blut- Leberwurst	0,65
Dampfwurst	0,88
Schinken	0,45
*Grüne Heringe	0,68
Matjesheringe	0,25
Fettheringe	0,48

Wurstwaren

Sülze	1 Pf. 0,48
Spekwurst	1 Pf. 0,88
Hausmacher- Leber- und Fleisch- wurst	1 Pf. 0,95
Jagdwurst	1 Pf. 1,05
Mellwurst	1 Pf. v. 1,18 an
Feine Leberwurst	1 Pf. 1,25
Hildesheimer	1 Pf. 1,35
Zerelat od. Salami	1 Pf. 1,40
Teewurst	1 Pf. 1,50
Speck fett	1 Pf. v. 0,78 an
Speck mager	1 Pf. v. 1,15 an
Wiener Würstchen	1 Pf. 1,08

Gefrierfleisch

Hammelvorderfleisch	1 Pf. v. 0,58 an
Hammelrücken	1 Pf. v. 0,68 an
Hammelkeulen	1 Pf. v. 0,78 an
Suppenfleisch	1 Pf. v. 0,68 an
Schmorfleisch	o. Kn., 1 Pf. v. 1,12 an
1929er Willinger Mosel	1/2 Fl. 0,95 10 Fl. 9,00
1929er Brauneberger Riesling	1/2 Fl. 1,45 10 Fl. 14,00
1928er Liesener Schlossberg Riesling	1/2 Fl. 1,85 10 Fl. 17,50
1929er Graader Domprobst Spätlese	1/2 Fl. 2,75 10 Fl. 25,00
1926er Deidesheimer Katharinental Riesling	1/2 Fl. 3,50 10 Fl. 32,00
1929er Edenkob. Geredt od. Treiser Casteln	1/2 Fl. 0,85 10 Fl. 8,00
Deutscher Weinbrand	1/2 Fl. 4,60
Jamaica-Rum	1/2 Fl. 4,60
Verschnitt 40%	1/2 Fl. 4,60
Spez.-Apfelw.	1/2 Ltr. 0,55 10 Ltr. 5,00
Rheinl. Weissw.	1/2 Ltr. 0,85 10 Ltr. 4,00
Roter Johannisbeerwein	1 Ltr. 0,75
Stachelbeerwein	1 Ltr. 0,75
Cider	1/2 Ltr. 0,75
Spez. Apfelm.	1/2 Ltr. 0,55 10 Ltr. 5,00
Gold-Melaga	1/2 Ltr. 1,60 5 Ltr. 7,50

Kolonialwaren

Bruchreis	1 Pf. 0,15
Italienischer Reis	1 Pf. 0,22
Burma Reis	1 Pf. 0,20
Eierbondnudeln	1 Pf. 0,46
Eiersendchen	1 Pf. 0,55
Brudmakaroni	1 Pf. 0,44
Vikoria-Erbsen	1 Pf. 0,18
Weisse Bohnen	1 Pf. 0,18
Backobst	1 Pf. 0,40 an
Kolif. Birnen	1 Pf. 0,50
Kalif. Ringapfel	1 Pf. 0,58
Kalif. Aprikosen	1 Pf. 0,68
Kakao	1 Pf. 0,56
Kaffee	1 Pf. v. 1,90 an

Fische und Räucherwaren

*Seelachs	1 Pf. v. 0,20 an
*Roibars	1 Pf. v. 0,30 an
*Kabeljau	1 Pf. v. 0,20 an
*Schellfisch	1 Pf. v. 0,22 an
*Kabeljaufilet	1 Pf. v. 0,34 an
Bücklinge	1 Pf. v. 0,26 an
Seelachs	1 Pf. v. 0,36 an
Rotbars	1 Pf. v. 0,45 an
Sprotter	1 Pf. v. 0,40 an

KONFITÜRE

Aprikosen, Orange	1,10
Johannisbeeren	1,10
Pflaumen	0,90
Erdbeer, Himbeer	1,30